

27. Sitzung

am Dienstag, dem 6. Juli 2021

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Abschleppen von Schrottautos

Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 26. Mai 2021 1414

Anfrage 2: Zustand des Radwegenetzes im stadtbremischen Überseeahafengebiet

Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 26. Mai 2021 1415

Anfrage 3: Zukunft des Rad- und Gehwegs bei der ehemaligen „Teppich Börse Bremen“ in der Duckwitzstraße

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP
vom 26. Mai 2021 1417

Anfrage 4: Wie ist der aktuelle Stand bei der Gründung des Lernhauses Kattenturm?

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 31. Mai 2021 1418

Anfrage 5: Lärmschutz in Sebaldsbrück

Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 1. Juni 2021 1421

Anfrage 6: Queere Kultur- und Schutzräume: Wie geht es weiter mit der „Dete“ und dem Verein „Patriarciao“?

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 1. Juni 2021.....1423

Anfrage 7: Übernahme von Kosten für Anwohner:innen bei einer Straßenumbenennung

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 1. Juni 2021.....1425

Anfrage 8: Finanziert der Senat linksextreme Jugendarbeit?

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2021.....1426

Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde

Gewerbeflächen sichern Arbeitsplätze und Wachstum – Koalitionsstreit beenden und Gewerbeentwicklungsplan vorlegen!

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU).....1431

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....1433

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)1435

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)1437

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP).....1439

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU)	1441
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1442
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD)	1443
Senatorin Kristina Vogt.....	1444

**Fehlen mehr Kita-Plätze als je zuvor?
Behörde muss endlich transparent planen!**

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	1448
Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD)	1450
Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE).....	1453
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU)	1455
Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen).....	1460
Senatorin Dr. Claudia Bogedan	1460

**Mehr „Essbare Stadt“-Projekte für Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD vom 4. Mai 2021
(Drucksache 20/448 S)**

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU vom 22. Juni 2021
(Drucksache 20/470 S)**

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen)	1463
Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE)	1465
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1466
Abgeordneter Martin Michalik (CDU)	1467
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	1468
Staatsrat Ronny Meyer.....	1469
Abstimmung	1469

**Straßenbahnlinie 5 zukunftsfähig machen
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Juni 2021
(Drucksache 20/465 S)**

Abgeordnete Anja Schiemann (SPD)	1470
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1471
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1472
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE).....	1472

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU).....	1473
Staatsrat Ronny Meyer	1474
Abstimmung	1475

**Einschränkungen für Kinder und Jugendliche vermeiden – Schuljahr 2021/2022 rechtzeitig absichern!
Antrag der Fraktion der FDP vom 30. Juni 2021
(Drucksache 20/475 S)**

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	1475
Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD)	1476
Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE)	1477
Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU)	1478
Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen)	1480
Staatsrat Dr. Jan Stöß	1481
Abstimmung	1482

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses zu den Petitionen S 20/37, S 20/64 und S 20/73 wegen Erhalts der Lesumwiesen vom 2. Juli 2021
(Drucksache 20/477 S)**

Abgeordneter Claas Rohmeyer, Berichterstatter.....	1482
Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU)	1483
Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE).....	1485
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1486
Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)	1486
Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD)	1487
Staatsrat Ronny Meyer	1488
Abstimmung	1489

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 17 vom 30. April 2021
(Drucksache 20/442 S).....**

**Der „HanseSani“: Ein Erfolgsmodell, welches verstetigt werden muss!
Antrag der Fraktion der FDP vom 15. Juni 2020
(Drucksache 20/189 S)**

<p>Der „HanseSani“: Ein Erfolgsmodell, welches verstetigt werden muss! Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Inneres vom 27. April 2021 (Drucksache 20/438 S) 1490</p> <p>26. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021 (Drucksache 20/471 S) 1490</p> <p>Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 19 vom 2. Juli 2021 (Drucksache 20/476 S) 1490</p> <p>Anhang zum Plenarprotokoll Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 6. Juli 2021 1492</p>	<p>Anfrage 9: Schwimmen nur mit Kreditkarte? Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 10. Juni 2021.....1492</p> <p>Anfrage 10: Projektförderungen durch den Innovationstopf der Senatskanzlei Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juni 2021.....1492</p> <p>Anfrage 11: Ist die Jugendschutzsoftware der schulischen iPads unzureichend und eine existenzielle Gefahr für Bremer Schüler:innen sowohl hinsichtlich ihrer Entwicklung als auch bezogen auf die Wahrung des Kindeswohls? Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (LKR) vom 16. Juni 2021.....1493</p>
---	--

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Michael Keller, Mark Runge.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 27. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde Tagesordnungspunkt 7, Tagesordnungspunkt 8, Tagesordnungspunkt 11 und Tagesordnungspunkt 13 behandelt werden sollen.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich hierbei um die Tagesordnungspunkte 12 und 13.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen elf frist- und formgerechte eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Abschleppen von Schrottautos
Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 26. Mai 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Seit dem 1. Juli 2018 werden nicht angemeldete Fahrzeuge in der Stadt Bremen ohne Voranmeldung sofort abgeschleppt. Welche Bilanz zieht der Senat bisher?

2. Welche finanziellen Auswirkungen in Bezug auf Kosten und Einnahmen hat das sofortige Abschleppen dieser Fahrzeuge in den letzten Jahren gehabt?

3. Wie bewertet der Senat die zukünftige Notwendigkeit des Abschleppens von nicht angemeldeten Fahrzeugen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Zeitraum vom 1. Juli 2018 bis heute wurden insgesamt 1 508 Schrottautos abgeschleppt. Das konsequente Abstellen auf die durch Schrottautos entstehenden Belastungen des öffentlichen Raums hat sich als sehr erfolgreich erwiesen.

Zu Frage 2: Die Gesamtkosten für das Abschleppen, Verwahren und gegebenenfalls Verschrotten belaufen sich derzeit auf 604 782,24 Euro. Diesen Kosten stehen Einnahmen in Höhe von insgesamt 302 552,80 Euro durch Rückgriff auf die Halter:innen und Erlöse in Höhe von 208 883,19 Euro durch Versteigerungen gegenüber. Das aus der Differenz dieser beiden Werte ermittelte Defizit in Höhe von 93 346,25 Euro erklärt sich im Wesentlichen aus den noch nicht abgeschlossenen Verfahren. Insgesamt 203 Halter:innen konnten jedoch nicht ermittelt werden, zum Beispiel wegen der Zulassung des Fahrzeugs im Ausland.

Zu Frage 3: Der Unmut in der Bevölkerung über am Straßenrand abgestellte Altfahrzeuge war zu Recht sehr groß. Mit dem sofortigen Abschleppen bei eindeutigen Fällen wurden sehr gute Erfahrungen gemacht, und es konnte eine positive Resonanz in der Bevölkerung festgestellt werden.

Auch wenn die Meldungen der Bürgerinnen und Bürger zu entsprechenden im öffentlichen Verkehrsraum abgestellten Fahrzeugen bereits im

Herbst 2018 stark rückläufig waren, soll von der bewährten Vorgehensweise auch weiterhin nicht abgesehen werden.

Im neuen Abschlepperlass vom März 2021 werden nun auch die Möglichkeiten des Einschreitens bei abgestellten Anhängern herausgestellt. Das Thema der übermäßigen Nutzung des Straßenraums durch abgestellte Fahrzeuge und Anhänger ist und bleibt weiterhin ein Schwerpunkt der Verkehrsüberwachung. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Sie sprachen von nicht abgeschlossenen Fällen. Können Sie deren Anzahl beziffern?

Staatsrat Olaf Bull: Die Fälle kann ich nicht beziffern. Sie haben mitbekommen, das ist ein Defizit von 93 000 Euro. Ich habe heute Morgen noch einmal nachgefragt: Ein gewisser Anteil betrifft leider wirklich den Fall, wenn Fahrzeuge im Ausland zugelassen sind. Da können wir nicht erwarten, dass wir die Gebühren eintreiben, aber wir können die Fahrzeuge verwerten. Der Rest sind noch nicht abgeschlossene Verfahren, bei denen ich die Zahlen leider gerade nicht sagen kann.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Über die sozialen Netzwerke erreichte uns ja gestern die Beschwerde eines Bürgers, der ein angemeldetes Schrottauto in der Parkallee monierte. Wenn ich Ihre Tweets heute Morgen richtig verstanden habe, wurde dieses Fahrzeug jetzt abgeschleppt. Dabei handelte es sich aber ja um ein angemeldetes Fahrzeug. Können Sie uns sagen, aufgrund welcher Rechtsgrundlage oder warum dies geschah?

Staatsrat Olaf Bull: Ja, das ist richtig, das Ordnungsamt hat in sehr bewährter Manier schnell gehandelt. Das Ordnungsamt hätte vielleicht schon früher gehandelt, wenn der Bürger sich an die E-Mail-Adresse abschleppmaßnahmen@ordnungsamt.bremen.de oder verkehrsüberwachung@ordnungsamt.bremen.de gewendet hätte. Insofern habe ich das heute in den originalen Kanal gegeben, und abgeschleppt werden konnte das Fahrzeug – obwohl es einen TÜV hat und auch eine Anmeldung –, weil es Betriebsstoffe verloren hat. Das wurde heute Morgen festgestellt, und aus Gründen

der Gefahrenabwehr – Umweltschutz – musste das Fahrzeug dann entfernt werden.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 2: Zustand des Radwegenetzes im stadtbremischen Überseehafengebiet
Anfrage der Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 26. Mai 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. In welchem Zustand befindet sich das Radwegenetz im stadtbremischen Überseehafengebiet?
2. Wie schätzt der Senat die Gefährdung von Radfahrerinnen und Radfahrern durch bauliche Schwächen auf dem Weserradweg ein?
3. In welchem Umfang wurden welche Radwege im stadtbremischen Überseehafengebiet in den letzten fünf Jahren instand gehalten, und welche finanziellen Mittel standen hierfür zur Verfügung?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski.

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Nach Darstellung der Hafenmanagementgesellschaft bremenports GmbH & Co. KG verlaufen die Radwege im stadtbremischen Überseehafengebiet zum überwiegenden Teil als kombinierte Fuß- und Radwege im Zweirichtungsverkehr, teilweise im Fahrbahnbereich, und sind dort lediglich markiert. Der Zustand entspricht im Wesentlichen dem Zustand der jeweiligen Straßen und wird als verkehrssicher eingestuft. Überprüfungen auf Verkehrssicherheit finden in monatlichen Abständen statt, und festgestellte Mängel werden unverzüglich behoben.

Zu Frage 2: Zur Gefährdungslage führt die bremenports GmbH & Co. KG aus, dass sich der vorstehenden Antwort entsprechend im gesamten Verlauf der Radwege im Hafengebiet zahlreiche Bahn- und Straßenkreuzungen befinden. Bei der

Mitbenutzung der Fahrbahn sind die standorttypischen Schwerlastverkehre zu beachten.

Zu Frage 3: Die Unterhaltung von Radwegen wird nach Aussage der bremenports GmbH & Co. KG hinsichtlich der Budgetierung nicht von der Straßenerhaltung abgegrenzt. Lokale Schäden sowie Grundsanierungen werden in der Regel für den gesamten Fahrbahn- und Radwegbereich zusammenhängend durchgeführt.

Größere Schäden werden im Zuge einer Straßensanierung mit behoben. Insgesamt gibt es jährliche Straßensanierungsmaßnahmen, welche die Radwege umfassen. Finanzielle Mittel standen in den letzten fünf Jahren ausreichend zur Verfügung. Eine Benennung der ausschließlich für Radwege aufgewendeten Finanzmittel kann vor diesem Hintergrund nicht erfolgen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Mich würde noch einmal interessieren, was der Senat plant beziehungsweise ob es Überlegungen gibt, die Gefährdungslage für Radfahrer, beispielsweise an den Bahnkreuzungen, zu verbessern.

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Die bremenports GmbH & Co. KG hat im Auftrag der Senatorin für Wissenschaft und Häfen, beginnend im vergangenen Jahr und abgeschlossen im April dieses Jahres, eine Projektskizze erarbeitet. Diese liegt uns auch bereits vor. Es ist relativ umfassend dargelegt, wie die Situation der Radwege – und in ihrer Frage haben Sie ja auch darauf hingewiesen, dass eine Etappe des Weserradwegs durch das Überseehafengebiet in Bremerhaven führt – hier optimiert werden kann.

Es gibt zwei Zeiträume im Jahr, in denen beim Bund bei der Nationalen Klimaschutzinitiative entsprechende Anträge eingereicht werden können, einmal im März/April, und im September/Oktobre ist der zweite Zeitraum. Es war eigentlich vorgesehen, es wäre ein bisschen knapp gewesen, aber im April hat es leider für bremenports nicht mehr funktioniert. Sie haben mitbekommen, Anfang April ist die Drehbrücke im Hafen havariert, und auch das hat Auswirkungen auf den Weserradweg, denn er verlief über die Drehbrücke. Auf jeden Fall war bremenports dadurch akut sehr ausgelastet, sodass das auf den Weg bringen des Antrags im Frühjahr nicht mehr möglich war.

Wir haben jetzt mit bremenports besprochen, dass der nächste Antragszeitraum September/Oktobre dafür genutzt werden soll, da werden dann Mittel in Höhe von insgesamt einer Million Euro beantragt. Man kann dort ein 80-prozentiges Fördervolumen erreichen. Insofern sind wir sehr zuversichtlich, dass wir diese vielen Projekte, die wir dort im Bereich des Überseehafens planen, dann auch bald auf den Weg bringen können, und wir freuen uns auch darauf, dann über diese Projekte im Hafenausschuss zu berichten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Das heißt, ich verstehe Sie jetzt richtig, gerade auch in der Antwort zu Frage 3, dass es trotz verschiedener Projekte und Maßnahmen jetzt kein gesondertes Radwegeprogramm für das Gebiet für den stadtbremischen Überseehafen dort gibt? Ist das richtig?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Ich hatte ja in der Antwort bereits dargelegt, dass Sanierungen von Radwegen immer auch im Zusammenhang mit Straßensanierungen durchgeführt worden sind, das heißt, man hat sich dann die Fahrbahn in der gesamten Breite angeschaut. Insofern war dort bisher nichts spezifiziert für Radwege ausgewiesen. Wenn wir jetzt hier diese Projekte beim Bund beantragen, werden wir aber in Zukunft hier sozusagen ein eigenes Radwegeprogramm für das Überseehafengebiet entsprechend haben.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Mich würde auch noch einmal interessieren, was der Senat plant – gerade auch vor dem Hintergrund der Antworten, die wir jetzt hier gehört haben –, wie es insbesondere für Beschäftigte im stadtbremischen Überseehafengebiet in Zukunft vielleicht attraktiver werden soll, auch das Fahrrad zu nutzen oder auf das Fahrrad umzusteigen.

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Wir setzen auf jeden Fall darauf, wenn wir die Radwege im Hafen optimieren, dass wir sie in der Folge auch sicherer und komfortabler machen, dass wir damit dann auch einen Effekt erzielen können, damit dann mehr Beschäftigte im Hafen zum Beispiel auf das Auto als Transportmittel verzichten und auf das Fahrrad umsteigen.

Im Zuge der Erarbeitung dieser Projektskizze hat bremenports in unserem Auftrag auch eine Befragung der im Hafen Beschäftigten durchgeführt. In dieser Befragung ist herausgekommen, dass es durchaus eine Bereitschaft der Beschäftigten gibt, auch auf das Fahrrad umzusteigen, wenn die Infrastruktur das auch entsprechend hergibt, auch wenn wir im Hafen – auch das hat die Befragung ergeben – viele Beschäftigte haben, die durchaus auch längere Anfahrtswege haben. Das ist ein geringerer Teil, weniger als 20 Prozent haben einen Anfahrtsweg von weniger als fünf Kilometern, was wir einmal sozusagen als den, ich sage einmal, üblichen Arbeitsweg, der per Rad zurückzulegen ist, bezeichnen würden, aber einen Effekt wird man hier sicherlich erzielen können.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ich habe noch einmal eine etwas grundsätzlichere Nachfrage: Finden Sie es nicht auch verwunderlich, dass die „Nordsee-Zeitung“ am Samstag bereits über diese Antworten berichtet hat, die Sie uns hier heute überhaupt erstmalig vortragen?

(Beifall FDP)

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Man wundert sich regelmäßig, warum aus Senatsvorlagen bereits am Wochenende davor in den Medien berichtet wird.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Ralph Saxe. – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe eine Frage zur Überseestadt! Es gibt dort den Kommodore-Johnsen-Boulevard. Die Fahrradfahrer, die dort entlangfahren – das ist ja neu gemacht worden –, beklagen sich immer wieder über diesen neu gemachten Fahrradstreifen, weil dort nämlich eigentlich nicht überholt werden dürfte, da vor allen Dingen die Busse, aber auch die Autofahrer die 1,50 Meter Abstand nicht einhalten würden. Wären Sie bereit, sich das dort noch einmal genau anzusehen und möglicherweise im Senat zu besprechen, wie man das rechtskonform organisieren kann?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Herr Abgeordneter, meine Bereitschaft dazu trägt leider nicht zu möglichen Lösung des Problems bei, da wir für das Gebiet der Überseestadt nicht zuständig sind. Die

Zuständigkeit liegt im Bereich des Wirtschaftsressorts und der Wirtschaftsförderung, und insofern muss ich Sie leider darauf verweisen, diese Frage jemand anderem stellen zu müssen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Bevor wir zur nächsten Anfrage kommen, möchte ich Ihnen gern mitteilen, dass ich gesehen habe, dass Herr Staatsrat Meyer heute anwesend ist.

Herr Staatsrat Meyer hat heute Geburtstag, und ich möchte ihm vom ganzen Haus die herzlichsten Glückwünsche aussprechen. Es ist sehr schön, dass Sie heute Nachmittag hier sind! – Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Anfrage 3: Zukunft des Rad- und Gehwegs bei der ehemaligen „Teppich Börse Bremen“ in der Duckwitzstraße

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP

vom 26. Mai 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhler (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit verfolgt der Senat weiterhin das Ziel, den eingeeengten Rad- und Fußweg an der ehemaligen „Teppich Börse Bremen“ in der Duckwitzstraße zu verbreitern?
2. Haben die im Januar 2019 vom Senat angekündigten Gespräche zum freihändigen Kauf betreffender Grundstücksteilflächen mittlerweile stattgefunden, und welches Ergebnis wurde dabei erzielt?
3. Welche weiteren Planungen oder Ideen für die Nutzung des freien Geländes sind dem Senat bekannt?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Ronny Meyer.

Staatsrat Ronny Meyer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Glückwünsche!

Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Anlass für die Herstellung der ausweichenden Geh- und Radwegführung in Höhe der Duckwitzstraße 27 war das in den öffentlichen Raum ragende Gebäude der ehemaligen Teppich Börse Bremen. Das Verschwenken des Geh- und Radwegs führt daher zu einer Engstelle für den Fußgängerverkehr.

Mit dem nun vollständig erfolgten Abbruch des Gebäudes ergibt sich die Möglichkeit zur Anpassung des Geh- und Radwegs, der im weiteren Verlauf der Duckwitzstraße von der Fahrbahn durch einen Grünstreifen abgesetzt geführt wird. Mit dem Abriss des Gebäudes wird daher der Erwerb des in den Gehweg ragenden Grundstücksteils angestrebt. Auf dieser Grundlage besteht die Möglichkeit, die Breite des Gehwegs zu erweitern und den Radweg sowie Grünstreifen entsprechend dem gesamten Verlauf der Straße anzupassen. Derzeit wird der freihändige Erwerb über die in den Gehweg hineinragende Teilfläche durch das zuständige Sondervermögen Infrastruktur gegenüber der WFB vorbereitet.

Zu Frage 2: Da erst seit einigen Monaten mit dem Rückbau des Gebäudes die Möglichkeit eines freihändigen Erwerbs für die Teilfläche besteht, gab es bislang keine Verhandlungen mit der Grundstückseigentümerin. Diese können in Kürze nach der Auftragserteilung durch das zuständige Sondervermögen von der WFB aufgenommen werden.

Zu Frage 3: Die beiden Grundstücke der ehemaligen Teppich Börse sind im Eigentum unterschiedlicher Parteien, und die Gebäude wurden im Zeitraum der letzten Monate vollständig abgerissen. Planungen für das Grundstück Duckwitzstraße 27 sind nicht bekannt, lediglich für das im Kreuzungsbereich Duckwitzstraße/Richard-Dunkel-Straße liegende Grundstück liegt eine Bauvoranfrage für ein Dienstleistungszentrum zur Vermietung von Büro- und Lagerflächen auf Zeit vor. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sie haben angedeutet, dass die Dinge jetzt durch die Verhandlungen über das Grundstück und dann den Erwerb mit nachfolgenden Baumaßnahmen in Angriff genommen werden können. Was schätzen Sie, welche Zeit wird das brauchen?

Staatsrat Ronny Meyer: Da geht es ja um Grundstücksverhandlungen, da kann ich nicht absehen,

ob man sich an der Stelle am Ende auf einen Preis einigt. Meine Vorstellung wäre, dass das zumindest mit Herstellung der anderen möglichen Nutzungen auf dem Grundstück dann auch abgeschlossen ist.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 4: Wie ist der aktuelle Stand bei der Gründung des Lernhauses Kattenturm?
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 31. Mai 2021**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie weit sind die Planungen für das Lernhaus Kattenturm, das als Kooperationsprojekt zwischen dem Kinder- und Familienzentrum und der Grundschule Stichnathstraße sowie weiteren Akteuren im Stadtteil als zentraler Ort der Elternbildungsarbeit entstehen soll?

2. Welche Gründe stehen einer zügigen Umsetzung, einschließlich des Neubaus, entgegen?

3. Zu wann kann mit der Fertigstellung des Gebäudes und dem Start des Lernhauses Kattenturm gerechnet werden, sind in diesem Gebäude zusätzliche Kitaplätze geplant, und inwieweit würde sich dies auf das Konzept und die Ausrichtung des Lernhauses auswirken?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Jan Stöß.

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Lernhaus Kattenturm wird weiterhin als wichtiges Projekt angesehen. Nach Abschluss der Phase 0, die eng durch SKB begleitet wurde, befindet sich das Projekt im Stadium der konkreten Bedarfsplanung. Zunächst müssen Abstimmungsergebnisse bei der Senatorin für Kinder und Bildung eingeholt werden. Diese werden im Anschluss Immobilien Bremen zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 2: Es wird nach den Regularien der RL Bau 2018 und den Vergaberichtlinien in der Regel von einer Planungs- und Bauzeit von 67 Monaten für ein Projekt dieser Größenordnung ausgegangen, wenn mit allen Informationen gestartet werden kann und offene Fragen geklärt wurden. Bei bestimmten genehmigten und abgestimmten Verfahren wären Erleichterungen und Verkürzungen der Planzeit möglich.

Zu Frage 3: Beim Lernhaus Kattenturm handelt es sich um ein neues Projekt mit einem Neubau. Mit einer Nutzung der Einrichtung wird nicht vor 2025 ausgegangen.

In einem Teil des Lernhauses Kattenturm sind insgesamt drei Elementargruppen geplant. Die gemeinsame Unterbringung wird als positiv eingeschätzt, da sie eng mit dem Gesamtkonzept korrespondiert. Den eigentlichen Kern und die zusätzliche Qualität des Lernhauses Kattenturm macht die familienorientierte Unterstützung der Familien mit dem Schwerpunkt der Förderung der Kinder im Übergang Kita/Schule aus. Hierfür sollen zusätzliche Räume für Beratungen, aber vor allem auch für gemeinsame Erfahrungs- und Lernsituationen der zukünftigen Schulkinder mit bereits eingeschulten Kindern des ersten Jahrgangs bereitgestellt werden.

Für diese gemeinsam zu nutzenden Räumlichkeiten der örtlichen Kooperation der Kindertagesstätten mit der Grundschule an der Stichnathstraße wird ein eigenes Konzept unter Berücksichtigung des Bildungsplans 0 bis 10 erstellt, wofür bereits durch langjährige gemeinsame Prozesse umfangreiche Erfahrungen vorliegen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gesagt, dass das ein wichtiges Projekt ist, und das ist ja auch ein Projekt, das schon sehr lange nicht so als Idee, sondern auch konkret vorangetrieben wird. Was hat dem aber entgegengestanden, dass wir jetzt von einem Beginn von 2025 ausgehen, was, glaube ich, schon von vielen deutlich früher erwartet worden wäre und das, wenn der Senat es als wichtiges Projekt ansieht, vielleicht auch hätte schon früher kommen können?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Wenn Sie mich danach fragen, ob ich mir wünschen würde, Ihnen auch einen

früheren Fertigstellungstermin nennen zu können, dann würde die Antwort darauf „ja“ lauten. Ich möchte aber noch hinzufügen, Sie haben ja auch danach differenziert, was ist eigentlich bisher passiert, und was muss noch geschehen. Wir haben bisher in Phase 0 eine umfangreiche Erörterung, eine Vorplanungsstufe, wenn man so will, mit vielen Beteiligten vor Ort absolviert, wo diskutiert und erörtert wurde, wie tatsächlich das Konzept aussehen soll.

Jetzt wird es als Nächstes darauf ankommen, eine Machbarkeitsstudie auf den Weg zu bringen und auszugestalten, wie wir jetzt tatsächlich möglichst zügig – das können Sie ja auch der Antwort zu Frage 2 entnehmen – mit einer Verkürzung aller Verfahren so schnell wie möglich eine Fertigstellung erreichen können, aber wir sind hier ja auch zu ehrlichen und realistischen Antworten verpflichtet.

Ich will vielleicht dazu noch sagen, dieses Projekt gehört zu denen, an denen bei uns im Haus insbesondere auch Kolleginnen und Kollegen gearbeitet haben, die in ganz besonderer Weise in das Management der Coronapandemie einbezogen worden sind, sodass es wahrscheinlich auch hier dazu gekommen ist, dass das Projekt nicht mit der Geschwindigkeit vorangebracht werden konnte, die, wenn man die Pandemie wegdenken würde, möglich gewesen wäre. Das will ich hier an dieser Stelle auch ehrlich einräumen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gerade Corona angesprochen, wir sind immer noch in der Pandemie. Wird denn die konkrete Bedarfsplanung aktuell vorangetrieben, sodass absehbar ist, wann es dann vielleicht doch in Richtung Bauplanung gehen kann, oder können Sie da jetzt noch kein Ende der konkreten Bedarfsplanung absehen?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Sie haben ja gesehen, wir haben so ehrlich wie möglich geantwortet, wir gehen davon aus, dass das Projekt dann jetzt auf das Gleis gesetzt werden kann.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Warum ist das besonders erwähnenswert?)

Ich will das nur dazu sagen, weil jetzt noch einmal die Rückfrage dazu kam, ob man davon ausgeht, dass es jetzt auf den Weg gebracht wird. Ja, davon

gehen wir aus, und wir nehmen Ihre Nachfrage auch noch einmal zum Anlass, dort jetzt alle Beschleunigungen auf den Weg zu bringen, die möglich sind.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gesagt, die Phase 0 ist abgeschlossen. Ich würde das so verstehen, dass es jetzt auch ein Konzept gibt, wofür es die Bedarfsplanung gibt. In Ihrer Antwort klang es nicht ganz so konkret. Liegt denn aktuell ein Konzept für die Umsetzung des Lernhauses vor?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Ja, es gibt ein gemeinsames Konzept, das ist auch der Ausgangspunkt für die Initiierung des Prozesses selbst, und der ist in der Phase 0 konkretisiert und jetzt auch laufend angepasst worden. Es wurden dabei mehrere weitere Projekte vor Ort durchgeführt, auch unter enger Begleitung durch die Universität Bremen, zur gemeinsamen Sprachförderung, eine gemeinsame Elternberatung, Gesundheitsprojekte, Kooperationen mit Logo- und Ergotherapeutinnen und -therapeuten und eng abgestimmte Übergangsverfahren. Das ist quasi das inhaltliche Konzept, das steht, und jetzt geht es um die Machbarkeitsstudie, wie die bauliche Umsetzung tatsächlich erfolgt, insbesondere auch die definitive Klärung des Standorts.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn jetzt die konkrete Bedarfsplanung oder die Machbarkeitsstudie, wie Sie gesagt haben, aktuell vorangetrieben wird, wer ist daran beteiligt, also auch im Hinblick auf die Akteure vor Ort? Sind sie mit eingebunden? Noch einmal die Frage: Wann kann man damit rechnen, dass diese Machbarkeitsstudie abgeschlossen ist?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Ich habe Ihnen ja beantwortet, wie wir uns jetzt das weitere Verfahren vorstellen, es ist ja hier auch ziemlich präzise von 67 Monaten die Rede, binnen derer wir dann von einer Fertigstellung ausgehen. Die Einbeziehung der Akteure vor Ort ist tatsächlich sehr intensiv erfolgt. Dafür gibt ja tatsächlich diese Phase 0, und man sagt, bevor es in die eigentliche Machbarkeitsstudie geht, will man das Konzept tatsächlich erst einmal nicht am grünen Tisch in der senatorischen Behörde oder wo auch immer, sondern vor Ort mit den

konkret Beteiligten erörtern. Genau das ist hier geschehen, und diesen engen Kontakt wird es natürlich auch weiter geben. Daran hat es bisher auch nicht gehakt.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Ahrens. – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Können Sie mir sagen, wie lange das Projekt Lernhaus Kattenturm schon vor Ort verfolgt wird? Wie viele Jahre?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Ich kann Ihnen nur sagen, dass das in die Zeit zurückreicht, bevor ich mein Amt angetreten habe.

(Heiterkeit)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich dieses fertige Konzept zum Lernhaus Kattenturm in meinem Antrittsbesuch mit Frau Dr. Bogedan vor sechs Jahren erörtert habe? Das fertige Konzept!

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Ich bin bereit, das zur Kenntnis zu nehmen, Frau Abgeordnete.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Können Sie mir erläutern, warum der Senat das Geld für den Bau dieses Lernhauses in den letzten sechs Jahren nicht bereitgestellt hat und auch keine Machbarkeitsstudie zur Umsetzung konkret vorhandener Ideen für den Ort in Auftrag gegeben wurde, obwohl das fertige Konzept vorlag, obwohl alle Akteure das vor Ort intensiv gefordert haben und obwohl die Sprachauffälligkeitserhebungen der letzten Jahre die Notwendigkeit noch einmal belegt haben?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Es ist ja so, dass wir uns eben nicht anmaßen zu sagen, wir haben ein Konzept, das am Schreibtisch erarbeitet wurde – in welchem Zeitraum oder wann auch immer, Frau Abgeordnete, auch wenn das schon länger zurückliegt –, sondern dass wir den Anspruch haben, das mit den Beteiligten vor Ort zu erörtern und zu besprechen. Das ist unsere Vorstellung von Beteiligungen. Dafür gibt es dieses vorgeschaltete Verfahren, und dort ist genau dieses Konzept ausgeschärft

worden, mit dem wir jetzt konkret in die Machbarkeitsstudie gehen werden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Herr Staatsrat Dr. Stöß, dauert es immer sechs Jahre, bis Sie zu einer Entscheidungsfindung bei der Senatorin für Bildung kommen? Dann verstehe ich auch, warum wir gleich die Aktuelle Stunde zum Thema Kitas haben!

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Frau Abgeordnete Ahrens, Sie sind ja immer sowohl im Unterausschuss „Frühkindliche Bildung“ als auch in der Deputation in allen Diskussionen sehr eng einbezogen, und Sie wissen, dass wir gerade beim Kitausbau – das wird ja heute noch Thema sein, und das wird ja noch zu erörtern sein – wirklich alle Anstrengungen intensiviert haben, um keine einzige Chance liegen zu lassen,

(Beifall SPD, DIE LINKE)

keine einzige Chance, um einen Kitastandort, sei es mit einem Standort, der dann tatsächlich baulich voll fertiggestellt ist, sei es durch einen Interimsstandort, und wirklich jede Chance zu nutzen –.

Das Programm, das dort umgesetzt worden ist, ist in seiner Größenordnung beispiellos. Hamburg schafft es ungefähr in den gleichen absoluten Zahlen, den Ausbau voranzubringen. Deshalb lasse ich mir von Ihnen das Ausbauprogramm bei Kitas hier nicht schlechtreden, es tut mir leid!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie zum Lernhaus Kattenturm noch eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Ja, ich würde auch gern wieder zum Thema zurückkommen! Herr Staatsrat, das Thema Sprachauffälligkeiten und die steigenden Notwendigkeiten der Bedarfe hier in Bremen sind ja schon sehr lange Thema, und sie sind ja so desaströs, dass sie beim Senat eigentlich dringenden Handlungsdruck auslösen müssten. Warum ist das nicht in der Intensität erfolgt, wie sie notwendig gewesen wäre, weder beim Lernhaus Kattenturm noch an anderen Stellen in dieser Stadt? Weil das mit den Entscheidungen alles so lange dauert?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Ich würde Ihre Unterstellungen an dieser Stelle zurückweisen, die ja darauf hinausgehen, dass das sozusagen ein flächendeckendes Phänomen ist! Wir sind mit diesem Vorhaben nicht so schnell vorwärtsgekommen, wie wir es uns gewünscht hätten – die Gründe dafür habe ich genannt –, aber dass insgesamt in der senatorischen Behörde, gerade beim Thema Sprachförderung, das Bewusstsein sehr wach ist und wir da eine Vielzahl von Maßnahmen vorangebracht haben, das wissen Sie auch.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Miriam Strunge. – Bitte sehr!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Können Sie uns eine Auskunft dazu geben, ob denn die Stelle, die wir im Haushalt für das Lernhaus Kattenturm bereitgestellt haben, auch, bevor der Bau wirklich steht, bereits besetzt werden konnte?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Mir ist bekannt, dass da in den letzten Haushaltsberatungen auch eine zusätzliche personelle Verstärkung in Gang gebracht worden ist. Inwiefern da jetzt die Besetzung erfolgt ist, müsste ich erst noch in Erfahrung bringen. Da würde ich noch einmal auf Sie zukommen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Lärmschutz in Sebaldsbrück
Anfrage der Abgeordneten Ingo Tebje, Ralf Schumann, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 1. Juni 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie wird die Lärmsituation für die – künftigen – Bewohner:innen an der Bahnstrecke Sebaldsbrück zwischen Föhrenstraße und Bahnhof Sebaldsbrück eingeschätzt?
2. Sind im Rahmen des Brückenneubaus und der Gleisverlagerungen für die Bahnstrecke in Richtung Könecke-Gelände zwischen Föhrenstraße bis zum Sebaldsbrücker Bahnhof, dem sogenannten Lückenschluss dort, Lärmschutzwände oder ähnliche lärmmindernde Maßnahmen vorgesehen, und wenn ja, welche?

3. Wie sehen die weiteren Planungen hinsichtlich des Lärmschutzes an den Bahnstrecken am ehemaligen Coca-Cola-/Könecke-Gelände aus, und wie werden diese hinsichtlich des geplanten Wohnungsbaus auf dem ehemaligen Coca-Cola-/Könecke-Gelände bewertet?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Ronny Meyer.

Staatsrat Ronny Meyer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das im Bebauungsplan 2517 betrachtete Gebiet entlang der Bahnstrecke zwischen Föhrenstraße und Bahnhof Sebaldsbrück ist laut der aktuell vorliegenden Lärmkartierung des Eisenbahn-Bundesamtes mit einem Lärmindex von über 75 dB(A) am Tag – 24 Stunden – für die Bestandsbebauung und abnehmend bis über 55 bis 60 dB(A) zum Gebietsinneren hin versehen. In der Nacht liegen die Pegel jeweils etwa fünf Dezibel darunter.

Für Urbane Gebiete sieht die Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes Grenzwerte von 64 dB(A) am Tag und 54 dB(A) in der Nacht als Beurteilungspegel vor. Durch die im Planungsziel des Bebauungsplans ausgegebenen Maßnahmen sollten die Grenzwerte langfristig an den lärmabgewandten Fassaden eingehalten werden können.

Zu Frage 2: Gemäß Planfeststellungsbeschluss vom 5. Mai 2020 besteht nach Maßgabe der Sechzehnten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes kein Anspruch auf Herstellung von Lärmschutzanlagen zwischen der neuen Brücke und dem Sebaldsbrücker Bahnhof, da sich der Lärm in dem benannten Bereich nicht erhöhe. Vielmehr würden die Gleise sogar noch von der Wohnbebauung abrücken, was die Lärmbelastigung rechnerisch noch reduzieren würde.

In einem separaten Projekt sind in diesem Bereich jedoch freiwillige Planungen von Lärmsanierungsmaßnahmen des Bundes vorgesehen. Ergebnisse der schalltechnischen Untersuchung sollen voraussichtlich 2022 vorliegen. Die aktuellen Planungen sehen die Umsetzung aktiver Lärmsanierungsmaßnahmen ab 2025 vor.

Zu Frage 3: Eine lärmmäßige Abschirmung soll durch die Stellung der Baukörper innerhalb des Baugebiets erfolgen, insbesondere durch eine

möglichst geschlossene Bebauung unmittelbar entlang der Bahnstrecken. Auf der Nordseite ist diese entlang der Straße Zum Sebaldsbrücker Bahnhof durch die Altbebauung bereits teilweise vorhanden.

Auf der Westseite wird, ergänzend zur Baukörperabschirmung, zwischen Baugebiet und Bahnstrecke ein öffentlicher Grünzug vorgesehen, der zu vergrößerten Abstandsflächen führt. Nach derzeitigem Planungsstand ist davon auszugehen, dass mit der beabsichtigten städtebaulichen Konzeption und angepassten Grundrissgestaltungen gesunde Wohnverhältnisse geschaffen werden können. Eine abschließende Prüfung sowie die Erarbeitung gegebenenfalls erforderlicher Regelungen erfolgt im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Es ist ja in der Antwort zu Frage 3 aufgeführt, dass, ich sage einmal, an der Straße Zum Sebaldsbrücker Bahnhof die Altbebauung quasi der Lärmschutz für das neue Gebiet ist, aber das ist ja genau der Bereich, wo jetzt die Bahnstrecke erneuert wird. Geben Sie mir recht, dass es ungewöhnlich erscheint, einen Streckenabschnitt völlig neu zu gestalten und dort nicht gleich einen Lärmschutz mit zu integrieren?

Staatsrat Ronny Meyer: Soweit ich das überblicke, haben wir ja in der Antwort zu Frage 2 beantwortet, dass sich durch die Gleise, die von der Wohnbebauung abrücken, die Lärmbelastigung rechnerisch noch reduzieren würde und es nicht zu einer zusätzlichen Lärmbelastigung kommt und deswegen ein Anspruch auf Lärmschutz nicht besteht.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Würden Sie mir recht geben, wenn ich sagen würde, dass in diesem Bereich von Hemelingen/Sebaldsbrück ohnehin schon eine sehr hohe Lärmbelastigung des gesamten Stadtteils erfolgt, und wäre es dann nicht sinnvoll, über, ich sage einmal, dringend notwendige Maßnahmen auch hinweg zu planen, um Lärmbelastigungen in dem Stadtteil entsprechend zu reduzieren?

Staatsrat Ronny Meyer: Ich glaube, für den ersten Teil Ihrer Frage kann ich Zustimmung signalisieren. Allerdings ist das nicht der Stadtteil, der einzig

und allein mit Lärmbelastigungen in Bremen zu tun hat, sondern da gibt es viele Stadtteile. Ich glaube, es ist klar, dass dieses Ressort, das ich vertrete und das für den Immissionsschutz zuständig ist, ein Interesse daran hat, auch das als Umweltbelastigung zu minimieren. Das wird uns nicht an allen Standorten gleichzeitig gelingen, weil wir auch nicht an allen Standorten – und beim Bahnlärm ist es leider so – in der primären Verantwortung stehen.

Wir haben uns die Standorte und die Problemzonen, die durch Bahnlärm entstehen, auch schon in der letzten Legislaturperiode angeschaut und auch priorisiert und werden das entsprechend eigener Haushaltsmittel abarbeiten, aber wir stehen auch immer wieder zur Verfügung, da den Druck auf die Deutsche Bahn und den Eigentümer der Bahn mit aufrechtzuerhalten.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Bei der Antwort zu Frage 2 ist es doch so zu verstehen, dass sozusagen über die zwingend von der Bahn erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen dort die konkreten Umsetzungen jetzt wirklich bis 2025 geplant sind und auch eine Umsetzung zusätzlichen Lärmschutzes erfolgen soll? So habe ich das richtig verstanden, oder?

Staatsrat Ronny Meyer: Genau! In einem separaten Projekt sind in diesem Bereich freiwillige Planungen von Lärmsanierungsmaßnahmen des Bundes vorgesehen, die bis 2025 umgesetzt werden sollen. – Entschuldigung! Ab 2025 soll die Umsetzung stattfinden, nicht bis 2025!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 6: Queere Kultur- und Schutzräume: Wie geht es weiter mit der „Dete“ und dem Verein „Patriarciao“?

Anfrage der Abgeordneten Maja Tegeler, Olaf Zimmer, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 1. Juni 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnisse hat der Senat über die Übergriffe und Sachbeschädigungen auf die „Dete“ in der Lahnstraße in diesem Frühjahr?

2. Wie ist der Stand bei der Suche nach einem alternativen Standort für das Projekt?

3. Wie ist der Stand in Bezug auf Konzeption und Finanzierung des Projektes beziehungsweise des Trägervereins?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Gabriele Nießen.

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Mit den Vertreter:innen des Vereins „Patriarciao e. V.“ finden regelmäßige Gespräche, zuletzt Ende Mai 2021, auf Einladung der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau statt. An den Gesprächsrunden waren sowohl die Gesundheitssenatorin als auch an einem Termin eine Vertreterin des Sozialressorts beteiligt. Im letzten Termin wurde von den Vertreter:innen des Vereins bestätigt, dass sie sich aufgrund der Schadstoffbelastung und der nicht vorhandenen Möglichkeit zum Lüften selten und auch kaum länger im Gebäude aufhalten. In diesem Zusammenhang berichteten die Vereinsvertreter:innen von Sachbeschädigungen, wie der Zerstörung des Türschlosses und Verunreinigungen durch Gülle, die wiederholt durch Externe verübt wurden.

Die Polizei Bremen wurde am 1. Juni 2021 durch den Senator für Inneres über Hinweise zu möglichen Übergriffen und Sachbeschädigungen informiert, die bei einem Treffen am 27. Mai 2021 zwischen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und dem Verein „Patriarciao“ bekannt geworden sind. Die Polizei hat im Rahmen von Ermittlungen versucht, den Hinweis weiter zu verifizieren.

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Präsident Frank Imhoff: Bitte einen Moment, Frau Staatsrätin! Ich bitte Sie, von Unmutsbekundungen von den Zuschauerrängen abzusehen, das ist hier nicht erlaubt!

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Gabriele Nießen: Vielen Dank, Herr Präsident! Es konnten keine passenden Vorfälle im Bearbeitungssystem der Polizei Bremen recherchiert werden.

(Unruhe auf dem Besucherrang)

Der erstmeldende Hinweisgeber konnte bisher nicht identifiziert werden. Auch im Rahmen der täglichen Aufklärung vor Ort konnten keine Hinweise auf strafrechtlich relevantes Verhalten erlangt oder Personen angetroffen werden. Nach Rücksprache mit dem Verfassungsschutz liegen auch dort keine ergänzenden Informationen vor.

Zu Frage 2: Die Suche nach einem alternativen Standort läuft. Eine Betriebsbeschreibung und Vorschläge für ein Raumprogramm – Konzept Dete Kollektiv Patriarciao e. V., Stand 24. Mai 2021 – wurden von „Patriarciao e. V.“ erarbeitet und liegen der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Immobilien Bremen seit dem 25. Mai 2021 vor. Der Verein wurde von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau auf die Möglichkeit hingewiesen, einen Antrag auf Förderung für die Unterstützung bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten zu stellen. Parallel werden Projektentwickler und Grundstückseigentümer von dieser, aber auch von dem Verein angesprochen. Bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und bei Immobilien Bremen gibt es nach Prüfung aktuell im Sondervermögen keine geeignete Immobilie.

Bei der Suche nach einem alternativen Standort ist zu unterscheiden zwischen einer gegebenenfalls möglichen Zwischennutzung – circa fünf Jahre – und der dauerhaften Nutzung von Räumlichkeiten. Die Nutzung der „Dete“ in der Lahnstraße läuft im Oktober dieses Jahres, so auch die Information des Eigentümers, aus.

Zu Frage 3: Die Konzeption – siehe Beantwortung zu Frage 2 – liegt vor. Die Vertreter:innen des Vereins haben mit Stand vom 11. Mai 2021 den Verein Patriarciao e. V. gegründet. Die Vereinsatzung wurde der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz zur Kenntnis übersandt. Damit wurde

die Grundlage zur Beantragung einer Projektbeziehungsweise einer institutionellen Förderung geschaffen.

Eine Förderung ist seitens der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz aktuell aufgrund der bereits zu berücksichtigenden Projekte im Bereich des Gewaltschutzes und der Unterstützung migrantischer Frauen innerhalb dieser Legislaturperiode bisher nicht darstellbar. Ein konkreter Antrag liegt zurzeit nicht vor.

Ein trägerübergreifendes Vorgespräch in Bezug auf queere Schutzräume ist in Planung. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Frau Staatsrätin, uns hat ja heute leider erst die überraschende Information erreicht, dass die Gebäudeversicherung für die „Dete“ zum 15. Juli ausläuft und dass Müller & Bremermann deswegen der Stadt ein Ultimatum zur Räumung der „Dete“ bis zum 15. Juli gestellt hat. Das kommt sehr überraschend, aber gibt es schon Ideen, wie die Stadt damit umgeht, weil das ja das Zeitfenster für die Suche neuer Räumlichkeiten sehr eng macht und übrigens auch gegen jede Absprache ist?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Vielen Dank für diese Nachfrage! Ich kann Ihnen hier bestätigen, dass uns diese Information ebenfalls erst gestern erreicht hat. Wir suchen auf jeden Fall das Gespräch. Wir sind optimistisch, dass es dort auch eine friedliche und einvernehmliche Lösung geben kann, aber ich kann nur bestätigen, so, wie ich es gerade zur Beantwortung der Anfrage vorgetragen habe, dass wir bisher von einer Duldung bis Oktober dieses Jahres ausgegangen sind. Es war die Rede von zwölf Monaten, und das ist für mich seit Oktober letzten Jahres der Oktober dieses Jahres.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Vielen Dank für die klaren Worte! Würden Sie uns, die Bremische Bürgerschaft, da auf dem Laufenden über die weitere Entwicklung halten?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrte Abgeordnete, das machen wir selbstverständlich gern!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Sie haben in der Antwort zu Frage 3 ja das trägerübergreifende Vorgespräch erwähnt, das geplant sein soll. Gibt es dafür schon ein Zeitfenster, und welche Träger werden dafür angesprochen?

Staatsrätin Gabriele Nießen: Sehr geehrte Abgeordnete, auch vielen Dank für diese Nachfrage! Ich schaue einmal zu meinem Kollegen Staatsrat. Ein Datum liegt uns, glaube ich, noch nicht vor, sonst hätten wir es selbstverständlich in die Beantwortung der Anfrage aufgenommen, aber auch dazu sage ich Ihnen zu, dass wir Ihnen das gern mitteilen, sobald dies feststeht.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

(Staatsrätin Gabriele Nießen: Ich wollte nur sagen, ich war zum ersten Mal hier vorn!)

Präsident Frank Imhoff: Zum ersten Mal? Das haben Sie ganz gut gemeistert!

(Beifall)

Anfrage 7: Übernahme von Kosten für Anwohner:innen bei einer Straßenumbenennung
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 1. Juni 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Welche Kosten wurden bei der kürzlich erfolgten Umbenennung für die Anwohner:innen der Straße Achterhook von der Stadt Bremen übernommen oder erstattet?

2. Gab es bei ähnlichen Umbenennungen in der Vergangenheit ebenfalls Kostenübernahmen, und falls ja, welche Kosten wurden bei welchem Umbenennungsvorgang übernommen oder erstattet?

3. Gibt es generelle Regelungen durch den Senat, dass bei einer Umbenennung von Straßennamen mit Bezug zum Kolonialismus oder Nationalsozialismus die entstehenden Kosten durch die Stadt Bremen übernommen werden, oder muss dies für

jeden Umbenennungsvorgang neu entschieden werden?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Ronny Meyer.

Staatsrat Ronny Meyer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Umschreibung im Grundbuch für die Anlieger:innen bei einer Umbenennung von Straßen erfolgt automatisch. GeoInformation Bremen informiert das Grundbuchamt über die Umbenennung, und es entstehen keine Kosten für die Eigentümer:innen.

Ebenfalls erfolgt die Umschreibung im Melderegister durch das Bürgeramt automatisch. Die Anlieger:innen werden ebenfalls durch das Bürgeramt schriftlich informiert. Auch hierfür entstehen keine Kosten für die Anlieger:innen.

Eine weitergehende Kostenübernahme in Form eines Pauschalbetrags ist nicht erfolgt.

Zu Frage 2: Es gab in der Vergangenheit Fälle, in welchen eine Kostenpauschale für betroffene Anlieger:innen gestellt wurde. Hierfür wurde jeweils eigens ein Senatsbeschluss erwirkt. Dies war zuletzt bei der Umbenennung der Lesumbroker Landstraße im April 2016 der Fall. Hierbei hat es sich in der Regel um 200 Euro pro Anlieger:in gehandelt.

Zu Frage 3: Eine generelle Regelung für die Kostenübernahme besteht nicht. Für Änderungen im Grundbuch und Melderegister aufgrund von Straßenumbenennungen entstehen den Anlieger:innen grundsätzlich keine Kosten. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Können Sie mir sagen, was es für einen Hintergrund gegeben hat, dass man sich bei der Lesumbroker Landstraße dazu entschieden hat, den Anleger:innen und Anliegern 200 Euro zu zahlen, also für welche Kosten, die entstehen, und warum?

Staatsrat Ronny Meyer: Ich habe mir die Senatsvorlage dazu noch einmal angeschaut. Die Senatsvorlage von 2016 erläutert nicht die Gründe, wa-

rum das getan wurde, dort wird lediglich der Begriff „aus Billigkeitsgründen“ genannt. Die Diskussion, die es damals gegeben hat, konnten wir im Haus nicht mehr nachvollziehen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Ich habe noch einmal eine Nachfrage, ob ich es richtig verstanden habe, was sich unter Ummeldungen im Melderegister verbirgt. Verstehe ich es richtig, dass es da um die Umschreibung des Personalausweises geht?

Staatsrat Ronny Meyer: Da bin ich jetzt ehrlicherweise überfragt, ob es auch das beinhaltet, dass man da einen neuen Aufkleber, sage ich einmal etwas lapidar, auf seinen Personalausweis bekommt, oder ob es um die interne Umschreibung im Melderegister geht. Das müsste ich Ihnen noch einmal nachliefern.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Ich verstehe die Antwort zu Frage 3 so: Auch, wenn es keine generelle Regelung zur Kostenübernahme gibt, haben Sie ja gesagt, dass den Anliegerinnen und Anliegern keine Kosten beim Grundbuch und beim Melderegister entstehen. Jetzt wäre es spannend zu wissen, ob die Kosten für die Umschreibung des Personalausweises auch darunter fallen, weil ich glaube, dass es die Frage bei der Umbenennung von Straßen sehr erleichtern würde, wenn einfach klar ist, dass für die Anwohnerinnen und Anwohner da keine Kosten entstehen. Das sollten wir vielleicht noch einmal aufklären.

Staatsrat Ronny Meyer: Ich glaube, dass das geklärt ist. Ich weiß es nicht, aber das können wir einmal nachliefern, um da Klarheit herzustellen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Kai-Lena Wargalla. – Bitte sehr!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn man das googelt, findet man übrigens heraus, dass die Lesumbroker Landstraße umbenannt wurde, weil es sie in der Stadtgemeinde Bremen zweimal gab und das anscheinend gegen das Landesstraßengesetz verstoßen hat.

Wir haben ja gelernt, dass es anscheinend möglich ist, dass der Senat mit einem Beschluss weitere Kosten, die entstehen, für Anlieger:innen bei einer Straßenumbenennung übernimmt. Es ist ja so, dass die Benennungen/Umbenennungen von Straßen Sache des Beirats ist. Wenn jetzt ein Stadtteilbeirat den Beschluss fassen würde, eine Straße mit kolonialistischem oder nationalsozialistischem Kontext umzubenennen, können Sie sich dann vorstellen, dass der Senat dem zustimmen würde, wenn der Stadtteilbeirat einen Antrag auf Kostenübernahme stellt?

Staatsrat Ronny Meyer: Der Senat hat das ja in der Vergangenheit schon getan. Ob der Senat das zukünftig noch einmal tun wird, kann ich natürlich nicht vorwegnehmen, da ist ja der Senat frei in seinen Beschlüssen. Wenn das Ressort so ein Antrag erreichen würde, würden wir vermutlich auch kurz darauf hinweisen, dass es ja auch ein Stadtbudget gibt, aus dem man möglicherweise so etwas finanzieren könnte, wenn man wollte. Ob der Senat das aber noch einmal macht, wie im Fall der Lesumbroker Landstraße, wird dann die Diskussion zeigen.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 8: Finanziert der Senat linksextreme Jugendarbeit?

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 9. Juni 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Wir fragen den Senat:

1. In welcher Form und in welcher Gesamthöhe findet jährlich eine staatliche Finanzierung des Jugendhauses „Buchte“ durch Steuergelder statt, und wie ist eine solche Finanzierung mit den dort propagierten offen linksextremen Überzeugungen in Einklang zu bringen?

2. Inwieweit macht sich der Senat den Inhalt des Banners am Jugendhaus „Buchte“ zu eigen, der öffentlich dazu auffordert, den vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestuften Verein „Rote Hilfe“ finanziell zu unterstützen sowie die mutmaßlich linksextreme Straftäterin Lina aus dem Gefängnis zu entlassen?

3. Inwiefern entspricht die pädagogische Arbeit innerhalb des Jugendhauses „Buchte“, die offensichtlich maßgeblich durch linksextreme Ideologie geprägt ist, den Ansprüchen des Senats, und ist weiterhin geplant, diese finanziell zu unterstützen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Jugendhaus „Buchte“ ist Sitz des Jugendverbandes „Naturfreundejugend Bremen“ und wird als Treffpunkt für die verbandlichen Aktivitäten genutzt. Die Förderung der „Naturfreundejugend Bremen“ in der „Buchte“ erfolgt über unterschiedliche Förderinstrumente. Als Jugendverband wird eine institutionelle Förderung gewährt. Die stadtteilbezogenen und überregionalen Angebote der offenen Jugendarbeit werden als Projekte gefördert. Insgesamt belaufen sich die Zuwendungen 2021 auf 151 900 Euro.

Nach Paragraph 12 Absatz 1 SGB VIII ist die eigenverantwortliche Tätigkeit der Jugendverbände unter der Wahrung ihres satzungsgemäßen Eigenlebens zu fördern. Träger, die eine öffentliche Förderung im Kontext der Kinder- und Jugendhilfe erhalten, bekennen sich mit der Annahme des Zuwendungsbescheides dazu, die freiheitlich-demokratische Grundordnung in ihrer pädagogischen Arbeit zu achten. Das Leitbild der „Naturfreundejugend Deutschland“ bringt bereits in der Einleitung die Ausrichtung des Jugendverbandes auf eine – Zitat – „freiheitliche und demokratische Gesellschaftsordnung“ zum Ausdruck. Dem Senat liegen keine Erkenntnisse über eine linksextremistische Ausrichtung der „Naturfreundejugend Bremen“ vor.

Zu Frage 2: Die Übereinstimmung der politischen Positionen eines Jugendverbands mit denen der jeweiligen Regierung ist in der Jugendhilfe in Deutschland keine Fördervoraussetzung. Soweit die Aktivitäten der „Naturfreundejugend Bremen“ in Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland stehen, nimmt der Senat keine Bewertung der durch den Jugendverband vertretenen Haltungen und Positionen vor. Die Beurteilung mutmaßlicher Straftaten ist Aufgabe der Judikative. Bis zum Abschluss eines Verfahrens gilt die rechtsstaatliche Unschuldsvermutung. Der Senat hat im Übrigen keine eigenen Erkenntnisse über das genannte Ermittlungsverfahren.

Zu Frage 3: Die „Naturfreundejugend Bremen“ ist seit Langem engagiert tätig in der offenen Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und außerschulischen Jugendbildung in Bremen. Seit 2011 bringt der Träger seine Kompetenzen aus der politischen Bildungsarbeit mit jungen Menschen auch im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ als Koordinierungs- und Fachstelle für Partnerschaften für Demokratie in der Stadtgemeinde Bremen ein.

Bundesweit ist zu beobachten, dass politische Jugendverbände und Träger, die über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert werden, wiederholt mit Extremismusvorwürfen und der politischen Infragestellung ihrer Förderung konfrontiert sind, obwohl sie sich dem Erhalt der freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftsordnung verpflichteten und dafür eintreten.

Aus Sicht des Senats stehen weder die Angebote der „Naturfreundejugend Bremen“ noch deren selbst formulierte Grundsätze und Ziele im Widerspruch zu den Fördervoraussetzungen in der Jugendhilfe, insbesondere der Achtung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Der Senat sieht keine Veranlassung, die Förderung der „Naturfreundejugend Bremen“ oder deren Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe infrage zu stellen. – So weit die Antwort des Senats!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete Ahrens, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Distanziert sich der Senat von der Spendeneinwerbung für diesen vom Senat selbst dem gewaltorientierten Linksextremismus zugeordneten Verein „Rote Hilfe“ durch eine öffentlich finanzierte Jugendeinrichtung?

Staatsrat Jan Fries: Also, erstens ist das eine Einstufung, die so im Verfassungsschutzbericht oder vom Verfassungsschutz vorgenommen wird. Da die Quellen auch den Mitgliedern des Senats nicht vollständig offen sind, nimmt er sie sozusagen zur Kenntnis, macht sie sich nicht vollumfänglich zu eigen. Daher ist das die Quellenbezeichnung. Inhaltlich nimmt der Senat, wie in der Antwort ausgeführt, nicht Stellung zu den Äußerungen der Jugendverbände, soweit sie sich im Rahmen des Grundgesetzes bewegen.

Präsident Frank Imhoff: Frau Ahrens, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Im aktuellen Verfassungsschutzbericht 2020 steht, dass die „Rote Hilfe“ – und ich zitiere jetzt wörtlich aus dem Verfassungsschutzbericht – „mit ihrer Einstellung eine stabilisierende Funktion innerhalb der gewaltorientierten linksextremistischen Szene einnimmt und dabei nur solche Taten unterstützt, die sie als politisch wertet. Entschuldigungen oder Distanzierungen der Täter von linksextremistischen Gewaltdelikten im Verfahren führen regelmäßig zu dem Entzug ihrer Unterstützung.“ Teilt der Senat weiterhin diese Aussagen, die im aktuellen Verfassungsschutzbericht stehen und die der Senat dann ja in einer Drucksache veröffentlicht hat, oder teilt er sie nicht mehr?

Staatsrat Jan Fries: Wie ich eben ausgeführt habe, ist dem Senat eine über die Ausführungen des Verfassungsschutzes hinausgehende Bewertung nicht möglich. Das ist die Darstellung, die wir weitergeleitet haben. Auch in der Rechtsordnung ist der Verfassungsschutz ja mit einer gewissen Sonderstellung ausgestattet, was die Informationsbeschaffung und -darstellung angeht. Daher nehmen wir die Ausführungen zur Kenntnis und arbeiten damit.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Im aktuellen Verfassungsschutzbericht sind die Quellen zum Thema „Rote Hilfe“ offengelegt, mit Quellenangabe, und auf Wikipedia ebenfalls, inklusive des OVG-Urteils und einer Mitteilung des Senats auf eine Kleine Anfrage von DIE LINKE vom 12. Dezember 2017, in der Sie genau die eben von mir aus dem Verfassungsschutzbericht 2020 zitierte Auffassung als Gesamtauffassung des Senats wiedergegeben haben. Erhalten Sie daher Ihre eben hier gemachte Aussage aufrecht, die der widerspricht, die sie 2017 gegeben haben, oder nicht?

Staatsrat Jan Fries: Dieser Aussage habe ich nicht widersprochen, ich habe sie nicht noch einmal wiederholt. Ich glaube, den Inhalt des Verfassungsschutzberichts können wir an anderer Stelle diskutieren. Das ist auch nicht Kern der Frage, Frau Abgeordnete. Nach unserer Auffassung führt ein Plakat, das sich auf eine im Verfassungsschutzbericht kritisch gewürdigte Einrichtung bezieht, nicht dazu, eine Organisation selbst als linksextremis-

tisch – –. Was immer das ist, auch die fachliche Definition dessen, die der Verfassungsschutz da verwendet, ist in der Wissenschaft ja durchaus umstritten. Das führt nicht dazu, die Förderung infrage zu stellen.

Wir haben nach unseren Kenntnissen über die „Naturfreundejugend Bremen“ keine Erkenntnisse darüber, dass diese selbst die verfassungsmäßige Ordnung infrage stellt, und damit auch keine Erkenntnisse darüber, dass sie damit den Förderbedingungen, die zur Anerkennung als Träger der Jugendhilfe notwendig sind als auch die Förderbestimmungen sind, widerspricht.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Teilt der Senat die Auffassung, dass es sich bei der „Roten Hilfe“ eben nicht um einen normalen Rechtshilfebeistand handelt, wie von der „Naturfreundejugend Bremen“ im Jugendhilfeausschuss am 17. Juni suggeriert, sondern um einen Teil des gewaltorientierten Linksextremismus?

Staatsrat Jan Fries: Ich glaube, wie ausgeführt ist für die Kernfrage, die Sie gestellt haben, nämlich ob wir die „Naturfreundejugend Bremen“ weiter fördern und Probleme mit der Förderung haben, die Beantwortung dieser Frage unerheblich.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Trotzdem möchte ich sie beantwortet haben!

(Zurufe CDU)

Präsident Frank Imhoff: Herr Staatsrat, haben Sie eine Antwort darauf?

Staatsrat Jan Fries: Die Beurteilung – –.

(Zuruf CDU: Eier, eier, eier!)

Ich habe keine eigene Beurteilung zur „Roten Hilfe“.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete Ahrens, haben Sie eine weitere Zusatzfrage zu diesem Themenkomplex? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Teilt der Senat die Auffassung, dass Nachfragen nach Spendenaufrufen für Organisationen, die die gewaltorientierte extremistische Szene unterstützen oder ihr

direkt zugerechnet werden, nicht als Angriff auf jugendpolitische Ausdrucksformen zurückgewiesen werden können?

Staatsrat Jan Fries: Ich habe darauf hingewiesen, dass unsere Auffassung ist, dass es in bestimmten Grenzen innerhalb der Verbände zu regeln ist, und bei dieser Aussage bleibe ich.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete Ahrens, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Eine letzte! Bedeutet das, dass der Senat dann zukünftig auch Aufrufe und Transparente für Organisationen, die die gewaltorientierte rechtsextremistische Szene unterstützen oder ihr direkt zugeordnet werden, als Zeichen jugendpolitischer Ausdrucksformen an öffentlich finanzierten Jugendeinrichtungen akzeptiert, mit der Begründung, die Sie gerade eben gegeben haben?

Staatsrat Jan Fries: Auch da ist der Maßstab, wie sich das zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in der dargelegten Form verhält. In der Regel sind die Fälle, die mir bekannt geworden sind, eben deutlich eine Missachtung der Grundprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder auf deren Überwindung gerichtet. Damit hätten wir ein Problem, aber auch das ist der Maßstab.

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Eine abschließende! Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir als CDU-Fraktion mit dem Aufrufen zu Solidaritätsbekundungen und dem Einwerben von Spenden durch öffentlich finanzierte Jugendeinrichtungen für extremistische Strömungen jeglicher Art ein wirkliches Problem haben?

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Hans-Georg Maaßen lässt grüßen!)

Staatsrat Jan Fries: Selbstverständlich bin ich bereit, das zur Kenntnis zu nehmen. Ich will aber noch einmal darauf hinweisen, dass ich an keiner Stelle gesagt habe, dass sich der Senat dieses Plakat, die Inhalte und die Aufrufe darauf zu eigen gemacht oder unterstützt hat. Sie können auch sicher sein, dass weder ich noch irgendeiner meiner Kollegen selbst ein solches Plakat aus seinem Fenster hängen

werden. Die Frage ist aber, ob das für die Förderung von Jugendverbänden erheblich ist. Dazu habe ich meine Ausführungen gemacht.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Frau Abgeordnete Ahrens, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Eine abschließende, Herr Staatsrat!

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [Bündnis 90/Die Grünen]: Die dritte abschließende!)

Ja, das stimmt! Manchmal ist das so, wenn die Antworten so sind!

Herr Staatsrat, verstehe ich das richtig, dass Jugendeinrichtungen damit draußen an die Wand hängen können, was sie wollen, wenn sie öffentlich finanziert werden?

(Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Staatsrat Jan Fries: Vielleicht komme ich einfach zu der Ursprungsantwort zurück: Die Grundrichtung ist die Wahrung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die in Urteilen und der Literatur eindeutig definiert ist. Das sind die Leitplanken, an denen die Orientierung erfolgt. In der Tat ist es so, dass das der Maßstab ist.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Nein, einen Pudding kann man nicht an die Wand nageln! – Beifall CDU – Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Staatsrat, es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Cindi Tuncel. – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): Herr Staatsrat, sind Sie mit mir einer Meinung, dass die Jugendeinrichtung „Buchte“ seit Jahrzehnten hervorragende Arbeit in diesem Bereich macht

(Zurufe CDU)

und sich an Recht und Gesetz hält und vor allem in der politischen Bildung in den vergangenen Jahren eine Menge geleistet hat?

Staatsrat Jan Fries: Man könnte fast denken, es könnte eine Fangfrage sein. Auch hier ist die Einordnung, dass die Tätigkeit innerhalb bestimmter Rahmen erfolgt, und wenn sie in diesen Rahmen erfolgt, ist das in Ordnung so.

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Cindi Tuncel (DIE LINKE): In der Antwort zu Frage 3 heißt es, bundesweit sei zu beobachten, dass politische Jugendverbände und Träger, die über „Demokratie leben!“ gefördert werden, wiederholt mit Extremismuskorrekturen und der politischen Infragestellung ihrer Förderung konfrontiert sind. Meine Frage dazu: Kann der Senat erläutern, von wem dies ausgeht, also ob es wiederkehrende Akteure gibt und ob der Senat dort womöglich eine Strategie rechter parlamentarischer Kräfte erkennen kann?

Staatsrat Jan Fries: Ich glaube, die Diskursanalyse, die da stattfindet, sollten wir an anderen Orten machen. Mein Eindruck ist schon, dass es da bestimmte Muster gibt, die auch politische Zwecke verfolgen. Ich glaube, es ist aber nicht sinnvoll, das jetzt in dieser Debatte zu vertiefen.

Präsident Frank Imhoff: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch. – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch (CDU): Herr Staatsrat, Sie haben hier eine interessante Auffassung von Ihrem Verhältnis beziehungsweise vom Verhältnis des Senats zum Landesamt für Verfassungsschutz offenbart.

(Beifall CDU, FDP)

Sie haben von einer Sonderrolle des Verfassungsschutzes bei der Bewertung von politischen Phänomenen gesprochen. Können Sie mir erklären, was Sie damit meinen?

Staatsrat Jan Fries: Der Verfassungsschutz verfügt über einen gesetzlichen Auftrag, der es ihm ermöglicht, auch Instrumente zu nutzen, die andere Teile der Regierung nicht haben. Deswegen erfolgt auch die Kontrolle des Verfassungsschutzes teilweise direkt durch das Parlament. Das ermöglicht ihm Einblicke und Bewertungen, die sich nicht in jeder Einzelform nachprüfen lassen. Das hat Vor- und Nachteile in der politischen Debatte. Die Erkenntnisse, die daraus gegeben sind, sind aus unserer

Sicht eine wichtige Arbeitsgrundlage für den Senat. Es ist aber aus meiner Sicht nicht möglich und auch nicht sinnvoll, sich in jedem Einzelfall jeden Buchstaben dieses Berichts immer zu eigen zu machen, sondern man muss sich ernsthaft damit auseinandersetzen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch (CDU): Ich entnehme daraus eine Distanz zum Landesamt für Verfassungsschutz – das ja immerhin eine nachgeordnete Behörde des Senats ist –, die mir bisher so nicht deutlich war. Ich frage Sie einmal: Wie kommt es dann eigentlich zustande, dass das Landesamt für Verfassungsschutz diesen Verfassungsschutzbericht gemeinsam mit dem und im Auftrag des Senats für Inneres veröffentlicht?

(Abgeordnete Dr. Solveig Eschen [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das eine Frage zur „Buchte“? – Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP]: Selbstverständlich gehört das zum Fragenkomplex! – Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Links-Grün darf alles! Das war schon immer so! – Unruhe)

Wenn die Zwischenrufe – –.

Präsident Frank Imhoff: Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Staatsrat möchte sich auf seine Beantwortung konzentrieren, und deswegen bitte ich um etwas Ruhe!

Staatsrat Jan Fries: Das Konzentrieren ist nicht das Problem, aber solange von links nach rechts Äußerungen gerufen werden, ist es schwierig, selbst zu sprechen.

Der Verfassungsschutzbericht – und das finde ich auch wichtig – ist eben kein politisches Dokument, in das Senatoren dann ihre Meinung hineinbringen, ihn grundlegend inhaltlich ändern, sondern er wird erarbeitet, dann entgegengenommen und weitergeleitet. Damit ist er Grundlage der Arbeit. Ich habe auch deutlich gemacht, dass wir das, was darin steht, sehr ernst nehmen. Dazu gehört aber nicht, dass ich mir jeden Satz und jedes Komma darin eins zu eins zu eigen mache, sondern ihn als wichtige Quelle der Arbeit nehme, mit der wir arbeiten. In dem Punkt, das kann ich versichern, wird der Bericht auch in meinem Haus gewürdigt und genutzt.

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter Dr. vom Bruch, haben Sie zum Thema linksextreme Jugendarbeit und zu der Finanzierung eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Nein, danke, Herr Präsident, aber ich wusste bisher nicht, dass er eine Quelle ist, sondern ich hatte gedacht, dass er eine Grundlage der Arbeit ist!)

(Beifall CDU, FDP)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Ingo Tebje. – Bitte sehr!

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Würden Sie mir recht geben, wenn Kirchengemeinden sich solidarisch mit einem wegen Volksverhetzung verurteilten Pastor verhalten, dass Sie sich dann entsprechend auch nicht von diesen Kirchengemeinden distanzieren oder deren Unterstützung als Senat einstellen würden?

Staatsrat Jan Fries: Die entsprechenden Anfragen hat der Senat auch da mit einer Autonomie dieser Gemeinden beantwortet, von daher: ja!

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Mit der Beantwortung dieser Anfrage sind wir am Ende der Fragestunde angekommen.

(Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie [im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 1492.](#))

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde liegen zwei Themen vor, und zwar erstens auf Antrag des Abgeordneten Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU das Thema „Gewerbeflächen sichern Arbeitsplätze und Wachstum – Koalitionsstreit beenden und Gewerbeentwicklungsplan vorlegen!“ und zweitens auf Antrag der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP das Thema „Fehlen mehr Kitaplätze als je zuvor? Behörde muss endlich transparent planen!“.

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Kristina Vogt zum ersten Thema und Herr Staatsrat Dr. Jan Stöß zum zweiten Thema.

Ich rufe jetzt das erste Thema auf:

Gewerbeflächen sichern Arbeitsplätze und Wachstum – Koalitionsstreit beenden und Gewerbeentwicklungsplan vorlegen!

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Carsten Meyer-Heder.

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Vor eineinhalb Jahren haben wir in der Stadtbürgerschaft zum letzten Mal auf Antrag der CDU-Fraktion über die, ich sage einmal, verfehlte oder nicht erkennbare Gewerbeflächenpolitik debattiert. Damals hatten wir den Senat mit einem Antrag aufgefordert, einen ersten Entwurf des neuen Gewerbeentwicklungsprogramms bis Ende des Jahres 2019 vorzulegen und darin eine jahresdurchschnittliche Erschließungsleistung von mindestens 30 Hektar in der Stadtgemeinde Bremen auszuweisen. Dies entspricht der durchschnittlichen Vermarktungsleistung eines Jahres.

Zur Erinnerung: Laut der ursprünglichen Planung sollte das neue Gewerbeflächenentwicklungsprogramm bereits Mitte 2020 von der Stadtbürgerschaft beschlossen werden. Jetzt haben wir Mitte 2021, und es liegt noch nicht einmal ein zwischen den drei Koalitionspartnern abgestimmter Entwurf vor. Schlimmer noch: Angesichts der fundamentalen Meinungsverschiedenheiten der Koalition ist nicht einmal sicher, ob wir in dieser Legislaturperiode überhaupt noch ein neues Gewerbeentwicklungsprogramm bekommen werden, und falls doch, wird es, glaube ich, wenig konstruktiv, sehr weichgespült mit vielen Konjunktiven und vielen Prüfanfragen versehen sein.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Auch nach mehreren internen Gesprächsrunden und nach einer Befassung des Koalitionsausschusses konnten Sie sich bisher nicht auf eine gemeinsame Linie einigen, was wir vor rund zwei Wochen natürlich auch der Presse entnehmen konnten. Ironischerweise berichtete der „Weser-Kurier“ darüber genau einen Tag, nachdem wir in der Deputation für Wirtschaft und Arbeit den Haushaltsentwurf für die Jahre 2022 und 2023 sowie den Wirtschaftsplan des Sondervermögens Gewerbeflächen diskutiert hatten. Dieser Haushaltsentwurf zeigt eben genau wie der Streit um das GEP, wie wenig Ihnen Wirtschaft und die Arbeitsplätze in unserer Stadt bedeuten.

(Beifall CDU)

Dass das so ist, belegen Zahlen: Sie planen, in den nächsten beiden Jahren in Bremen nur elf Hektar neue Gewerbeflächen zu erschließen, das sind 5,5 Hektar pro Jahr. Das ist gerade einmal ein Sechstel der Flächen, die normalerweise pro Jahr vermarktet werden. Es mag sein, dass in den kommenden Jahren coronabedingt die Nachfrage nach Gewerbeflächen etwas nachlässt, aber Sie selbst planen, selbst bei der Vermarktung von 11,5 Hektar pro Jahr, nur ein Drittel des langjährigen Durchschnitts, und selbst dafür reicht ja Ihre Erschließung nicht aus. Das Ende vom Lied wird sein, dass die bereinigte Dispositionsreserve an freien Flächen, die unmittelbar für eine Vermarktung zur Verfügung stehen, am Ende der Regierungszeit bei null oder nahe null liegen wird.

Was bedeutet das konkret? Das bedeutet, dass Sie ansiedlungswilligen Unternehmen keine Flächen mehr in der Stadtgemeinde Bremen anbieten können. Das bedeutet, dass Sie zukünftig auf die 100 Arbeitsplätze und die sechs Millionen Euro Investitionen – privater Investitionen! –, die ein Hektar vermarkteter Fläche nach sich zieht, verzichten möchten. Das ist aus Sicht der CDU-Fraktion eine Katastrophe.

(Beifall CDU)

Natürlich ist uns auch klar, dass man Ansiedlung schon differenziert betrachten kann, und natürlich können auch neue Arbeitsflächen auf vorhandenen Flächen entstehen. Wir haben überhaupt nichts einzuwenden gegen gemischt genutzte Quartiere unter dem Stichwort produktive Stadt. Die Beispiele Überseestadt einschließlich der Überseeinsel, in Zukunft das Tabakquartier in Woltmershausen, die Kornstraße und das ehemalige Hachezgelände in der Neustadt zeigen auf, wie viel Potenzial eine stärkere Nutzung inzwischen tatsächlich hat. Allerdings sind diese Flächen eben in der Regel nicht für Industriearbeitsplätze, Logistikbetriebe oder eben die Automobilzulieferer geeignet, und auch für diese Unternehmen müssen Sie eine Antwort haben, wenn sie sagen, wir wollen uns hier vergrößern.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat übrigens – das habe ich eben schon gesagt – nichts gegen eine Nachverdichtung bestehender Gewerbegebiete, um deren Flächeneffizienz zu steigern. Im Gegenteil: Schon in unserem Antrag vom September 2019 hatten wir genau dies im Hinblick auf den Technologiepark gefordert.

Um diese Potenziale einmal am Beispiel des Technologieparks und der Airport-Stadt zu ermitteln, hatte der Senat im Rahmen des GEP-Prozesses eine Nachverdichtungsstudie in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse uns in der letzten Sitzung der Wirtschaftsdeputation vorgestellt wurden. Damit die Kolleginnen und Kollegen das aber einordnen können, möchte ich hier ein paar aus meiner Sicht wichtige Passagen aus dieser Vorlage zitieren: „Die Gutachter treffen nach dieser Untersuchung die deutliche Aussage, dass mit Nachverdichtung allein die bestehenden Flächenengpässe an den Standorten Technologiepark und Airport City in Bremen nicht aufgelöst werden können.“ Weiter: „Nachverdichtung ist in der Regel nur dann eine Option, wenn der private Eigentümer der Vorratsfläche selbst Bedarf für eine intensivere Nutzung hat.“ Letztlich: „Innenentwicklungen im Bestand lassen sich nur mittel- bis langfristig unter hohem Arbeitseinsatz erreichen.“

Ihre eigenen Gutachter bescheinigen also, dass das Instrument der Nachverdichtung nur in engen Grenzen möglich und keineswegs ein Wundermittel ist, um den Nachfragedruck nach attraktiven Gewerbeflächen zu verringern. Wir können und dürfen in Zukunft also nicht auf die Erschließung neuer Gewerbeflächen verzichten.

(Beifall CDU, FDP)

Im Übrigen, wenn Ihnen Nachverdichtung und Bestandsentwicklung so wichtig sind, dann sorgen Sie doch bitte auch dafür, dass das Gebietsmanagement eine Regionalaufgabe der WFB wird und diese dafür entsprechend ausgestattet wird! Auch das ist eine Empfehlung der Gutachter, und ich frage mich, warum das nicht schon lange passiert ist. Vielleicht fragen Sie auch einmal bei der BIS in Bremerhaven nach, ich glaube, sie wissen ganz gut, wie das geht.

Meine Damen und Herren, der ganze Bereich Wirtschaftsförderung und Gewerbeflächenentwicklung in der Stadt Bremen liegt unter Rot-Grün-Rot genauso brach, wie es schon unter Rot-Grün der Fall war, wobei ich an dieser Stelle der zuständigen Senatorin zugestehen will, dass sie für die gute Sache kämpft; teilweise sogar mit Erfolg, immerhin hat die WFB in den kommenden beiden Haushaltsjahren eine finanzielle Ausstattung erhalten, die dem Bedarf entspricht, und dass es an den entscheidenden Punkten nicht vorangeht, liegt nach unserer Einschätzung im Wesentlichen am grünen Koalitionspartner.

Wo stehen wir also bei der Gewerbeflächenentwicklung heute? Die Verzögerung beim GEP beträgt nunmehr rund zwei Jahre im Vergleich zur Ursprungsplanung. Ob, und wenn ja, wann er kommt, weiß keiner so genau. Es gibt zwar keinen GEP, dafür aber drei Positionspapiere der Koalitionspartner, die sich in vielen Punkten widersprechen. Statt intern tragen sie ihren Streit dann auch noch öffentlich aus.

Für die CDU-Bürgerschaftsfraktion kann ich sagen, dass wir sowohl die Entwicklung der gewerblichen Potenzialflächen Airport-Stadt-Süd, Nordwestknoten und Horner Spange als auch eine Erweiterung des Gewerbegebiets Bayernstraße für notwendig und machbar halten.

(Beifall CDU)

Das scheinen ja die wesentlichen Konflikte zwischen Ihnen zu sein, von denen Sie meines Wissens bislang erst einen, nämlich die Horner Spange, ausgeräumt haben.

Fakt ist jedoch, egal, ob und wann Sie sich einigen, im Wirtschafts- und Finanzplan des Sondervermögens Gewerbeflächen sind keinerlei Mittel für die Planung und Entwicklung neuer gewerblicher Potenzialflächen eingestellt. In diesem Finanzplan werden nur bereits beschlossene und begonnene Erschließungsmaßnahmen weitergeführt, immerhin! Allerdings finden sich da auch keine Mittel für die Erweiterung der Baustufe 4 im Gewerbepark Hansalinie. Mit anderen Worten: Selbst im besten Fall, wenn Sie sich auf Projekte einigen, hinter denen sich zumindest die SPD und mit einigen Abstrichen auch DIE LINKE versammeln können, steht dafür in den nächsten Jahren kein Geld zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, mit dieser Politik schaden Sie dem Wirtschaftsstandort Bremen. Sie bremsen damit Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Einwanderungs- und Steuerwachstum. Sie entscheiden sich bewusst für eine weitere Verwaltung des Mangels, und dafür haben Sie ja sehr gute und viele Ideen. Dafür findet sich im Haushalt immer Geld, nur eben nicht für Investitionen in die Zukunft, die wir in diesem Land so dringend brauchen.

(Beifall CDU)

Als CDU-Bürgerschaftsfraktion halten wir diesen Weg für dramatisch falsch, auch und gerade vor dem Hintergrund der Coronakrise und ihrer Bewältigung. Wir halten ihn auch für gefährlich für den

Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Deswegen bitte ich Sie zum Schluss: Gehen Sie noch einmal in sich, arrangieren Sie sich, bringen Sie ein zukunftstaugliches Gewerbeflächenentwicklungsprogramm auf die Straße, und sorgen Sie dafür, dass die darin enthaltenen Maßnahmen dann im Haushalt und in der mittelfristigen Investitionsplanung auch Berücksichtigung finden, denn nur eine starke Wirtschaft schafft sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, generiert die so wichtigen Steuereinnahmen in diesem Land, verbessert das Image der Stadt, zieht Menschen und deren Familien nach Bremen und sorgt damit am Ende für sozialen Frieden. Bitte kümmern Sie sich darum! – Vielen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, lieber Herr Meyer-Heder! Ich finde, wir müssen uns angewöhnen, ein bisschen genauer hinzusehen und die Lage ein kleines bisschen umfassender zu betrachten. Warum ist das Ringen um diesen GEP so kompliziert und anspruchsvoll? Das hat damit zu tun, dass es keineswegs nur darum geht, neue Flächen in ein großes Register zu schreiben, sich die Erschließung zu überlegen und den Sand zu bestellen, der dorthin soll, sondern es geht darum, dass sich unsere Stadt und die Republik als Ganze, die europäische Gemeinschaft – möglicherweise kann man den Kreis noch größer ziehen –, in einer, möchte ich sagen, dramatischen Transformation befinden.

Wir können nicht mehr so weitermachen, wie bisher, wir müssen Grundlegendes in unserer Wirtschaft, in der Art und Weise, wie wir leben, wie wir uns durch die Welt bewegen, wie wir konsumieren, verändern. Anders bekommen wir diese dramatische Herausforderung nicht bewältigt, dass wir diesen Planeten ins Ungleichgewicht gebracht haben.

Worüber reden wir, wenn wir von der Entwicklung des Klimas reden? Wir reden davon, dass mittlerweile in Kanada in einigen kleinen Ortschaften über 50 Grad gemessen werden. Man ahnt doch, was das bedeutet, wenn diese Entwicklung ungebremst weitergeht, und im Moment ist sie noch ungebremst. Alle müssen ihren Beitrag leisten, damit wir diese Entwicklung in den Griff bekommen, dass wir die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft

beschleunigen. Das, finde ich, ist völlig eindeutig, und dann wird sich diese Wirtschaft ändern müssen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht aber nicht nur um die CO₂-Last, die wir in die Atmosphäre blasen und wo wir sie als Deponie missbrauchen, sondern es geht auch darum, dass die Art und Weise, wie wir unsere Landwirtschaft, unsere Bodennutzung organisieren, in hohem Maße dazu beiträgt, dass die Biodiversität unseres Planeten abnimmt, dass ganze Systeme, ganze biologische Systeme so unter Druck geraten, dass nicht nur einzelne Arten verschwinden, sondern ganze Gemeinschaften, dass die Böden denaturieren, dass das Wasser Schaden nimmt und dass wir in der Luft Schadstoffe weit über das CO₂ hinaus feststellen. Das muss man doch als Rahmenbedingung einer Debatte, wie wir sie jetzt hier führen, berücksichtigen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir glauben, dass die Frage, wie wir den Boden nutzen, mit diesen anderen Fragen, die ich eben nur einmal kurz angesprochen habe, sehr eng verbunden ist, und der große Vorwurf, Herr Meyer-Heder, den ich Ihnen machen würde, wäre, dass Sie diesen Gesichtspunkt überhaupt noch nicht einmal der Erwähnung wert finden. Sie tun so, als gäbe es diesen Gesichtspunkt überhaupt nicht. Wir hingegen meinen, dass sich so eine Stadt wie unsere fragen muss, ob sie es nicht schaffen kann, Wirtschaftswachstum vom Herausblasen von CO₂ zu entkoppeln. Wir sind davon überzeugt, dass das notwendig ist. Wir sind davon überzeugt, dass es notwendig ist, mehr Wachstum auf weniger Fläche zu organisieren, Flächenwachstum vom Wirtschaftswachstum zu entkoppeln. Das halten wir für notwendig, und wir glauben, dass da auch einiges möglich ist.

Ich darf ganz kurz an die Geschichte erinnern: Als Sie einmal eine Zeit lang im Senat waren, in der Zeit der Großen Koalition, gab es einen mächtigen Staatsrat, Herrn Haller. Er hatte damals gesagt, wir bekommen diese Stadt nach dem Drama der Werftenkrise nur wieder zur Blüte, wenn wir 1 000 Hektar Gewerbefläche bereitstellen. 1 000 Hektar neue Gewerbefläche! Dann wurde ausgerollt, hinaus entlang der A 27 an die Hansalinie, westlich des Stahlwerks und immer so weiter. Diese 1 000 Hektar sind in den 25 Jahren bis heute zu einem großen Teil aufgebraucht, und es kann nicht sein, dass der nächste große Wachstumsschub, die

nächste große Entwicklungsetappe unserer Stadt, mit der Inanspruchnahme von Flächen in der Größenordnung eines solchen Kalibers verbunden ist. Das kann nicht sein! Wir müssen es schaffen, mit weniger Flächenverbrauch zu wachsen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wir arbeiten nun in der Koalition an der Frage, kurzfristig, in den Zeiträumen, über die wir jetzt reden – diese Legislaturperiode/die nächste Legislaturperiode –, da kommen wir mit dem vorhandenen Flächenvorrat und mit dem im Bestand mobilisierbaren Vorrat unproblematisch aus. Wir haben einen Vorrat von ungefähr 300 Hektar. Das ist eine echte Größenordnung, wenn man damit sparsam umgeht, wenn man sie effizient nutzt, wenn man die immer wieder neu brachfallenden Grundstücke benutzt.

Sie haben es ja vor Augen: In der Überseestadt haben wir vor Kurzem noch geglaubt, bei der Überseeinsel, dass das ewig so bleibt mit Kellogg's, mit der Reismühle, mit der Spedition Reimers, und innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums von fünf Jahren ist das komplett zur Disposition gestellt. Die Reismühle ist umgezogen – Frau Nießen nickt, weil sie daran beteiligt gewesen ist –, da hat sich jemand gefunden, der sehr viel Geld für das Grundstück bezahlt hat. Das hat es finanziert, dass die Reismühle da herausgegangen ist, an der Reiherstraße hat sie ein großes, fertiges Gebäude gefunden, sie zieht da ein und setzt ihre Produktion fort. Solche Vorgänge finden in der Stadt häufig statt. Die Stadt ist nicht einfach ein auskristallisierter fester Block, sondern Wirtschaft ist Bewegung. Da gehen Firmen bankrott, da fusionieren Firmen, da werden Firmen neu gegründet, da gehen bestimmte Branchen nieder, andere kommen hoch, und da muss es uns gelingen, die jeweils wieder neu geräumten, neu freiwerdenden Grundstücke in den Wirtschaftskreislauf zurückzuführen und dann genau zu schauen, was wir damit machen.

Wir haben in der Vergangenheit im großen Stil, darauf verweisen alle Unterlagen, 188 Hektar waren das, glaube ich, transformiert aus alter gewerblicher Nutzung, Hafennutzung auch, also was wir Sondernutzung nennen, in gemischte Gebiete. Ist das eine Schwächung unserer wirtschaftlichen Basis gewesen? Mitnichten! Auf die Zahl der Arbeitsplätze in der Überseestadt sind alle stolz, auch die CDU klopft sich an die Brust und sagt, daran haben wir Anteil, und Herr Meyer-Heder mit seiner großen Firma hat ganz persönlich daran Anteil.

In diesen gemischten Gebieten ist Wirtschaftswachstum organisiert worden, und zwar im großen Stil, und interessanterweise hat man dieses Wirtschaftswachstum, und man hat gleichzeitig ein Wachstum von Angeboten zum Wohnen in Nachbarschaft zueinander. Es scheint eine der produktivsten Formen zu sein, die es gibt, denn mittlerweile wächst das auf 18 000 Arbeitsplätze, ich weiß nicht mehr ganz genau, wie viele Wohneinheiten, ich glaube, 8 000. Das ist also eine echte Größenordnung. Das Gleiche spielt sich jetzt ab im Tabakquartier in Woltmershausen, und wir hoffen, dass es sich auch in Grohn abspielen wird.

Das nennt man die Projekte der produktiven Stadt. Diese Projekte der produktiven Stadt zeigen, dass auf der gleichen Fläche mehr möglich ist – das ist ja doch die wesentliche Aussage –, und dass das, was da dann heranwächst, zukunftsfähiger ist, ist doch dann die Erkenntnis, die man daraus gewinnt, wenn man diese Stadt betrachtet.

Jetzt noch ein Punkt: Wir sind leidenschaftlich dafür, dass Mercedes in Bremen weiter einen guten Standort hat. Wir sind leidenschaftlich dafür, dass sie da dann Elektrofahrzeuge bauen. Wir halten es für ungeheuer wichtig und ein bremsendes Ziel, dass das Stahlwerk eines schönen Tages den Stahl mit Wasserstoff produziert und diese extreme Last von CO₂ reduziert und schließlich ganz aufgibt, und natürlich sind wir dafür, dass Airbus in Bremen das klimaverträgliche Fliegen mit erfindet.

Wir wissen, dass das alles lange dauert, wir wissen, dass das alles teuer ist, wir wissen, dass das alles kompliziert ist, und wir wissen, dass das keineswegs alles in Bremen entschieden wird, sondern dass wir Teil eines großen, sehr komplexen Systems von Arbeitsteilung in diesen Fragen sind. Das wollen wir aber in unserer Stadt ermöglichen. Wenn Sie schauen, wie es sich entwickeln wird im Industriepark rund um die Hütte: Kein Mensch hat mir bisher erzählt, da wäre zu wenig Platz. Niemand hat versucht, mir das einzureden. Dafür ist genügend Platz. Wenn Sie die Fragen stellen in Bezug auf Mercedes, hat mir noch niemand erzählt, dass die Hansalinie nicht genügend Ansiedlungsfläche dafür bereithält, damit wir Mercedes da weiterentwickeln können.

Jetzt geht es noch um das Thema Airbus. Ja, die Verhältnisse in der Airport-Stadt sind eng. Das wäre dumm, wenn wir das bestreiten würden, aber in dieser Airport-Stadt gibt es die Hanna-Kunath-Straße, eine echte Größenordnung neu erschlossener Fläche von sechs Hektar, wenn ich mich recht

entsinne. Wir haben eben gerade kurz von Herrn Meyer-Heder gehört, da sei in der Duckwitzstraße so ein größeres Teppichhaus gewesen. Das wird abgeräumt, es entstehen neue Flächen. Es gibt riesige illegale Parkplätze, die den armen Parkhäusern am Flughafen das Leben schwer machen, an der A 281 entstehen neue Flächen. Wenn wir das klug anfangen, dann haben wir sowohl Flächen am Rollfeld als auch Flächen in der zweiten Reihe.

Es gibt für den Zeitraum, den wir jetzt übersehen, keinen Grund, herumzuerzählen, dass die Aussage, dass wir dagegen sind, im Süden des Flughafens weiterzumachen, irgendeine Grenze für die Entwicklungsfähigkeit von Airbus setzt. Das ist Unsinn! In dem Zeitfenster, über das wir reden – die nächsten zehn, 15 Jahre –, weiß kein Mensch, wie es mit unserem Standort genau aussehen wird, und jeder wird einräumen, dass man alles, was notwendig ist, in der Airport City machen kann.

Also, meine Damen und Herren, wir werben in Bezug auf den GEP dafür, den eigenständigen Wert des Außenbereichs der bäuerlich genutzten Landwirtschaft, der offenen Landschaft, die große Biosystemleistung erbringt, einzubeziehen in die Betrachtung als eigenständigen Wert, als einen begrenzenden Faktor – die politischen Grenzen der Stadt sind sowieso ein Faktor –, und wir werben dafür, dass man alle Potenziale im Inneren hebt und diesem großen Ziel näherkommt, Flächeninanspruchnahme und Wirtschaftswachstum voneinander zu entkoppeln. Das ist unsere Botschaft. Darum ringen wir mit unseren Koalitionspartnern, da sind wir uns noch nicht einig. Wir hoffen, dass uns das noch gelingt, aber dafür haben wir noch ein kleines bisschen Zeit. Wir lassen es Sie wissen, wenn wir einen Schritt weiter sind. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir wohlwollend mit der Aktuellen Stunde der CDU umgehen, dann könnte man sagen, die CDU ist besorgt um die Beschäftigung und um die Wirtschaftsleistung dieses Bundeslandes. Dazu will ich vielleicht einmal ein paar Beispiele nennen, weil hier ja auch von Herrn Meyer-Heder alles in Bausch und Bogen abgelehnt worden und gesagt worden ist, es wäre alles schlecht, also sowohl der

Gewerbeentwicklungsplan als auch die Wirtschaftsförderung.

Vielleicht dazu noch einmal ein paar Anmerkungen vorab! Erster Punkt: Das Thema „Gewerbeflächenangebot, Bestandspflege und urbane Gebiete weiterentwickeln!“ war ein Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom September 2018, also noch aus der letzten Wahlperiode. Wir haben jetzt mit der Anfrage „Produktive Stadt“ erlebt – und das ist ja eben auch schon mehrfach gesagt worden –, dass diese Frage der urbanen Gebiete, auch, was Beschäftigung angeht und Ansiedlung von Unternehmen, sehr erfolgreich ist. Im Tabakquartier gibt es 200 Unternehmen mit über 1 000 Beschäftigten. Das sind keine 1 000 Beschäftigten in einem Betrieb, aber es sind 200 Unternehmen auf einer Fläche, die in den letzten 20, 30 Jahren brachlag. Es gibt hier eine Entwicklung, und wir machen in dieser Koalition Wirtschaftspolitik. Das muss man einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir diskutieren in diesem Hause noch Clusterpolitik und Innovationsförderung, also wie wir uns weiterentwickeln, wie wir Branchen stärken, wie wir Innovationsförderung in einer Vielfältigkeit betreiben, da würde ich einfach empfehlen, wenn wir zu der Debatte kommen, auch noch einmal die Anträge und die Vorlagen zu lesen. Wir machen die drei Cluster, die klassisch da sind aus der letzten Legislaturperiode, also LuRa, Wind, maritime Wirtschaft und Logistik, und wir machen Innovationsförderung mit Wasserstoff, Automobil, Umweltwirtschaft, Umwelttechnik, Gesundheit, Nahrung und Genussmitteln. Wir machen Wirtschaftspolitik in dieser Koalition, und wir verschrecken hier keinen, und wir sind nicht untätig.

Wir entwickeln in der Frage Logistik, und die Anträge liegen vor, zum einen die Frage Kompetenzzentrum Logistik, und zum zweiten die Frage Branchendialog, also, wie bekommen wir es hin, in einem der wichtigsten Wirtschaftszweige, die wir in diesem Bundesland haben, mit den Häfen und mit allem, was wir sonst daran haben, diese problembehaftete Branche mit all den Rahmenbedingungen, die wir haben – Flächenverbrauch und Veränderung intern –, weiterzuentwickeln und die Betriebe an der Stelle zu begleiten. Ein Kompetenzzentrum und ein Branchendialog sind kein Diktat, sondern man muss mit den Menschen und den Unternehmen einmal darauf schauen: Wie bekommen wir das hin? Auch das muss die CDU einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir machen viele Kleinigkeiten: Modellregion 5G entlang der A 27, Hafententwicklung, um den Erbpachtzins kümmern wir uns, damit es attraktiv für Unternehmen bleibt, wir kümmern uns um die Verkehrsanbindung in Gewerbegebieten. Es passiert hier etwas, und in den letzten zwei Jahren ist etwas passiert.

Ich habe mich jetzt auf diese Rede vorbereitet, und ich habe ungefähr drei Stunden gebraucht. Davon habe ich zweieinhalb Stunden danach gesucht, welche Position eigentlich die CDU zum Gewerbeentwicklungsplan hat.

(Beifall SPD, DIE LINKE – Heiterkeit – Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Ehrlich gesagt habe ich nichts gefunden, außer dem Wahlprogramm 2019 und dem Antrag, der hier eben schon zitiert worden ist, vom September. Da wird stichpunktartig benannt, was man sich vorstellen kann.

Alle Parteien haben eine Position zum Gewerbeentwicklungsplan vorgelegt. Die Handelskammer und die Arbeitnehmerkammer haben ein gemeinsames Papier zum Gewerbeentwicklungsplan vorgelegt, und es ist historisch einmalig, dass die beiden Kammern das einmal zusammen gemacht haben. Von der CDU gibt es nichts, nichts seit dem Antrag vom September 2019! Das, was hier zitiert worden ist, ist sozusagen alter Wein in neuen Schläuchen, denn das ist praktisch das Zitat des Antrags von 2019.

Zum GEP 2030 selbst: Wir sind auch nicht zufrieden, dass sich der Prozess verzögert hat, aber warum hat er sich verzögert? Weil dieser Prozess von uns und vom Ressort ganz bewusst so angelegt worden ist, dass er sehr beteiligungsorientiert ist, und an den ersten Veranstaltungen, Herr Weiss, haben wir zusammen teilgenommen. Dann kommt die Pandemie, und das mit der Beteiligung wird schwieriger. Trotzdem kann man an diesem Gewerbeentwicklungsplan weiterarbeiten, aber wir haben an der Stelle Positionen der einzelnen Fraktionen, mit Ausnahme der CDU, die hat nichts gesagt. Das Einzige, wirklich das letzte Inhaltliche, woran ich mich bei der CDU erinnere, ist die Frage der Rennbahn und dass der Neustädter Hafen geschlossen werden soll oder ob es lieber Wohnbebauung werden soll. Das war das letzte inhaltlich Konkrete, woran ich mich erinnere.

(Beifall SPD)

Ansonsten: Nur Verfahrensfragen, die Koalition soll sich nicht streiten!

Ich sage Ihnen, es ist kein Streit in der Koalition, es ist – und das hat Herr Bücking richtig beschrieben – ein Ringen um die richtige Position, und wir haben unterschiedliche Auffassungen, und wir haben unterschiedliche Prioritäten. Ich sage noch einmal für die SPD: Es ist uns vollkommen klar, Wirtschaft braucht Fläche, Transformation und Digitalisierung brauchen Fläche. Sie brauchen zusätzliche Fläche, und das Beispiel Automobil ist genannt worden: Es ist eben so, dass wir zurzeit eine Zulieferstruktur bei Mercedes haben, und sie wird sich erweitern, weil sich die Produktpalette erweitert.

Weil wir da E-Mobilität hineinbekommen, brauchen wir Firmen, die die Zulieferteile für die E-Mobilität liefern, und dafür brauchen wir Fläche. Wir brauchen Fläche für saubere Energie. Wie gehen wir denn mit Windkraft um, und was sind die Konsequenzen aus der Enquetekommission? Wir brauchen Fläche zum Wohnen, und wir brauchen Fläche für Mensch und Natur, und um diese Punkte ringen wir in der Koalition.

Herr Bücking hat eben die Schwerpunkte für die Grünen benannt, das ist so, und wir sagen, wir brauchen sozusagen ein gesundes Verhältnis. Es kann mit dem Flächenverbrauch nicht unendlich weitergehen, das ist uns auch klar, aber wir brauchen eine Dispositionsreserve, die so ausgestattet ist, dass man nicht zu einem neuen Investor sagen kann: Was brauchen Sie denn, wo wollen Sie denn hin? Wie lange dauert das? Das funktioniert eben nicht, sondern wir müssen eine Dispositionsfläche von einer Größe haben, dass man auch Ansiedlung machen kann, denn ohne Ansiedlung von neuem Gewerbe werden wir in dieser Stadt und in diesem Land nicht weiterkommen.

(Beifall SPD – Zuruf Abgeordneter Christoph Weiss [CDU])

Noch einmal ein Punkt zum Flughafen-Süd! Ich verstehe die Debatte am allerwenigsten. Da steht im Koalitionsvertrag, das wird geprüft, das wird gemacht, Punkt! Ich habe da keinen Diskussionsbedarf, sondern das ist in der Frage des Gebietes Flughafen-Süd aus unserer Sicht das Entscheidende.

Ich will noch einmal zwei Punkte sagen: Was die Koalition nicht macht, ist, sie drückt sich nicht vor

der Entscheidung und dem Ringen intern. Was die Koalition auch nicht macht, ist, sie verschiebt diese Entscheidung nicht irgendwann in die nächsten Jahre, damit das in der nächsten Wahlperiode entschieden werden muss, sondern wir müssen jetzt die Grundlagen legen. Was die Koalition auch nicht macht, ist, alles mit Konsenssoße zuzugießen und den kleinsten gemeinsamen Nenner zu suchen, wohl wissend, dass er in 14 Tagen schon überholt ist.

Also, wir brauchen die Auseinandersetzung, und wir werden gemeinsam um diese Position ringen, und das würden wir, wenn die CDU einmal eine Position hat, auch gern mit Ihnen diskutieren. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Rainer Bensch [CDU])

Darf ich noch einen Nachsatz sagen? Wenn die Uhr wieder eingeschaltet ist, habe ich noch einen Nachsatz: Was wirklich die Krönung der Oberflächlichkeit ist, ist dieser Antrag für die Aktuelle Stunde. Da geht es doch nicht um irgendeinen Inhalt! Es geht nur darum, hier eine Debatte zu führen, um sozusagen einen Streit an das Tageslicht zu holen, den es nicht gibt. Da macht man sich nicht einmal die Mühe, die richtige Deputation zu beschreiben, da schreibt man noch hinein, „der Deputation für Wirtschaft/Häfen ist zu entnehmen“. Bitte, wer sich in zwei Jahren nicht einmal um die richtige Deputation kümmert, der soll mir nicht erzählen, welches die Inhalte zum Gewerbeentwicklungsplan sind! – Danke!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Entwicklungsstrategie zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte, Klimaschutz, Klimaanpassung und Biodiversität haben wir als Koalition schon gemeinsam deutlich gemacht, wohin die Reise für zukünftige Gewerbeflächenentwicklung geht, denn sie muss in neuer Weise ökologische, wirtschaftliche und soziale Anforderungen zusammenbringen. Damit haben wir zur vorherigen Koalition bereits eine dringend notwendige 180-Grad-Wende vollzogen.

Klimaschutz wird dabei nicht etwa nachträglich mit einem begrüntem Dach ergänzt, was der damalige

Wirtschaftssenator noch kategorisch ausschloss, sondern er wird schon bei der Planung von Gewerbeflächen mitgedacht. Der Lieferverkehr wird optimiert, ebenso die Erreichbarkeit mit dem ÖPNV und dem Fahrrad, Strom und Wärme werden nach Möglichkeit aus vor Ort erzeugter erneuerbarer Energie gewonnen, und es wird flächensparender und kompakter gebaut. Da sind wir uns als Koalition einig.

Grundsätzlich besteht auch Einigkeit über die meisten Bestandteile des Zielsystems und die grundsätzliche Ausrichtung eines neuen Gewerbeentwicklungsplans 2030. Das gilt meines Erachtens für circa 95 Prozent der Inhalte, wie zum Beispiel einem Bekenntnis zum Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft, die perspektivisch zum Ziel eines Netto-Nullverbrauchs führt. Das hat ja auch Herr Stahmann gerade gesagt, da müssen wir irgendwie auch hinkommen, und zu einer Steigerung der Flächeneffizienz und des aktiven Beitrags von Gewerbeflächen zu Klimaschutzziele sowie der Steigerung von Aufenthaltsqualität und der Verbesserung der Verkehrsanbindung aus Sicht der Beschäftigten sowie der Sicherstellung von genügend gewerblichen Flächen, auch, um die zukünftigen Arbeitsplätze auf unterschiedlichen Qualifikationsniveaus in den unterschiedlichen wirtschaftlichen Zukunftsbereichen generieren zu können.

Die Gewerbeentwicklungsplanung ist eben kein Selbstzweck, und sie dient auch nicht nur dem Ziel der Kapitalvermehrung Einzelner. Sie dient dazu, auch in Zukunft Beschäftigung zu schaffen, und sie dient auch dazu, dass wir als Bundesland anschlussfähig an die wirtschaftlichen Entwicklungen bleiben, die stattfinden. Wenn wir mit dem Bremen-Fonds, der Innovationsstrategie und den IPCEI-Anträgen die Weichen für einen wirtschaftlichen Neustart nach der Krise und für einen guten Startplatz in der Transformation stellen wollen, dann müssen wir dazu auch die notwendigen Flächen bereitstellen. Wir sind der Überzeugung, dass zum einen der Weg zu einer klimaneutralen Stadt auch ausreichend Entwicklungsfläche benötigt, zum anderen wollen wir den riesigen anstehenden Strukturwandel für Bremen und Bremerhaven nutzen, um Arbeitslosigkeit und Armut dauerhaft zu bekämpfen.

Aber auch bei der Gestaltung und Entwicklung der dafür notwendigen Flächen gibt es ganz handfeste und nachvollziehbare Zielkonflikte. Die Flächen in unserer Stadt sind endlich. Das scheint zumindest die CDU nicht verstanden zu haben, und bei der

FDP bin ich mir da nicht ganz sicher. Diese Zielkonflikte lassen sich nicht mehr in das alte Muster Ökonomie versus Ökologie pressen, es sind in zunehmendem Maße auch Zielkonflikte innerhalb der Ökologie selbst.

Gerade unter dem Aspekt der ökologischen Transformation stellt sich zunehmend das Problem, dass man nicht alles gleichzeitig haben kann. Der Schutz von unverbrauchten Flächen ist wichtig, da besteht überhaupt kein Zweifel. Wir brauchen mehr Regenrückhaltung, wir brauchen mehr Biodiversität in der Stadt, wir brauchen den Schutz des Außenbereichs jenseits der Siedlungsgrenzen in all seinen ökologischen Funktionen, aber der ökologische Wandel braucht auch Platz. Gerade die Projekte in der industriellen Transformation haben teilweise enorme Platzbedarfe. Wenn man das verkennt, wäre das eine Strukturentscheidung dahin gehend, dass wir in Bremen bei diesem Transformationsprojekt nicht dabei sein wollen, und eine solche Strukturentscheidung ist mit uns nicht zu machen, das kann ich hier für DIE LINKE ganz klar sagen.

(Beifall DIE LINKE)

Will ich Arbeitsplätze im Bereich des grünen Fliegens halten, entwickeln und gegebenenfalls ausbauen, dann brauche ich eventuell auch einmal Platz für weitere Flächen am Flughafen und gegebenenfalls mit Rollbahnzugang. Will ich Arbeitsplätze bei der Umstellung auf E-Mobilität halten und ausbauen, brauche ich Fläche mit schnellen Verbindungen in das entsprechende Werk. Will ich grünen Stahl erzeugen, brauche ich ausreichend Flächen für große Elektrolyseanlagen, will ich Klimaforschung und neue Entwicklung stärken, brauche ich Fläche in der Nähe der Hochschulen. Will ich klimaneutrale Logistikketten über die deutschen Seehäfen aufbauen und bedienen, dann brauche ich auch dort Flächen mit der dafür notwendigen Infrastrukturanbindung.

Das sind nicht die einzigen innerökologischen Zielkonflikte: Der Schutz des Außenbereichs ist ein wichtiges Ziel, aber die Stadtgesellschaft signalisiert auch sehr deutlich, das kann nicht heißen, dass innerhalb der städtischen Siedlungsgrenzen nach und nach alle Freiflächen und Erholungsgebiete für Bebauung geopfert werden, und ich kann für meine Fraktion auch sehr deutlich signalisieren, es kann nicht heißen, dass alles, was Platz braucht, laut ist und stinkt, künftig in Bremer Westen abge-

laden wird, während die angenehmen akademischen Gewerbe in der Innenstadt verteilt werden. Auch das wird nicht gehen.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn wir diese Zielkonflikte auflösen wollen, dann brauchen wir meines Erachtens eine viel robustere Verteidigung von Gewerbeflächen, als bisher. Wir werden nicht mehr jede gewerbliche Brachfläche in der Stadt für Wohnbebauung und Mischnutzung hergeben können, wir werden gewerbliche Nutzung in Mischgebieten sehr viel stärker gegen Verdrängung sichern müssen, als bisher. Dafür brauchen wir neue Instrumente, ein besseres Management, ressortübergreifende Strukturen und eine aktive Bodenpolitik, aber ohne eine solche Anstrengung wird es nicht gehen. Trotzdem wird das allein nicht reichen. Für bestimmte Entwicklungen brauchen wir auch bestimmte Lagen in Flughafennähe, in der Nähe von Verkehrsknotenpunkten, in der Nähe zu bestehenden Gewerbezukernen. Aus meiner Sicht reicht es daher nicht, zu bestimmten potenziellen Entwicklungsflächen – und die Liste der kritischen Flächen ist ja hier bekannt – einfach Ja oder Nein zu sagen, sondern es muss Verfahren geben, die die unvermeidliche Abwägung im Einzelfall auf objektive Füße stellen.

Das führt mich zu der Frage der Bedingungen und Voraussetzungen für die Ausweitung weiterer Gewerbeflächen. Alle neuen Gewerbeflächen und -gebiete müssen klimaneutral entwickelt werden und einen nachweislichen Beitrag zur Klimaresilienz der Stadt leisten. Das haben wir bereits erledigt. Hier müssen vorab alle Möglichkeiten der Nachverdichtung und Nachnutzung bereits bestehender Gewerbeflächen ausgeschöpft werden, da sind wir uns gemeinsam einig. Es müssen besondere Anforderungen und Voraussetzungen vorliegen, warum eine zusätzliche Gewerbeflächenweiterung an diesem Ort zwingend notwendig ist, und das haben wir hier gerade bereits umschrieben. Es sollten meines Erachtens mehr Flächen in Bremen durch Flächenentsiegelung kompensiert werden, als neu versiegelt werden. Darüber müssen wir mit Sicherheit noch sprechen.

Wir schaffen Klimaneutralität nicht darüber, dass wir einfach nur Flächennutzung ausschließen, wir brauchen auch die notwendigen Transformationsleistungen, und gerade für einen Industriestandort wie Bremen mit hohen Transformationsbedarfen muss es Lösungen für die damit einhergehenden Flächenbedarfe geben.

Aus den Reihen der Opposition habe ich zu dieser Güterabwägung übrigens noch nie etwas Brauchbares gehört. Die CDU scheint sich da ohnehin uneins zu sein: Herr Meyer-Heder möchte Gewerbeflächenausweisung ohne Grenzen, Herr Eckhoff würde lieber flächendeckende Windparks haben. Wie sich diese beiden Positionen übereinbringen lassen, hat hier auch noch keiner erklärt. Den Neustädter Hafen wollen Sie zum reinen Wohngebiet umbauen, auf der anderen Seite beklagen Sie den Verlust von Industrieflächen. Also, richtig klar und konsistent ist das, was Sie hier liefern, auch nicht.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir arbeiten als Koalition daran, diesen Zielkonflikt, die letzten fünf Prozent, bestmöglich aufzulösen, und dann wird es mit einem guten Gewerbeentwicklungsplan 2030 positiv in die Zukunft gehen, sozial und ökologisch. Dafür braucht es noch ein Stück Anstrengung, aber dann wird es auch ein Ergebnis sein, das für die nächsten zehn Jahre trägt. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Lencke Wischhusen.

Abgeordnete Lencke Wischhusen (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bremen ist ein international renommierter Wirtschaftsstandort mit einer Vielzahl von Unternehmen aller Größen. Kleiner und großer Mittelstand, viele Hidden Champions sind hier am Standort, Handwerksbetriebe und natürlich auch Konzerne mit Weltrenommee. Bremens Unternehmenslandschaft ist einzigartig, und das zeichnet auch unseren Standort aus.

Früher, das gehört zur Wahrheit dazu, waren wir auch einmal Markenhauptstadt. Heute sind aber eben viele Unternehmen abgewandert und haben sich leider woanders niedergelassen, auch das müssen Sie von der Koalition zur Kenntnis nehmen. Das zeigt, dass der ständige Wandel insbesondere eine gute Standortpolitik braucht, und dazu gehört eben in ganz besonderem Maße die Flächenpolitik. Diese Gewerbeflächenpolitik ist eines der wichtigsten Instrumente der kommunalen Wirtschaftsförderung, und sie ist ausschlaggebend für den regionalen, nationalen, aber auch globalen Standortwettbewerb, und in diesem Prozess müssen diese eigenen Standortvorteile erkannt und definitiv auch geschärft werden.

Eine weitere zentrale Herausforderung ist die Schaffung eines guten Angebots an ausreichenden Gewerbeflächen. Stehen nämlich keine oder eben nur schlecht angebundene oder schlecht ausgestattete Gewerbeflächen zur Verfügung, liegt es nahe, dass sich die Unternehmen für einen anderen Standort entscheiden. Genau deshalb braucht der Wirtschaftsstandort Bremen endlich Planungssicherheit und einen transparenten Analyseprozess, der eigene Standortbedingungen und eine nachhaltige Entwicklung von Gewerbeflächen für alle Bedürfnisse möglich macht.

(Beifall FDP, CDU)

In den vergangenen Jahren wurde ja eine flächenzehrende Politik betrieben, und das oft, ohne neue Flächen zu erschaffen. Die Dispositionsreserve ist immer weiter abgeschmolzen, und die Flächen entsprachen nicht mehr dem angefragten Bedarf. Für Handwerker gibt es eben nicht genügend kleine Flächen und für die Großen keine attraktiven zusammenhängenden Flächen. Also, wenn angeblich geplant wurde, so wie es eben gesagt wurde, dann offenkundig ja am Bedarf vorbei, und das ist wirklich schade.

Wir wollten damals eine Erschließungsleistung von 30 Hektar pro Jahr. Wir hatten das Ziel, die Dispositionsreserve von dreimal der vermarkteten jährlichen Fläche anzubieten, und wir hatten die Schaffung einer ÖPP-Projektgesellschaft vorgeschlagen, die dort auch als Partnerschaft mit Stadt und Unternehmen gemeinsam agiert, um attraktive Gewerbeflächen auszuweiten, aber all das wurde leider immer abgelehnt.

Auch die Entscheidung der Koalition, vermehrt auf Erbbaupacht zu setzen, ist überhaupt nicht in Einklang zu bringen mit den hanseatischen Kaufmannstugenden, die viele Unternehmen als Werte in sich tragen. Es muss ein Angebot zum Kauf gemacht werden können, und das bitte in allen Flächengrößen!

(Beifall FDP)

Einen Standort auszuwählen, ist ja eine Entscheidung für Jahrzehnte. Sie wissen, dass wir gerade für die Familienunternehmen und den Mittelstand immer wieder den Wert der Standorttreue so hoch setzen, und weil die Unternehmen so standorttreu sind, kann ich nur sagen, wenn Bremen so einen Standort verliert, dann verliert es für mehrere Generationen. Das müssen wir verhindern.

Ohne Frage, der Prozess der Gewerbeentwicklungsplanung ist anspruchsvoll, dennoch muss diese Aufgabe zielführend und unter Berücksichtigung der Flächenkonkurrenz zeitnah erfüllt werden. Nur so bleibt der Standort Bremen für Start-ups und etablierte Unternehmen attraktiv, und hier muss die Entwicklung und Steuerung von Gewerbeflächen flexibel und auf die Bedarfe angepasst ausgestaltet und umgesetzt werden.

An der Entwicklung von attraktiven Gewerbeflächen hängt nun einmal auch die Zukunft Bremens, denn Start-ups, Logistik, das Handwerk, der Mittelstand, aber auch klassische Industriebetriebe sind nun einmal auf die Bereitstellung von Gewerbeflächen angewiesen, um in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt zu werden. Das gilt für Unternehmensgründungen genauso wie für Betriebsübernahmen oder auch die betriebliche Neuausrichtung. Diese Unternehmen werden sich dann in Abhängigkeit von der Gewerbeflächenpolitik des Standortes nämlich genau überlegen, wo sie sich ansiedeln, oder ob die Standorttreue aufrechterhalten bleibt. In dem Zusammenhang ist gerade auch das Thema der Expansion in einer globalisierten Welt entscheidend, und es liegt an uns, diese Expansion auch am Standort möglich zu machen.

(Beifall FDP)

Mich macht es traurig, wenn ich höre, dass einige von Bremen hier eben nicht unterstützt werden und stattdessen eine Firma in Italien kaufen müssen, weil es hier einfach wieder einmal zu lange gedauert hat. Bremen muss punkten, um nicht vom Umland abgehängt zu werden. Längst wachsen nämlich an den Landesgrenzen Gewerbezentren heran, die die Kraft haben, Bremen ins Abseits zu katapultieren. Da hilft uns auch die angebliche Vereinbarung mit der Metropolregion nicht weiter, denn wir sind offenkundig die Verlierer, während es an den Landesgrenzen boomt.

Gut entwickelte Gewerbeflächen bieten vor allem Jobs, und gerade das ist so wichtig für Bremen, denn durch die Schaffung und langfristige Sicherung von innovativen Arbeitsplätzen kann die gebeutelte Arbeitsmarktsituation in Bremen deutlich verbessert werden, was zu einer Erhöhung der Beschäftigungsquote führt und letztlich auch viele unserer sozialen Probleme löst. Das ist doch unser eigentliches Ziel, es nämlich Menschen zu ermöglichen, auskömmlich für sich selbst und in unserer Stadt zu sorgen, und vor dem Hintergrund ist es wichtig, der Wirtschaft klar zu signalisieren: Ja, wir

wollen euch hier am Standort haben, ihr seid hier willkommen.

Zu oft werden den Unternehmen bei Baugenehmigungen noch Steine in den Weg gelegt, und vor allem in den Mischgebieten ist es kaum möglich, noch Unternehmen anzusiedeln, womöglich gar Handwerk zu verankern, weil es einfach nicht gewünscht ist. Herr Tebje, Sie haben es eben so schön gesagt, man wolle das ja nicht haben, wenn es stinkt und rattert und laut ist. Das verstehe ich, aber verdammt, wir müssen uns doch endlich dafür entscheiden, zu sagen: Ja, wir wollen das Handwerk, ja, das ist etwas Positives, denn es produziert Arbeitsplätze. Es produziert auch etwas für den Standort, und ja, wir wollen sie haben, und wir heißen sie hier auch willkommen, und ich finde die Einstellung genau falsch.

Wir müssen endlich mit offenen Armen willkommen heißen, was faire nachhaltige Arbeit schafft, das ist jedenfalls unsere Einstellung. Das derzeitige Flächenangebot, der absehbare Flächenbedarf und die Rahmenbedingungen für die Gewerbeflächenentwicklung müssen zügig aufeinander abgestimmt werden. Bremen braucht Gewerbeflächen für wissens- und beschäftigungsintensive Betriebe, ebenso kleinteilige Flächen für die kleinen und mittelständischen Betriebe und eben auch für das Handwerk. Bremen braucht auch trimodale Gewerbeflächen, also jene Flächen, die einen Straßen-, Schienen- und Schiffsanschluss haben, denn diese sind insbesondere unter verkehrslogistischen und umweltpolitischen Aspekten zu berücksichtigen, und das ist ein großer Vorteil, den Bremen hier auch tatsächlich bieten kann.

(Beifall FDP)

Um eine aktive Flächenentwicklung und Flächenvermarktung betreiben zu können, braucht Bremen eine aktive Flächenvorratspolitik des Wirtschaftsressorts. Der Senat ist gefordert, jetzt eine angebotsorientierte Gewerbeflächenentwicklung auf den Weg zu bringen, welche auch zukünftig vermarktbar und bezahlbar Flächen vorhält. Es darf eben nicht sein, wie in der Vergangenheit, dass Flächen hier nicht angeboten werden können und Unternehmen deshalb Bremen den Rücken kehren beziehungsweise sagen, wir können uns nicht für Bremen entscheiden, weil das Gewerbeflächenangebot einfach nicht da ist.

Eine schnelle Bereitstellung maßgeschneiderter und auf die Bedürfnisse ausgerichteter Gewerbe-

flächen muss das Ziel einer aktiven Gewerbeflächenpolitik sein, und alle Hemmnisse und Hürden sind hier aus dem Weg zu räumen. Genau deshalb braucht Bremen jetzt die Entwicklung einer ganzheitlichen Gewerbeentwicklungsstrategie, die im besten Fall ein Teil einer integrierten Stadtentwicklungsstrategie ist, denn es muss ja auch klar sein, dass die Verfügbarkeit von Bauland nicht mehr der alleinige Faktor für eine Unternehmens- oder Gewerbeansiedlung ist. Viel wichtiger ist doch heute gerade die Kombination aus einem gut erschlossenen Gewerbegebiet und einem attraktiven arbeitsortnahen Wohnungsangebot, und vor allem auch mit einer leistungsfähigen Infrastruktur durch Nahversorgung, Schulstandorte, aber auch als Erholungsangebot für die ganze Familie. Es ist ja eben nicht mehr so, dass Menschen Lust haben und bereit sind, womöglich eine ganze Stunde zur Arbeit fahren zu müssen, sondern sie versuchen, das alles zu kombinieren.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Nein!)

Doch! Nicht nein, doch! Das ist wohl so, Frau Krümpfer! Sie können sich hier gern hinstellen und dagegenreden, dann mache ich das auch.

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

Die Zukunftsthemen liegen auf der Hand, und eine nachhaltige Gewerbe- und Wirtschaftsentwicklung, die Bezahlbarkeit der Flächen, der Klima- und Umweltschutz und die laufenden Veränderungen der Rahmenbedingungen müssen jedenfalls konsequent Berücksichtigung finden. Wir würden uns wünschen, dass das hier auch gesehen wird. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Carsten Meyer-Heder.

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich würde noch eben ganz kurz das Wort ergreifen und auf die Vorredner eingehen! Herr Stahmann, ich weiß, dass Sie sehr an vernünftigen Arbeitsplätzen interessiert sind. Ich möchte aber auch noch einmal darauf hinweisen, Herr Stahmann, Sie wissen genauso gut wie ich, wenn wir von 1 000 Plätzen im Tabakquartier reden, dann sind das keine Neuansiedlungen von Unternehmen. Das sind Verlagerungsprozesse, die ja innerhalb von Bremen stattfinden, da werden keine neuen Firmen

in Bremen angesiedelt, und übrigens, die Verdichtung – dafür sind wir auch – findet hier statt.

Oft zitiert ist das Tabakquartier, die Überseeinsel. Auch da möchte ich noch einmal darauf hinweisen, es ist kein Verdienst der Regierung, sondern ein Verdienst von kreativen mutigen Bremer Unternehmern, die es möglich gemacht haben, dass wir diese Quartiere entwickeln.

(Beifall CDU, FDP)

Was wir brauchen, sind Neuansiedlungen, und dafür brauchen wir Flächen. Es gibt keine Neuansiedlungen. Meines Wissens sind die beiden größten MAFI & TREPEL gerade in Bremerhaven, und die größte Ansiedlung der Region war das Werk von Amazon, das leider nicht in Bremen steht, sondern in Achim.

Noch ein Wort zu Herrn Bücking: Warum führen wir diese Debatte überhaupt? Wir versuchen herauszufinden, wo die rot-grün-rote Koalition an dieser Stelle tatsächlich steht. Ich habe mir gemerkt, dass Herr Bücking hier an das Pult gegangen ist und erst einmal einen direkten Zusammenhang zwischen der Versiegelung von Flächen in Bremen und einer Hitzewelle in Kanada hergestellt hat. Das ist eine Haltung, die kann man haben, aber dann muss man sie so kommunizieren, dass auch jeder weiß, woran er bei Rot-Grün-Rot ist, nämlich, dass wir mit Rot-Grün-Rot keine neuen Gewerbeflächen mehr entwickeln werden. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]: Er erwähnt jetzt, dass Armin Laschet an allem schuld ist!)

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu dem letzten Argument von Herrn Meyer-Heder: Ich finde, es gibt einen Zusammenhang, und zwar einen dramatischen Zusammenhang und einen schlimmstenfalls überwältigenden Zusammenhang zwischen dieser Hitzewelle in Kanada und der Diskussion, die wir hier heute führen. Wir müssen es schaffen, anderenfalls wird uns dieser Planet nicht durch einen Mangel an Gewerbeflächen, sondern durch unerträgliche Temperaturen daran hindern, zu wachsen und uns zu entwickeln,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

unsere sozialen Probleme zu lösen, unseren Reichtum, unsere Erkenntnisse zu vermehren.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Es ist einfach notwendig, dass wir auf der Ebene der einzelnen Städte, Bundesländer und schließlich der europäischen Gemeinschaft den Zusammenhang erkennen zwischen der Frage, wie wir unseren Alltag organisieren, unsere Städte organisieren, unsere Arbeit organisieren, und diesem Phänomen Klimawandel. Das ist einfach notwendig.

Das erste Anliegen der Grünen ist – das ist auch der Grund, warum wir uns einmal gegründet haben –, dass wir das in diese Debatte einführen und sagen, wir können nicht nur immanent über die Frage reden, was brauchen Unternehmen, sondern wir müssen ihnen auch zeigen, was noch zu bedenken ist. Das war erst einmal nur der Aufschlag zu dem, was ich in meinen ersten Beitrag argumentiert habe. Daraus entsteht dann eben diese Frage.

Es ist nicht egal, ob man Kleingärten abräumt und da Häuser hinbaut oder Gewerbehallen, oder es ist eben nicht egal, ob man in das Blockland ausgreift und Moorböden beseitigt, und dann ist es nicht egal, ob man die Bekassine südlich des Flughafens aus ihrem Nestchen kippt. Also, es ist da ein Zusammenhang.

Jetzt aber konkret: Bei der langen Aufzählung, die Frau Wischhusen vorgetragen hat, was unsere Unternehmen brauchen, finde ich sehr vieles absolut richtig beobachtet. Selbstverständlich, wenn wir die Innovation hervorbringen wollen, die es möglich macht, die Stahlwerke eines schönen Tages ohne CO₂-Ausstoß zu betreiben, wenn wir eines Tages fliegen wollen, ohne die Atmosphäre zu ruinieren, und wenn wir Autos bauen wollen, die möglichst so vernetzt sind, dass nicht erstens jeder allein fährt und zweitens die Städte vollstehen und drittens aus dem Auspuff hinten Gift kommt, wenn wir das also erreichen wollen, dann brauchen wir Innovation, dann brauchen wir Wissenschaft und kluge Leute in der Stadt, gerade so, wie wir auch Flächen in der Stadt brauchen.

Aber auch das andere ist ungeheuer wichtig; und glauben Sie doch nicht, dass Sie alle diese intelligenten klugen jungen Leute für Bremen gewinnen können, wenn sich unsere politische Elite, die hier in dieser Bremischen Bürgerschaft versammelt ist, im Wirtschaftsressort und anderswo hinstellt und

sagt, uns ist es egal, wie es mit dem Planeten weitergeht. Glauben Sie doch nicht, dass Sie diese Leute gewinnen! Sie gewinnen sie nicht! Die Fachkräfte werden diese Stadt nicht aufsuchen, wenn sie auf dem Gebiet keine Antwort hat. Die Antwort braucht sie.

Natürlich gibt es eine riesige Reserve von Flächen im Bestand, ja, in den schon entwickelten Gebieten. Wir haben in Bremen eine Zahl – einmal zur Illustration! – von fünf Hektar Gewerbefläche pro 1 000 Einwohnern. In Frankfurt haben sie die Hälfte. Dieses arme Frankfurt! In Stuttgart ist es auch nicht ganz anders, in Dortmund auch nicht. Wir sind mit einem enormen Flächenpotenzial für Gewerbe ausgestattet, und dass die Flächen nicht so effizient genutzt werden, wie man sich das wünscht, kann doch keiner bestreiten. Darin sind doch Reserven, da liegen doch Flächen herum, die nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt beitragen.

(Abgeordneter Thomas Röwekamp [CDU]: Welche denn?)

Wir könnten einmal zusammen rund um das Stahlwerk spazieren gehen, dann würden wir etwas finden. Das nur einmal so als ein Beispiel!

Deswegen bin ich der Auffassung, wenn zum Beispiel die A 281 fertig ist, der Wesertunnel existiert, dann wird dieses Gewerbegebiet, ungefähr 1 000 Hektar im Westen, sehr attraktiv werden. Diese Flächen sind weitgehend in privater Hand. Was wird passieren? Der Preis für diese Flächen wird steigen. Was wird das auslösen? Man wird Flächen, die man nicht braucht, verkaufen. Was wird das zur Folge haben? Dass weiteres Kapital da einströmt! So wird es sein!

Wir haben diese Beobachtung sehr intensiv im Wohnungsbau gemacht. Erst, als die Nachfrage nach Flächen in der Stadt für Wohnungsbau so richtig in Gang war, wurden die Baulücken entdeckt, und mittlerweile entstehen da 1 000 Wohneinheiten pro Jahr. Diese Flächen mussten wertvoll werden, damit die entsprechenden Investitionen ausgelöst wurden. Deswegen, liebe Leute: Es gibt diese Spielräume, die müssen wir nutzen.

Noch einen Unsinn müssen wir beenden: Es gibt ein Problem unserer Erschließungsleistung in den verabredeten Gewerbegebieten, Hansalinie zum Beispiel, da müssen wir jetzt dringend mit diesem dritten Bauabschnitt in Gang kommen – das hat sich als etwas schwieriger herausgestellt, der

zweite Bauabschnitt ist etwas schneller vermarktet worden, als wir ursprünglich gedacht haben –, da sind wir in Verzug. Das ist aber überhaupt nicht das Gleiche wie die Frage, ob man südlich vom Flughafen, ob man in das Blockland und ob man in Parzellen gehen soll. Das muss man strikt unterscheiden.

Es war Frau Wischhusen, die in der letzten Debatte über dieses Thema gesagt hat, Herr Bücking, da müsste man doch jetzt einmal diese Logistikhallen zweistöckig oder dreistöckig machen. Ich hatte mich gewundert, denn darum kreiste immer meine Argumentation, und Frau Wischhusen tat so, als wäre es ihre Entdeckung. Großartig, wir sind in dieser Frage also einer Meinung! Man kann versuchen, diese Flächen, die unter anderem für Logistik in Anspruch genommen werden, gründlicher zu nutzen. Man kann in der zweiten Ebene möglicherweise Produktion machen, anstatt jetzt Lkws in die zweite Etage fahren zu lassen, das gebe ich gern zu, aber wir haben diese Möglichkeiten. Dafür brauchen wir Vorbilder, dafür brauchen wir Anreizsysteme und Strategien der Vermarktung, die genau in diese Richtung führen. Dann macht man im Grunde genommen aus zehn Hektar nach dem Muster der Vergangenheit in Zukunft 20 Hektar, weil man dort mehr herausholt, und daran müssen wir arbeiten.

Einen letzten Punkt will ich auch noch ansprechen: In den neuen gemischten Gebieten, also in der Überseestadt oder im Tabakquartier und dem, was wir noch alles aufzählen werden, haben Sie eine höhere Arbeitsplatzdichte, man hat eine größere Wertschöpfung, und man hat noch zusätzliche Leistungen, nämlich auch noch Wohnen, auch noch Kultur, auch noch soziale Einrichtungen, Kindergärten und was man noch alles braucht, und man zieht Arbeitskräfte an, die genau das schätzen, und man zieht Unternehmen an, die genau das schätzen. Deswegen, meine Damen und Herren, noch einmal ganz ehrlich: Vieles von dem, was wir hier vortragen, ist sehr nahe an dem real ökonomischen Prozess und bietet uns Spielraum in Bezug auf die andere Frage am Stadtrand, hier sehr viel besser zu werden, als in der Vergangenheit. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte

jetzt wirklich gehofft, dass von der CDU einmal irgendetwas Konkretes kommt, irgendeine Position.

(Heiterkeit und Zurufe Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Gerade bei dem Lachen von Herrn Strohmann hätte ich mir doch einmal eine Position zu irgendeinem aktuellen Thema gewünscht, vielleicht einmal eine Position zur Bahnwerkstatt. Oder ist sie nicht gewollt, weil der zukünftige Fraktionsvorsitzende dort herkommt? Das ist das gleiche Prinzip, wie man sozusagen als Kanzlerkandidat auch nichts zu Herrn Maaßen sagt, weil das irgendwie stört. Also, eine Position wäre schon einmal gut!

(Beifall SPD)

Ich will noch einmal auf ein paar Punkte eingehen! Mir ist nicht klar, warum behauptet wird, dass die 1 000 Arbeitsplätze im Tabakquartier alles nur Umsiedlungen sind. Nach Aussage der WFB ist das nicht der Fall. Die Information kann ich nicht teilen, ich habe da andere. Wenn ich es richtig im Kopf habe – die Senatorin wird es wahrscheinlich gleich sagen –, waren es zwei Drittel Neuansiedlungen und ein Drittel Umsiedlungen, oder es war umgekehrt. Das müssten wir uns noch einmal ansehen.

Zweiter Punkt: Es geht nicht nur um die Größe der Flächen – das ist eine Diskussion, die wir ständig führen –, sondern es geht auch um die Qualität der Flächen, es geht darum, welches Gewerk braucht welche Fläche, und wo können wir sie hinlegen. Es reicht also nicht, zu sagen, wir haben jetzt zum Beispiel in der Bremer Wollkämmerei noch viel Platz. Wir haben seit Jahrzehnten Farge-Ost, und wir können es nicht vermarkten, weil die Lage an der Stelle so schwierig ist. Das heißt, wir müssen ein Angebot haben, eine Dispositionsreserve für die Gewerke und für die Industrien, die davon betroffen sind.

Eines ist der SPD an der Stelle noch einmal wirklich wichtig: Wir müssen in dieser Koalition abwägen, was wir dort tun. Es geht auch um gesellschaftspolitischen Zusammenhalt und gesellschaftlichen Frieden. Wir wollen nicht irgendwann eine Situation haben, bei der wir auf der einen Seite 30 000 Teilnehmer an einer Demo von Fridays for Future und auf der anderen Seite 40 000 Arbeitslose haben. Es liegt in unserer Verantwortung, dass wir da einen Kompromiss finden, und es liegt in unserer Verantwortung in dieser Koalition, dass wir dort

Lösungen finden, und ich bin zutiefst davon überzeugt, die Koalition ist in dieser Frage sowohl kompromiss- als auch handlungsfähig.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Das bedeutet – das hat auch niemand gesagt, aber ich will das noch einmal betonen –, ich halte nichts davon, zu sagen, für Bremen gilt jetzt da die Fläche ja, oder nach außen hin nein. So pauschal hat die Koalition es bisher nicht diskutiert, und es wäre auch falsch, es zukünftig so zu diskutieren. Wir haben, das ist gesagt worden, für den Flughafen-Süd einen Prüfauftrag, wir haben eine Einigung in der Frage der Horner Spange, wir haben einige Gewerbegebiete, bei denen wir sagen, da ist es kritisch, was machen wir da. Wir sind uns einig, dass die Bayernstraße zurzeit kein Thema ist, weil da jede Menge Probleme sind.

Also, wir brauchen an der Stelle ein Prüfverfahren, bei dem man sich die einzelnen Gewerbegebiete einmal ansieht, wo man zu dem Verfahren kommt, wie man damit umgeht und was man da macht, so, wie Herr Tebje es auch beschrieben hat, und dahin werden wir auch einen Weg finden. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Kristina Vogt.

Senatorin Kristina Vogt: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Es waren ja jetzt eineinhalb Aktuelle Stunden, wenn man so auf die Uhrzeit schaut, das finde ich auch angemessen. Ich war aber ein bisschen irritiert, dass die Reihen der CDU doch offensichtlich leer waren, obwohl sie diesen Antrag gestellt hat, denn ich finde das Thema durchaus wichtig und angemessen, wenn auch nicht unter der Überschrift der Aktuellen Stunde.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wie Sie wissen, habe ich zum Thema Gewerbeentwicklung auch schon ganz klare Positionen entwickelt, als wir noch in der Opposition waren, und es war durchaus ein Punkt, der mir auch in den Koalitionsverhandlungen wichtig war. Deshalb haben

wir zum Beispiel auch den Prüfauftrag beim Airport-Süd, weil ich gesagt habe, wenn wir die ökologische Transformation bewältigen wollen, dann werden wir uns auch mit den ganzen Zielgruppen und auch mit den Konflikten, die das ergibt, auseinandersetzen müssen.

Ein paar Sachen sind hier schon angeklungen. Die ökologische Transformation ist ein ganz wesentlicher Punkt, deswegen bin ich übrigens auch so froh, dass wir mit den Wasserstoff-IPCEIs etwas weitergekommen sind; übrigens sehr interessanterweise auch, Herr Meyer-Heder, weil Sie ja eben den Untergang des Abendlandes dieser Koalition an die Wand gemalt haben für wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze, und die Kollegen Ihrer Partei das in den anderen Bundesländern etwas anders sehen und wir da sehr erfolgreich zusammengearbeitet haben, denn sonst wären wir nämlich gar nicht bis vor die Kommission in Brüssel gekommen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Warum ist die Gewerbeentwicklung wichtig? Weil sie natürlich in den Fragen einer allumfassenden Transformation unter den Stichworten Digitalisierung, Demografie und ökologischem Wandel in allen Bereichen der Gesellschaft vor dem Knotenpunkt steht, dass wir da vernünftige Lösungen finden müssen! Mir war das jetzt wirklich von der CDU zu schwarz-weiß gemalt, auch von der FDP, weil es überhaupt nicht die aktuellen Trends im Blick hat, denen auch Unternehmen folgen.

Frau Wischhusen, ich war auch einmal in der Opposition, aber auch in der Opposition habe ich nicht behauptet, das Könecke, Coca-Cola oder Kellogg's weggehen, weil der Senat keine Gewerbeflächenpolitik macht oder ihnen nicht goldene Löffel hinterherwirft, sondern weil es in einer globalisierten Welt für transnationale Konzerne eben einfach Prozesse gibt, die wir als Senat gar nicht beeinflussen können, und auch der Vorgängersenate und übrigens auch der rot-schwarze Senat nicht. Wir können nur die Rahmenbedingungen dafür liefern, dass wir Unternehmen hier halten, ansiedeln und für gute Arbeitsplätze sorgen. Deshalb ist der Prozess --.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Das wäre schon einmal was!)

Herr Buhlert, wenn Sie jetzt hier der Meinung sind, dass dieser Senat an dieser Stelle nichts geleistet hat, dann reden Sie auch einmal mit Ihren Kollegen

oder mit Unternehmen! Wir haben in den letzten zwei Jahren eine ganze Menge in diesem Spannungsfeld der allumfassenden Transformation und der Bedarfe, die wir haben, auf den Weg gebracht, und wir haben hier einige Prozesse der Modernisierung dieser Gesellschaft auch nicht nur entsprechend in die Wege geleitet, sondern auch schon in der Umsetzung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das ist mir jetzt hier einfach ein bisschen zu billig. Sie können ja einmal der Wirtschaftsdeputation beiwohnen, dann kann man vielleicht auch einmal etwas lernen, oder einmal mit Unternehmen oder deren Organisationen und Verbänden sprechen, aber auch mit den Gewerkschaften, dann werden Sie das schon sehen!

Ich habe eben gerade die Rahmenbedingungen genannt, in denen wir uns hier bewegen. Der Prozess um den Gewerbeentwicklungsplan 2030 findet deswegen in einem Spannungsfeld vieler berechtigter Interessen statt, und einiges ist hier auch von meinen Vorrednern ganz klar benannt worden. Wir haben als Senat die strategische Aufgabe, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den wirtschaftlichen Erfolg mit einem flächensparenden intelligenten Einsatz in Einklang zu bringen, das ist nun einmal unsere Aufgabe.

Wir haben erstmals in einem Gewerbeflächenentwicklungsplan – den wir übrigens nicht Gewerbeflächenentwicklungsplan nennen, sondern ganz bewusst Gewerbeentwicklungsplan, weil es nämlich um mehr geht – ein breit partizipatives Beteiligungsverfahren mit Akteuren und Akteurinnen der Fachöffentlichkeit, der Wirtschaft, den Ressorts, aber eben auch mit Forschungseinrichtungen sowie der Politik aufgelegt. Ich habe das unmittelbar nach der Wahl des Senats in der Deputation für Wirtschaft und Arbeit vorgestellt, und das ist auf breite Zustimmung gestoßen, auch auf breite Zustimmung der Opposition.

Wir haben zudem kontinuierliche Abstimmungsprozesse mit der Ortspolitik und den Beiräten, und wir berichten ständig in der Fachdeputation über den Stand der Prozesse. Wir haben die Ergebnisse der Fachdialoge und der drei Studien zu den Themen Erweiterung von Bestandsgebieten, innovative Gründungsstandorte der Zukunft und Bedeutung der Logistik in dem Gewerbeentwicklungsplan vorgestellt und diskutiert. Ja, Sie wissen, dass ich auch oft ungeduldig bin, aber an dieser Stelle bin ich davon überzeugt, dass dieses Verfahren,

das wir zu Beginn der Legislaturperiode festgelegt haben und von dem ich in der Deputation berichtet habe, ein Gewinn ist, weil nämlich durch diese unterschiedlichen Ansprüche an die Lebenswelten in einem Bundesland mit knappen Flächenressourcen nur ein breit getragener Gewerbeflächenentwicklungs- oder Gewerbeentwicklungsplan eine positive Wirkung für Bremen entfalten kann.

(Beifall DIE LINKE)

Jetzt kommen wir einmal zu einem Mythos, den Sie eben auch benannt haben, Herr Meyer-Heder: Sie haben gesagt, der Gewerbeentwicklungsplan, also der GEP 2030, hätte im letzten Jahr vorgelegt werden sollen. Nein! Wir haben in der Deputation immer deutlich gemacht, dass wir dafür etwas Zeit brauchen, und vorgesehen war – und jetzt komme ich zu den Verzögerungen! – eine Befassung im Koalitionsausschuss und dann im Senat im Dezember 2020, eine Einbringung in den Senat und in die Deputation im Frühjahr 2021 und die Befassung der Beiräte ab Sommer 2021. Da stehen wir jetzt. Dann kam vielleicht ein bisschen das Problem, das uns im öffentlichen Leben ereilt hat, aber auch in allen Bereichen der Ressortarbeit: Wir haben eine Coronapandemie bekommen und konnten die Beteiligungsformate nicht mehr so durchführen, wie wir sie durchführen wollten, und wir mussten dafür neue Wege finden. Jetzt haben wir aber einen Prozess, bei dem wir aktuell den Wurf eines Zielsystems ressortintern abstimmen und auf der Zielgeraden des Prozesses sind.

Wir haben acht Leitlinien, die vorgeschlagen wurden, und 16 Entwicklungsziele der zukünftigen Gewerbeentwicklung, und sie sind zum absolut größten Teil geklärt, bis auf eines, um es eben einmal deutlich zu sagen. Im gesamten Prozess der Erstellung der neuen Gewerbeentwicklung war uns klar – und da herrscht übrigens eine absolute Einigkeit in der Koalition –, dass wir neue Wege gehen müssen, um eine nachhaltige, aber auch positive wirtschaftliche Entwicklung in Bremen mit dem berechtigten Anliegen des Umwelt- und Klimaschutz in Einklang zu bringen.

Das heißt, wir haben zu den klassischen Themen der Erschließung, Bestandssicherung und Fortschreibung erfolgreicher Projekte auch die Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimaanpassung gute Arbeitsbedingungen – das ist mir nämlich sehr wichtig! – und bodenpolitische Instrumente im Fokus. Deswegen haben wir im laufenden Prozess – und Frau Wischhusen, da habe ich nun Ihre Ausführungen überhaupt nicht verstanden, was eine

moderne Entwicklung von Gewerbegebieten und Stadtentwicklung angeht! – nämlich diese Entwicklungsstrategie schon vor ein paar Wochen vorgelegt. Sie heißt „Zukunftsweisende Wirtschaftsstandorte, Klimaschutz, Klimaanpassung und Biodiversität“ und beinhaltet nicht nur die Fragen, wie entwickeln wir Gewerbeflächen möglichst klimaneutral, sondern natürlich auch die Fragen der Mobilität: Wie kommt man dahin? Wie sind die Aufenthaltsbedingungen für die Beschäftigten dort? Wie ist das Umfeld, wie ist es mit Naherholung? Wie ist es mit der Kitaversorgung, wie ist es mit dem Einzelhandel, wie ist es vielleicht auch mit Freizeitmöglichkeiten?

Ich wunderte mich deswegen ein bisschen über Ihre Ausführungen, denn das ist doch auch allgemein berichtet und auch der Deputation vorgelegt worden. Man hätte durchaus schon einmal zur Kenntnis nehmen können, dass wir da in den letzten zwei Jahren eine ganze Strecke weitergekommen sind, als der alte Senat.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben aus den positiven Erfahrungen bei der klimaschonenden Entwicklung des Gewerbebeparks Hansalinie gelernt. Wir haben diesen Prozess im letzten Jahr geführt, denn wir müssen mit der nächsten Baustufe schneller vorankommen, und wir haben da schon dieses moderne Konzept mit zugrunde gelegt. Wir haben das auch bei den begonnenen Pilotprojekten zur Bestandsentwicklung in eine Strategie eingefasst und gehen daraus weiter voran, und wir haben auch daraus die konkreten Maßnahmen für die dritte Baustufe des Gewerbebeparks Hansalinie abgeleitet.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Inhaltlich und programmatisch orientieren wir uns an einer flächensparenden und urbanen Gewerbeentwicklung, die Antworten auf die Anforderungen eines zukunftsfähigen Wirtschaftsstandortes und eine begrenzte Flächenverfügbarkeit gibt, denn das ist ja genau das Spannungsfeld, und wir haben uns in der Koalition dazu bekannt, dass die Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung hat.

Wir müssen aber mit dem Gewerbeentwicklungsplan auch die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sicherstellen, und dabei werden wir und mein Ressort vor allem darauf achten, dass wir

alle beruflichen Qualifikationen, auch die Geringqualifizierten, am Standort Bremen mit einer vernünftigen beruflichen Perspektive versorgen können, denn wir haben nicht nur die Innovationsbranchen für akademische Berufe.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben viele Innovationsthemen, und ja, Herr Bücking, ich bin mit Ihnen völlig einer Meinung: Wenn wir in der Frage der Klimaresilienz keine Antworten liefern, dann haben wir auch nicht die schlaun Köpfe, aber wir haben sie natürlich auch nur, weil wir die Innovationsunternehmen hier haben, weil sie hier die industriellen Partner haben. Also müssen wir auch dafür sorgen, dass wir die ökologische Transformation mit der Frage der Transformation unter dem Stichwort Digitalisierung eben ganzheitlich denken.

Also, ich möchte, dass wir für alle beruflichen Qualifikationen eine Perspektive haben, denn das ist für mich in einer Transformationsphase, in der die Menschen vor allen Dingen eines haben, nämlich Angst vor ihrer Zukunft und vor Veränderungen, und weil sie deswegen auf ganz komische Ideen kommen –. Ich diskutiere ja zum Beispiel viel mit Ingenieuren, die mir sagen, mein Haus ist eigentlich abgezahlt, aber jetzt ändert sich alles. Ich habe doch alles richtig gemacht: Ich bin zur Schule gegangen, habe eine Ausbildung gemacht, im Unternehmen immer einmal eine Weiterbildung, und auf einmal ist mein Arbeitsplatz in Gefahr, wir wissen gar nicht – Berufsbilder ändern sich! –, wie lange gibt es uns noch. Vielleicht habe ich auch noch eine Vorgesetzte, die eine Frau ist und aus Italien kommt; und dann raten Sie mir einmal, was ich jetzt wähle, oder raten Sie einmal, und ich sage, das wird jetzt nicht originell sein, ist aber keine Lösung.

Die Lösung müssen wir liefern, und ich hätte Sie, liebe demokratische Opposition, da gern an meiner Seite, dass wir in diesem Gewerbeentwicklungsplan die ganze Bevölkerung und alle, die hier berufstätig sind, auch insofern mitnehmen, als wir auch Zukunftsperspektiven für sie haben, denn das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den sozialen Zusammenhalt in unserem Bundesland.

(Beifall DIE LINKE)

Wir brauchen eine verlässliche Planung, das sehe ich auch so, und an dieser Stelle ist es mir sehr wichtig zu betonen, dass die Planung der Entwicklung von Gewerbebeständen besonders darauf achtet, dass bei den Standorten den gewachsenen

Ansprüchen der Beschäftigten und damit auch denen der Unternehmen Rechnung getragen wird. Das ist unter anderem die produktive Stadt, das ist aber auch die Frage, wie wir den Gewerbepark Hansalinie entwickeln oder eben neue Gewerbegebiete, denn Gewerbeflächen sind nicht mehr reine Arbeitsorte oder Produktionsstätten, sondern sie brauchen – das habe ich eben schon gesagt – ein attraktives Umfeld und eine gute Infrastruktur für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch das müssen wir mit entwickeln.

Jetzt gehe ich einmal auf ein paar Sachen ein, die hier genannt worden sind! Lieber Herr Meyer-Heider, Sie haben eben so abwertend gesagt, wir haben hier die produktive Stadt, aber da schaffen wir keine neuen Arbeitsplätze. Nein, das stimmt nicht! Darauf ist der Kollege Stahmann schon eingegangen, aber ich möchte Ihnen auch einmal eines sagen: Wenn Sie sagen, das sind findige Unternehmer, die dafür sorgen, dann sage ich, ja, aber wir haben auch ein paar Ressorts, die mit diesen findigen Unternehmern genau diese Stätten der produktiven Stadt zusammen entwickeln. Das ist unter anderem mein Ressort, das ist aber auch das Ressort der Senatorin für Städtebau und Wohnen an der Stelle, und wir haben, glaube ich, sehr viele Diskussionen mit diesen findigen Unternehmern geführt, und übrigens auch darüber, was die Frage der produktiven Stadt angeht und wie wir das auch umsetzen.

Ich glaube, wenn Sie das so abtun – der Gesprächsbedarf ist ja da, er kommt ja auch bei mir an –, dann weiß ich nicht, ob Sie diesem Standort damit einen großen Gefallen tun, denn damit suggerieren Sie ja, dass dieser Senat für diese drängenden Fragen, die Unternehmer haben, hier keine Lösung bietet. Erstens stimmt das nicht, das sieht man ja unter anderem an der Überseeinsel, an dem Tabakquartier, und zweitens glaube ich, dass Sie da ein Zerrbild von Bremen zeichnen.

(Beifall DIE LINKE)

Weiterhin, auch ein Mythos: die Dispositionsreserve oder die Flächenreserve von über 300 Hektar! Ja, nominell sind es die 380, aber wir haben Nutzungskonflikte, die wir lösen müssen, zum Beispiel im Bremer Industriepark, wir haben aber auch Randlagen, wir haben zerstückelte Grundstücke, wir haben keine Verkehrsanbindung, weil es über Jahrzehnte hinweg einfach einmal ein Wildwuchs im Flächennutzungsplan war. Wir haben Reservierungen, und wir haben auch viele Gewerbeflächen,

die in den letzten Jahren zu Wohngebieten umgebaut worden sind, das heißt also, die reale Dispositionsreserve, die ich im Moment zur Verfügung habe, beträgt nur 30 Hektar. Da möchte ich, dass wir das einmal zur Kenntnis nehmen.

Deswegen müssen wir in diesem Gewerbeentwicklungsplan 2030 Lösungen dafür finden. Ein Teil wird Nachverdichtung sein, aber auch da muss man einmal mit den Unternehmen reden. Wir brauchen dafür Verkehrsanbindungen, wir brauchen dafür intelligente Lösungen, und wir werden bestimmte wirtschaftliche Entwicklungen, die nicht riechen, die keinen Krach machen und keine Emissionen ausstoßen, die hip sind, die viele wollen, eben nur haben, wenn wir für die gesamte Industrie und die gesamte Wirtschaft dafür auch Lösungen finden. Das ist dann der Punkt, über den wir tatsächlich in der Koalition ringen. Es ist gesagt worden, wir haben im Moment bei zwei Punkten einen Dissens, mehr nicht, denn wir haben die anderen Fragen weitgehend gelöst, denn wir brauchen natürlich Lösungen für Unternehmen, egal, ob es kleine oder große sind, ob es Start-ups sind oder Industrie ist.

Wir werden auch Lösungen im Zusammenhang mit der ökologischen Transformation brauchen. Kein Mensch weiß im Moment: Wie sind denn die Produktionsprozesse in zehn Jahren? Welche Flächenbedarfe gibt es, weniger oder mehr? Dafür gibt es ganz unterschiedliche Studien. Auch für die ökologische Transformation brauchen wir gewisse Flächen, sowohl bei den Stahlwerken – wir haben jetzt zwei IPCEI-Projekte zur CO₂-Reduzierung im Zusammenhang mit Wasserstoff zumindest erst einmal Richtung Brüssel bekommen – als auch beim grünen Fliegen als auch bei der Frage, wohin entwickelt sich Mercedes samt aller Zulieferer und samt aller Logistikunternehmen, die dahinterstehen.

Als Stadtstaat mit knappen Flächenressourcen müssen wir natürlich auch auf Kooperationen mit dem Umland setzen, aber wir können nicht alle Probleme Bremens in das Umland verlagern. Das wird auch nicht gehen. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir diesen Prozess tatsächlich sehr breit und partizipativ aufgestellt haben. Es ist auch richtig, dass wir dafür Lösungen finden müssen, denn ich sage auch hier, es wird nicht alles über Nachverdichtung gehen, denn wir brauchen da auch Entwicklungsschritte. Entlang der A 281 könnten wir das größte deutsche zusammenhängende Gewerbegebiet – übrigens ein trimodales,

Frau Wischhusen, aber jetzt ist sie ja nicht da! – entwickeln.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Doch, ich bin hier!)

Doch, okay! Deswegen ringe ich darum – und das gehört zu demokratischen Prozessen dazu –, dass man sich auf Flächen, für die jetzt andere Nutzungen festgelegt sind, zumindest nicht für die Zukunft festlegt, dass man da nichts entwickelt, aber wir müssen das eben auch im Einklang finden.

Wir haben in der Entwicklungsstrategie drei nachhaltige Aspekte gleichrangig und als Querschnittsthemen zu bewegen: wirtschaftliche Tragfähigkeit, ökologische Verträglichkeit und soziale Gebrauchsfähigkeit. Das ist das, was uns daran motiviert. Weil die Gewerbeentwicklung für mich das zentrale Thema ist, unter dem ich in diese Koalition eingetreten bin, das wir zu lösen haben, nimmt es auch für mich, aber auch für die gesamte Koalition, einen hohen Stellenwert ein, aber zur Demokratie gehört eben auch, dass man die unterschiedlichen Argumente austauscht und Kompromisse geschlossen werden. Das ist ein elementarer Bestandteil der Demokratie.

Deswegen, wir sind durch Corona etwas über dem Zeithorizont, aber wir sind im verabredeten Zielhorizont. Noch einmal: Wirtschaftliche Tragfähigkeit, ökologische Verträglichkeit, soziale Gebrauchsfähigkeit, ich bin mir zu 100 Prozent sicher, dass wir Ihnen da jetzt auch nach der Sommerpause etwas vorlegen können und in das weitere parlamentarische Verfahren gehen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Thema nicht vor.

Ich rufe jetzt das zweite Thema der Aktuellen Stunde auf:

Fehlen mehr Kita-Plätze als je zuvor? Behörde muss endlich transparent planen!

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 1. August, in wenigen Wochen also, beginnt das neue Kitajahr. Viele Eltern planen be-

reits mit der Kita die Eingewöhnungszeit ihrer Kleinen, und es wäre schön, wenn das die Realität in allen Bremer Familien wäre. Der Statusbericht II der letzten Woche dokumentiert, dass Bremen dieses Ziel erneut nicht erreicht.

Wir haben uns für diese Debatte entschieden, weil alles andere bedeuten würde, dass wir resignierten, als würden wir diesen Zustand als regelmäßig wiederkehrende Normalität akzeptieren, uns daran gewöhnen und uns nicht mehr darüber aufregen. Das wollen wir Freien Demokraten nicht.

(Beifall FDP)

Wir wollen uns nicht daran gewöhnen; nicht angesichts der vielen Kinder in Armut, nicht angesichts der vielen Kinder, die nicht im Geschwisterkreis aufwachsen oder denen eine sprachliche Integration in unsere Gemeinschaft fehlt, nicht angesichts der vielen Kinder, die dann eben von keiner Möglichkeit frühkindlicher Gemeinschaft oder Bildung außerhalb des Elternhauses profitieren. Das Ganze ist traurig für die Betroffenen, und leisten können wir uns das als Stadt auch nicht. Deshalb haben wir mit unserer Aktuellen Stunde erneut dafür gesorgt, dass wir heute die Bedarfe von Kindern und Jugendlichen anhand des Statusberichts II in unsere Mitte stellen.

Wir Freien Demokraten erkennen die Ausbauleistungen der letzten Jahre an. Wir sehen, wie viele Plätze tatsächlich geschaffen wurden und würdigen diese Leistung erneut, und ich hoffe, dass Sie das hören. Dass es nicht reicht, ist uns allen bekannt, aber wie sehr es nicht reicht, ist schwer zu ermitteln, denn der Statusbericht II bleibt teilweise unkonkret und leider intransparent.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Da ist von Kindern auf Wartelisten in Einrichtungen die Rede, zudem von der bekannten Liste derjenigen, die auf eine Nachvermittlung durch die Behörde warten. In der Rechnung von Haben und Soll an Kitaplätzen tauchen aber auch die Plätze auf, die im Moment noch im Bau sind und die bisweilen wohl nicht lange vor Ende Juli 2022, also in einem Jahr, eröffnen. Verwaltungstechnisch korrekt werden sie im kommenden Kitajahr geschaffen, den Kindern und Familien stehen sie allerdings faktisch erst im Kitajahr 2022/2023 zur Verfügung. Das ist für die betroffenen Familien und gegebenenfalls auch ihre Arbeitgeber ein entscheidender Unterschied.

Die schlechte Neuorganisation des Digitalisierungsprozesses des Anmelde- und Aufnahmeverfahrens trägt zusätzlich zur Unklarheit der Situation bei, denn letztlich hat keiner mehr den Überblick, wo wie viele Kinder bei welchen Trägern auf den trägerinternen Wartelisten stehen, außer vielleicht Frau Ahrens. Dieser Zustand war eigentlich schon lange überwunden und sorgt nun zusätzlich für Unklarheit und Intransparenz. Der Artikel im „Weser-Kurier“ vom letzten Dienstag zu den fehlenden Plätzen und auch die Debatte in der Deputationssitzung haben eines offenbart: Der Statusbericht II lässt viele Fragen offen, und so fehlen uns am 1. August, wenn das Kitajahr beginnt, zwischen 1 200 und 2 200 Plätze. Unter anderem zeigen auch die vielen kreativen Ersatzprogramme zur Kurzzeitbetreuung, die wir unter anderem in der letzten Sitzung der Deputation beschlossen haben, wie groß im Grunde der Bedarf ist.

Uns Freie Demokraten beunruhigt aber noch etwas anderes, als allein die Debatte über die genaue Zahl der fehlenden Plätze, denn jede Problemlösung beginnt mit einer vernünftigen Beschreibung des Problems, die nichts beschönigt. Wenn unser Senat das Ziel verfolgt – und das tut er zweifelsfrei –, jeder Familie dieser Stadt, die einen Kitaplatz möchte oder braucht, diesen auch anzubieten, dann muss er ein Interesse daran haben, diesen Istzustand so präzise wie möglich zu beschreiben. Diese Präzision spiegelt sich in der Vorlage nicht.

Auch wenn Herr Staatsrat Stöß von außerordentlicher Klarheit der Vorlagen in der Deputation spricht, zeigt die kontroverse Folgediskussion der Fachpolitikerinnen und -politiker, dass das, was da an Zahlen steht, weder eindeutig noch ausreichend transparent ist, und zwar bis in die Reihen der Koalition hinein, und auch die jetzt folgende Debatte wird wahrscheinlich erneut deutlich machen, dass beim Statusbericht viel Interpretationsspielraum bleibt. Diese Klarheit ist aber entscheidende und erste Basis, um das Ziel eines auskömmlichen Angebots zu erreichen. Alle anderen Informationen ergänzen den Alarm, den die Intransparenz des Statusberichts II bei mir auslöste.

Die Behörde hat dem „Weser-Kurier“ Ende des vergangenen Jahres die Haltung kundgetan, nun mit freien Trägern aktiv und gern zu kooperieren, weil wir für den Kitaausbau dringend private Investoren und gewerbliche Träger brauchen. Die Stadt als Bauherr und Betreiber kommt schon lange nicht hinterher. Wenn ich aber nach unserer Berichtsbitte aus der letzten Woche lese, wie mit diesen freien Trägern nach wie vor umgegangen wird,

dann bin ich doch sprachlos: Seit 2017, also seit vier Jahren, gibt es trotz vielfacher Nachfrage keine Abrechnung der Verwendungsnachweise. Das bedeutet de facto, dass bei den Trägern hohe Summen ausstehen. Diese Träger müssen nun einen Ausgleich der Beträge zunächst ohne Prüfung erbitten, um überhaupt ihre Liquidität zu wahren. Das ist doch nicht zu fassen!

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Weiter erfahren wir, dass Grundsätze der Betriebskostenförderung nicht nur Ihnen nicht übermittelt werden, sondern dass sie laut Senat noch nicht einmal in schriftlicher Form vorliegen, also es gibt sie nicht schriftlich. Während ich dann im Nachgang der Deputationssitzung bei den Trägern nachfrage, erfahre ich, dass die Behörde selbst eingesteht, dass sie einzelne Träger in Bezug auf den nötigen Fachkräfteanteil beim Personal auch noch falsch beraten hat. So etwas führt jenseits des Behördenalltags in der Realität der Kitas zu massiven Betreuungsgpässen, und was das bedeutet, davon können Erzieherinnen und von Notbetreuung geplagte Eltern und Kinder wahrlich ein Lied singen. Wie kann es nur immer wieder zu solchen No-Gos kommen? Das fragen wir uns, und wir fragen Sie!

Der Mangel an Transparenz und der so wenig wertschätzende Umgang mit den Partnern in der Betreuungslandschaft, davon sind wir Freien Demokraten überzeugt, wäre die dringende Voraussetzung dafür, dass wir künftig die Betreuungssituation in den Griff bekommen werden. Haltung findet sich nicht in eloquenten Worten, sondern in konkreten Handlungen. Wir haben in der Betreuungslandschaft inzwischen Träger, die nicht nur in Bremen, sondern in verschiedenen Städten Kitas betreiben, und weiterhin ist die Rückmeldung: Nirgends sind sie so schlecht beraten, nirgends die Vorgänge so intransparent, wie in Bremen. Das können wir uns nicht leisten, und wir Freien Demokraten sind weiterhin nicht gewillt, das auf sich beruhen zu lassen!

Gestatten Sie mir eine Anmerkung! Diese ewige Debatte um fehlende Plätze trübt eigentlich den Sinn dafür, was wir eigentlich brauchen. Wir denken gar nicht mehr darüber nach, dass man beispielsweise, will man im Februar nach Bremen ziehen, unterjährig einen Betreuungsplatz bekommt. Diese Debatte sieht gar nicht mehr vor, dass die Eltern eine Kita nach pädagogischem Profil der Einrichtung und den Bedürfnissen des Kindes auswählen, um einem individuellen Bedarf gerecht zu werden. Das aber, meine Damen und Herren, muss das

Ziel sein, wenn es heißt, wir sehen jedes Kind in seinen Bedürfnissen, wenn es heißt, wir unterstützen Alleinerziehende, um Beruf und Kind zu vereinbaren.

Deshalb fordere ich Sie in dieser Aktuellen Stunde auf: Legen Sie transparent und bitte monats-scharf dar, wie viele Plätze tatsächlich fehlen, nicht in einem interpretierenden mündlichen Kommentar, sondern schriftlich! Setzen Sie uns darüber ins Bild, wie Sie mit freien Trägern, die einen nennenswerten Teil der Last meistern, künftig umgehen werden! Setzen Sie bitte auf das Modell Betriebskitas, um in dieser Form mit Bremer Firmen neue Möglichkeiten auszuloten, damit wir das Problem in den Griff bekommen! Ein Betriebskitagesetz kann so beflügelnd sein, Baden-Württemberg macht es vor.

Ich freue mich übrigens aufrichtig, dass vor drei Wochen endlich seitens der Behörde die Zusage für die Bereitstellung von Kitaplätzen für das Jobcenter erfolgt ist, dass die Kinder betreut sind, wenn die Alleinerziehenden, meist Mütter, beim Jobcenter eine Fortbildung machen oder ein Jobangebot annehmen. Das ist wundervoll, aber es war eine schwere und langwierige Geburt, die sich mühsam über Jahre zog und nur unter massivem Druck von außen endlich zum Ziel kam.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Das war ein Koalitionsantrag!)

Es müsste doch auch im ureigenen Interesse des Senats liegen, diese Dinge beschleunigt zu regeln.

Ich komme zum Schluss! Es ist unfair, die Hoffnung auf einen Kitaplatz für das im August beginnende Kitajahr zu nähren, wenn der erste Spatenstich am Standort nicht erfolgt ist. Wir erwarten transparente Berichte und keine Rätselvorlage und einen zuvorkommenden Umgang mit freien Trägern, die einen Teil der Last meistern. Nur so haben wir eine Basis für politische Lösungen im Ringen um Kitaplätze, die Bremens Familien so dringend brauchen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Petra Krümpfer.

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß

nicht, was die FDP geritten hat, aus dieser Deputationsvorlage der Deputation für Kinder und Bildung – Planung Kitajahr 2021/2022 und der Auswertung des Statusberichts II zur Kitaplatzversorgung mit der Momentaufnahme vom 1. Mai 2021 – eine Aktuelle Stunde zu initiieren.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die Behörde soll endlich transparent planen, so der Vorwurf der FDP. Aus meiner Erfahrung zeigen die Statusberichte I, II oder III immer sehr transparent, wie die zum jeweiligen Stichtag beschriebene Daten- und Faktenlage ist. Ich kann Ihnen allen hier versichern, dass diese Daten und Fakten auch mir nicht immer gefallen, aber das ist etwas ganz anderes. Diese Berichte und im Besonderen der letzte Statusbericht, um den es ja hier in der Aktuellen Stunde geht, zeigen sehr klar, wie die Lage der Versorgung unserer Kleinsten ist. Es wird in dieser Vorlage nichts beschönigt, im Gegenteil, hier wird eigentlich deutlich der Finger in die Wunde gelegt.

Das macht mich keinesfalls froh. Ich bin sehr berührt und sehr besorgt, wenn ich weiß, dass es noch viele Kinder gibt, die zurzeit keine Zusage für einen Kita- oder Krippenplatz haben, gerade, weil wir in der Pandemie auch festgestellt haben, wie wichtig und bedeutsam die frühkindliche Bildung und vor allem die Bindung zu gleichaltrigen Kindern, aber auch zu weiteren Erwachsenen für die weitere Entwicklung der Kinder ist, und auch, wie bedeutsam die Einrichtungen mit ihren empathischen Mitarbeitenden auf und in die Familien wirken. Ich freue mich aber sehr darüber, dass in den letzten Jahren mehr Eltern überzeugt werden konnten, für ihre Kinder einen Betreuungsplatz in Anspruch zu nehmen beziehungsweise zu wollen, aber wir können dieser Nachfrage zurzeit auch noch nicht gerecht werden.

Ja, es ist auch sehr gut, dass es entsprechende Rechtsansprüche gibt, weil damit der Zugang rein rechtlich überhaupt gesichert ist. Was wir überhaupt nicht außer Acht lassen dürfen und auch weiterhin wollen, ist, dass in den letzten Jahren so viele Plätze geschaffen worden sind, wie noch nie zuvor.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es sind seit 2015 insgesamt circa 5 000 Plätze für Kinder im Krippenalter und in Elementarbereich. Es wurden so viele Kitas wie noch nie zuvor gebaut. Insgesamt wurden 40 Neubauten realisiert und 80 Bestandsgebäude umgebaut beziehungsweise er-

weitert. Allein in dieser Legislaturperiode sind bereits 1 200 Plätze geschaffen worden. Ich denke, das ist nicht wenig, und das verdient eigentlich auch einen Applaus für alle, die sich daran beteiligen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Nun noch einmal zur aktuellen Lage, die keineswegs zu beschönigen ist! Im Statusbericht II mit dem Stichtag vom 1. Mai 2021 stehen die Daten ja fest, und in den Zahlen wird deutlich ausgedrückt, dass Anfang August 6 422 Plätze für U3-Kinder zur Verfügung stehen und 17 407 für Ü3-Kinder, also für Drei- bis Sechsjährige. Aus der bestätigten Annahme von Plätzen – also den Plätzen, die Eltern angenommen haben – ergeben sich die Zahlen, dass 5 606 Plätze für den U3-Bereich angenommen wurden und 16 998 für die Drei- bis Sechsjährigen. Daraus ergeben sich rechnerisch 816 freie Plätze für Kinder unter drei Jahren und 427 freie Plätze für Ü3-Kinder. Die bei der Senatorin für Kinder und Bildung gemeldete Zahl der unversorgten Kinder beträgt 440 bei den U3-Plätzen und 658 bei den Ü3-Plätzen. Das bedeutet rein rechnerisch, dass noch 376 freie U3-Plätze und 231 Ü3-Plätze fehlen. Das steht auch alles so in der Vorlage.

In der Vorlage wird im weiteren Verlauf noch die Anzahl der Kinder im U3-Bereich und im Ü3-Bereich auf einrichtungsbezogenen Wartelisten dargestellt. Diese besagen, dass 491 U3-Plätze und 673 Ü3-Plätze benötigt werden. Wenn man diese Rechnungen alle nebeneinanderstellt, dann ist es eigentlich ganz einfach: Es gibt 376 freie U3-Plätze und 491 Wartende, es fehlen also 115 Plätze im U3-Bereich. Es gibt 231 fehlende Ü3-Plätze und weitere 673 Wartende, das sind 904 fehlende Plätze. Zusammen betrachtet fehlen 1 019 Plätze im U- und Ü-Bereich, und nicht, wie die CDU behauptet, über 2 000 Plätze. Es macht mich nicht glücklich, dass es trotzdem immer noch über 1 000 Plätze sind, aber eine Zahl in den Raum zu werfen, die überhaupt nicht stimmt und die aus den Vorlagen eindeutig zu erkennen ist, finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Die Behörde beschreibt in der Vorlage aber auch, dass weitere 418 U3-Plätze und 1 101 Ü3-Plätze im kommenden Kitajahr sukzessive an den Start gehen. Das heißt nicht, dass sie erst alle nächstes Jahr im Sommer fertig sind, sondern sukzessive. Aus meiner Sicht beschreibt die Vorlage den Sachstand, die Probleme und den weiteren Ausblick,

und ich weiß auch nicht, was Sie hier weiterhin fordern.

(Beifall SPD)

Hier ist vielleicht auch nicht allen bewusst, dass bereits in der Deputation für Kinder und Bildung Beschlüsse vorliegen, wonach für den Ausbau bis 2025/2026 zurzeit gerechnet 35 neue Kitas beschlossen worden sind. Das bedeutet, dass weitere 1 199 U3-Plätze und 1 884 Ü3-Plätze geplant und, wie bereits gesagt, auch schon beschlossen sind. Das sind 119 Gruppen im U3-Bereich und 94 Gruppen im Ü3-Bereich. Ich will damit überhaupt nichts schönreden, aber was man der Behörde hier an mangelnder Untätigkeit vorwirft, ist einfach nicht berechtigt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

In der laufenden Legislaturperiode werden uns jetzt natürlich auch weiterhin Interessenbekundungen vorgelegt werden, und wir werden sie auch entsprechend beschließen. Sie, liebe Frau Ahrens, haben sogar gerade beim letzten Ausbau zwei Interessenbekundungen gar nicht zustimmen wollen. Da frage ich mich: Sie werfen uns als Koalition noch vor einem Jahr vor, wir würden Verhinderungspolitik betreiben, und selbst unterstützen Sie die Anträge, die gut begründet sind, nicht? Das finde ich wirklich schade, weil es auch – –.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

An dieser Stelle möchte ich mich den Ausführungen in der letzten Deputationssitzung und auch besonders denen von Frau Dr. Eschen anschließen, die nämlich auch ganz klar gesagt hat: Glauben Sie doch nicht, liebe Abgeordnete der Opposition, wenn Sie an der Regierung wären, dass sie es besser geschafft und gemacht hätten! Dem kann ich mich wirklich nur noch einmal anschließen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Von meiner Seite möchte ich das Zahlenspiel hier gar nicht mehr weiter betreiben. Das schafft nicht mehr Plätze und hilft uns auch nicht weiter.

Ich gehe jetzt noch einmal kurz auf den Vorwurf der mangelnden zeitlichen Fertigstellung des Statusberichts II ein und auf die technischen Umstellungen eines neuen Anbieters! Ich bin seit fast drei Jahrzehnten in der Kindertagesbetreuung tätig gewesen und kann mich noch genau daran erinnern,

als das KIS damals eingeführt wurde, das Kindergarteninformationssystem. Damals sind die Büros in den Kitas von Schreibmaschine auf Computer umgestellt worden, und das war quasi unser erstes Programm, das wir hatten. Das war in den Neunzigerjahren. Da ruckelte und rumpelte es häufig, bis alles so lief, wie es geplant war. Dann hat die Sozialbehörde viel Geld in die Hand genommen und allen Trägern und Einrichtungen die Möglichkeit gegeben, sich dem Programmanbieter REDLINK und dem Ki-ON-Programm anzuschließen. Auch da ruckelte und rumpelte es viele Jahre, bis alles lief. Nun hat sich die Behörde für einen anderen Anbieter entschieden, um die zentrale Onlineanmeldung zu optimieren, und auch hier wird es wie bei vielen anderen Systemumstellungen zur Umsetzungsproblemen kommen, die sicherlich im Laufe der Zeit, wie auch alle Vorgänger, optimiert werden müssen. Also, bleiben Sie einmal etwas geduldig, auch wenn es Ihnen schwerfällt!

Kein Mensch, weder in der Politik noch in der Verwaltung, und schon gar nicht die Träger und die Kitaleitungen, haben ein großes Interesse an Verzögerungen bei der Umstellung auf das neue System. Alle arbeiten hier Hand in Hand und geben Anregungen zur Optimierung. Auch hier gibt es eine trägerübergreifende Arbeitsgruppe, die alle Probleme benennt und diese zu lösen auch bestrebt ist. Aus Sicht der SPD ist diese Aktuelle Stunde wieder einmal vertane Zeit.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zum Artikel im „Weser-Kurier“! Liebe Frau Ahrens, Sie sind sicherlich eine sehr gute Finanzbeamtin und kennen sich sicher sehr gut mit Zahlen aus, aber offensichtlich haben Sie mit Textaufgaben so Ihre Schwierigkeiten.

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Monatsscharfe Angaben zu Plätzen vorlegen zu wollen, das finde ich wirklich albern. Als wenn die Verwaltungen und auch die Träger und die Kitaleitungen alle nichts anderes zu tun hätten, als regelmäßig irgendwelche Daten irgendwo hinschicken, um einige Politikerinnen und Politiker zu befrieden!

(Beifall SPD)

Ich muss sagen, ich brauche es nicht. Ich weiß auch, Frau Bergmann, dass viele Träger bisher sehr engagiert mit der Verwaltung zusammengearbeitet haben, zu den Vorwürfen, die Sie hier haben, nen-

nen Sie doch bitte auch sehr konkret Ross und Reiter, sonst macht das auch keinen Sinn! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach meiner Wahrnehmung hatten wir erst eine Aktuelle Stunde „substanzlos eins“, und jetzt haben wir die Aktuelle Stunde „substanzlos zwei“.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben sich redliche Mühe mit Ihrem Antrag für die Aktuelle Stunde gegeben, durchaus auch einiges schriftlich vorgebracht und angebracht. Ich habe Ihnen dann sehr genau zugehört, und außer warmer Luft ist da ehrlich gesagt nicht so viel herübergekommen. Sie haben alles noch einmal umgerührt, haben alles in einen Topf geworfen, haben offensichtlich die Zahlen nicht verstanden, und das, was dabei herauskommt, ist ein vielleicht auch fatales Missverständnis, das aus meiner Sicht der Situation in der Stadt und vor allem der Situation der Eltern und Kinder nicht gebührend Rechnung trägt.

Hier wird alles miteinander vermengt, indem gesagt wird, wir haben ein angeblich intransparentes Berichtswesen im Statusbericht II, der in der letzten Woche in der Deputation für Kinder und Bildung vorgelegt wurde. In der Deputation hätte ausführlich die Gelegenheit bestanden, die Zahlen nachzufragen, nachzuvollziehen und zu diskutieren, und die Gelegenheit wäre auch im Jugendhilfeausschuss gewesen. Diese Gelegenheit haben Sie, so wurde mir berichtet, nicht wirklich wahrgenommen, um mit der Behörde gemeinsam, mit der Senatorin gemeinsam die Zahlen nachzuvollziehen. Stattdessen wird jetzt hier eine Inszenierung an den Tag gelegt, die mir ehrlich gesagt absolut substanzlos und auch ein bisschen verzweifelt erscheint.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Die Aktuelle Stunde ist ja ein klassisches Oppositionsinstrument, das sehr gut ist, denn sie ermöglicht es, in parlamentarischen Debatte aktuelle Vorgänge, auch gern aktuelle Missstände, zu diskutie-

ren, miteinander in den Wettstreit der Ideen einzutreten, auf Handlungsbedarfe hinzuweisen, auf aktuelle Vorgänge einzugehen. Das Einzige, was jetzt hier aktuell sein soll, ist aus meiner Sicht, dass offensichtlich die vorgelegten Statistiken nicht gelesen werden können. Es tut mir leid, dass ich das so deutlich sagen muss!

Das hat meine Kollegin Frau Krümpfer auch schon gesagt, denn die Statistik, die Zahlen, die Tabellen aus dem Statusbericht II unterscheiden sich in keiner Weise von den vorgelegten Statusberichten aus den Vorjahren, mit einem einzigen Unterschied: Ein einziger Unterschied ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ein zusätzlicher Anhang – ich glaube, d) oder e), ein Anhang zwei, ich weiß nicht mehr genau, wie der Titel war, jedenfalls ein zusätzlicher Anhang – mit verschickt wurde, der farblich unterlegt das Ranking der Stadtteile auflistet. Es gibt also eine zusätzliche farbliche Unterlegung in der Statistik. Wenn Sie das jetzt als Veränderung, als intransparent einstufen, dann ist das Ihre Sache und Ihre Bewertung.

Ich muss sagen, die Tabellen waren nachvollziehbar, die Tabellen waren klar, und aus meiner Sicht waren sie vor allem sogar besser als in den Vorjahren, denn sie haben nicht nur die Zahl der unversorgten Kinder, die zentral gemeldet sind, sondern auch noch die Zahl der unversorgten Kinder, die auf einer einrichtungsbezogenen Warteliste stehen, nebeneinandergelegt und so die Nachvollziehbarkeit für die Öffentlichkeit, für die Eltern und auch für Sie, Frau Bergmann, verbessert.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Kollegin und Vorrednerin Frau Krümpfer hat ja eben schon die Zahlen hier noch einmal erläutert, für alle verständlich hoffentlich, für diejenigen, die aus den Tabellen nicht schlau geworden sind, das möchte ich jetzt nicht wiederholen. Das Wichtige ist doch – und das ist die Zahl, die wurde genannt – die Zahl, dass wir 1 019 unversorgte Kinder haben, Stand jetzt. Das ist ein Missstand, der uns alle schmerzt, über den wir schon oft gesprochen haben, über den wir schon oft beraten haben, bei dem wir schon oft Maßnahmen besprochen haben, wie man dieser Unterversorgung auf eine niedrigschwellige und eine langfristige Art und Weise, auf eine nachhaltige Art und Weise durch Trägervergaben, durch die Attraktivierung der Ausbildung et cetera, mit vielen weiteren lang-, kurz- und mittelfristigen Maßnahmen begegnen kann.

Trotzdem sind, und das ist ja das Wichtige – und ich glaube, das ist das, was uns vielleicht an dieser Stelle auch alle eint –, 1 019 unversorgte Kinder 1 019 unversorgte Kinder zu viel, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Da verstehe ich dann ehrlich gesagt aber wirklich nicht mehr – und da bin ich auch mit meinem Latein am Ende, was Lesehilfe von Statistiken angeht –, wie man von einem größer werdenden Delta sprechen kann. Wer bis heute, nach langen Jahren der Kinderpolitik und ewig gleichen Debatten, nicht verstanden hat, dass die unversorgten Kinder aus dem Vorjahr nicht einfach zu den unversorgten Kindern aus diesem Jahr hinzuaddiert werden können, weil sie sich noch einmal anmelden müssen und somit in die Zahl der unversorgten Kinder aus diesem Jahr einfließen, wer das nach all diesen Jahren nicht verstanden hat, da bin ich dann auch irgendwann mit meinem Latein am Ende, was solche Debatten noch bringen. Vielleicht macht es Sinn, sich noch einmal in Ruhe in der Behörde zu treffen und die Statistiken eine nach der anderen durchzugehen, damit es endlich einmal ankommt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Für diejenigen, die es noch nicht verstanden haben: Wir haben in diesem Jahr 1 019 unversorgte Kinder, wir hatten im letzten Jahr 1 465 unversorgte Kinder. Lange Rede, kurzer Sinn: Das Delta der unversorgten Kinder sinkt, es werden weniger unversorgte Kinder.

Wie eben bereits gesagt, es sind immer noch 1 019 zu viel, das ist völlig klar, aber glücklicherweise sinkt die Zahl der unversorgten Kinder im Stadtgebiet, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einer steigenden Nachfrage von etwa 400 zusätzlichen Anmeldungen mehr als im letzten Jahr. Also, wir haben eine steigende Anmeldequote, eine steigende Anmeldezahl, und wir haben trotzdem sinkende Zahlen an unversorgten Kindern. Ein einfacher Dreisatz reicht aus, um zu dem Schluss zu kommen, dass da wohl mehr Plätze geschaffen wurden, dass die Nichtversorgungsquote sinkt. Ich meine, da reichen einfache Rechenkenntnisse, um das nachzuvollziehen. Ein bisschen Statistik hätte auch geholfen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Ich glaube, wir haben jetzt genug über Statistik, Zahlen, Deltas, wie auch immer, gesprochen, über

das Vorgehen. Aus meiner Sicht wäre es das Normale gewesen, zu versuchen, diese Zahlen wirklich einmal nachzuvollziehen und nicht den Leuten da draußen Sand in die Augen zu streuen, denn wer das Märchen aufmacht, es fehlten über 2 000 Kitaplätze, der wird der Situation in dieser Stadt wirklich nicht gerecht. Er wird nicht nur einer Senatorin nicht gerecht, die seit sechs Jahren versucht, die Kinder in dieser Stadt mit allen Möglichkeiten zu versorgen, er oder sie wird auch nicht einer Verwaltung gerecht, die inmitten der Coronapandemie und seit über einem Jahr Coronapandemie jeden Tag durch Auseinandersetzungen mit den Trägern, mit den Eltern, mit den Elternvertretungen, mit allen möglichen Bedarfen in dieser Stadt extrem gefordert wurde. Dieser jetzt vorzuwerfen, dass die Statistik und die Vorlagen nicht transparent wären, das ist sehr starker Vorwurf gegenüber der Verwaltung, der Senatorin und vielleicht auch der Politik, und das finde ich ehrlich gesagt auch ein bisschen schäbig, wenn ich das einmal so sagen darf.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wie gesagt, es ist Ihr gutes Recht als Opposition. Mein gutes Recht ist es, das als ein bisschen verzweifelt und zeugend von hoher Unkenntnis zu bewerten. Ganz ehrlich, wenn Sie keine anderen Möglichkeiten haben, Wahlkampf zu betreiben, dann machen Sie das, aber ich würde tatsächlich an alle Beteiligten appellieren, in dieser Debatte bei der Sache zu bleiben, auf die echten Missstände hinzuweisen und gemeinsam zu überlegen, wie man sie beseitigen kann. Ich habe von der Kollegin Frau Bergmann wahrgenommen, dass sie anerkennt, dass 5 000 Plätze geschaffen wurden. Das finde ich richtig, und das finde ich gut, dass man auch sieht, was gemacht wurde.

Mir bleibt an dieser Stelle, der scheidenden Senatorin als Letztes keine Geisterdebatte mit auf den Weg zu geben, sondern einen großen und einen aufrichtigen Dank für alles, was sie hier sechs Jahre lang gemacht hat. Sie und die Verwaltung und die beteiligten Träger und die beteiligten Erzieherinnen und Erzieher haben dafür gesorgt, dass über 5 000 Plätze in der Stadtgemeinde geschaffen werden konnten. Dem gebührt größter Respekt, dem gebührt größter Dank, und es ist ja nicht nur bei den geschaffenen Plätzen im quantitativen Sinne geblieben, sondern es gibt auch Qualitätsentwicklung. Wir haben vor Kurzem über die sozialpädagogischen Fachkräfte in den Einrichtungen in den Indexlagen gesprochen. Wir haben einen qualitativen und quantitativen Ausbau, der in der Geschichte der Stadtgemeinde seinesgleichen sucht,

und da bitte ich doch einmal, der scheidenden Senatorin auch den gebührenden Respekt mitzugeben! – Danke schön!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Fangen wir mit Frau Leonidakis an! Ich fand es zu schön! Ich zitiere einmal aus Ihren am 2. März 2019 in der „taz“ zum Thema „LINKE schlägt Kitaalarm“ gemachten Aussagen! Dort haben Sie davon gesprochen, dass die Anzahl der fehlenden Plätze beim Status eins innerhalb eines Jahres um 200 gestiegen ist. Jetzt sage ich Ihnen einmal, was Sie damals dazu gesagt haben, damals waren Sie in der Opposition:

„Das genügt Frau Leonidakis nicht. Es ist einfach keine Zeit mehr. Die am meisten unversorgten Kinder sind zwischen drei und sechs Jahre alt“ – da haben Sie völlig recht –, „da kommen Kinder in die Schule, die wegen mangelnder Plätze noch nie in einer Kita waren.“ Da haben Sie völlig recht, das ist nämlich die Wahrheit: Wir haben ganz viele Kinder, die über mehrere Jahre keinen Kitaplatz haben, in den ärmeren Quartieren dieser Stadt, den sozioökonomisch benachteiligten Quartieren.

(Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE])

Da haben Sie völlig recht. „Die Linksfraktion fordert jetzt eine ressortübergreifende Kitakonferenz mit Beiräten, Ortsämtern, Eltern- und Beschäftigtenvertreter:innen, um kurzfristige Lösungen zu finden.“ Dann kam die Regierung. Das Ergebnis haben Sie sich eben gerade anhören können,

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

das sind jetzt diejenigen, die den qualitativen und quantitativen Ausbau, der seinesgleichen sucht, loben. Super!

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das Ergebnis kann sich doch sehen lassen!)

Ja, das Ergebnis ist in Wahrheit desaströs, aber dazu komme ich noch!

Die Armutgefährdungsquote für Kinder hat im Jahr 2007 unter der SPD/CDU-Regierung bei 19,1

Prozent gelegen. Unter SPD und Grünen, und jetzt neu – übrigens alles noch vor Corona! – unter Beteiligung der LINKEN stieg sie im Jahr 2019 auf 24,9 Prozent. Das heißt, hier haben wir tatsächlich in Bremen in Bezug auf Kinder ein massives strukturelles Problem, und so wie meistens mit den Problemen in Bremen haben wir kein Erkenntnisproblem, sondern wir haben ein Umsetzungsproblem, meine Damen und Herren.

Warum ist das so? Ein kleiner Ritt im Schnellverfahren durch die Probleme, die Sie verursacht haben: Im Jahr 2013 haben Sie, um die fehlenden Krippenplätze schaffen zu können, 1 800 Elementarplätze in Krippenplätze

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Haben Sie eigentlich auch einmal eine neue Rede?)

für die sogenannten 4.-Quartalskinder umgewandelt. Bevor der kinderpolitische Sprecher der Grünen, Herr Dr. Güldner, seine politische Karriere beendete, sagte er 2018 öffentlich in der Bremischen Bürgerschaft,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das haben wir doch alles schon einmal gehört!)

dass hier die Büchse der Pandora geöffnet worden sei, die Rot-Grün leider nicht mehr zumachen könne. So einfach ließe sich das eben nicht zurückdrehen. Recht hat er, denn genau wegen dieses Eingriffs erleben wir seit drei Jahren, dass wir im Bereich der Elementarplätze das größte Problem haben.

Ausweislich der Pressemitteilung der damals für Kitas zuständigen Senatorin Frau Stahmann aus dem Jahr 2014 – wir sind also noch in der Vergangenheitsbewältigung! – steigt seit Jahren die Fertilitätsrate der Frauen in Bremen stark an. In den letzten Jahren kommen in Bremen wieder 1,6 Kinder pro Frau auf die Welt. Das ist bundesweit der stärkste Anstieg, und es sind übrigens so viele Kinder, wie vor dem Pillenknick.

Leider wurde dieser Kindersegens aber nicht durch einen entsprechenden Ausbau begleitet, und das, obwohl 2013/2014 zwei Studien – übrigens auch noch von Frau Stahmann in Auftrag gegeben – über die Anforderungen informierten und auch darüber, dass auf Dauer 60 Prozent der Alterskohorte aller Krippenkinder einen Tagesbetreuungsplatz haben möchten. Also, seit 2013 haben wir kein Erkenntnisproblem, wir haben ein Umsetzungsproblem, meine Damen und Herren.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Wen interessiert das eigentlich, was Sie da alles erzählen?)

Die Folge war, liebe Frau Krümpfer – und das sollte Sie eigentlich als Sozialdemokratin interessieren –, dass in den sozioökonomisch benachteiligten Quartieren, in den Quartieren, die kinderreich sind, in den Quartieren, in die die Menschen ziehen müssen, weil sie eben nicht so viel Geld zur Verfügung haben, die am höchsten verdichteten und die überbelegtesten Kitas ohne jegliche Differenzierungsräume waren.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Wer verhindert das denn?)

Das haben Sie, meine liebe Kollegin, mit verursacht.

(Beifall CDU)

Sie waren nämlich damals diejenigen, die an der Regierung waren, und Sie waren sogar schon Bürgerschaftsabgeordnete. Für die ärmsten Familien und ihre Kinder in Bremen war es am schlechtesten. Mit dem Übergang der Krippen und der Kitas zum Bildungsressort wurde dann im Hauruckverfahren, das muss man Frau Dr. Bogedan tatsächlich einmal zugestehen, angefangen, nachzuholen, was vorher versäumt wurde.

Der zuständige Referent der Arbeitnehmerkammer, Herr Schwarzer, schrieb übrigens im „BAM“, dem eigenen Magazin der Arbeitnehmerkammer, in der Februarausgabe wie folgt – ich zitiere jetzt einmal die Arbeitnehmerkammer,

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Ja, weil Sie immer so schlechte Beiträge bringen!)

damit ich nicht immer meine eigenen Worte wiederholen muss –: „Zwar besuchen im Land Bremen seit 2013, als der Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern ab einem Jahr eingeführt wurde, derzeit fast 4 500 Kinder mehr eine Kindertageseinrichtung, verglichen mit anderen Bundesländern hinkt Deutschlands kleinstes Bundesland aber hinterher.“ Er stellte fest, dass der tatsächliche Bedarf der Eltern 2019 um 20 Prozent höher war. Nur Nordrhein-Westfalen reihte sich in der Bundesstatistik noch hinter Bremen ein, Sachsen-Anhalt erreichte doppelt so hohe Werte.

„Ein ähnliches Bild zeigte sich“ – immer noch Bericht der Arbeitnehmerkammer! – „bei der Betreuung der drei- bis sechsjährigen Kinder, wo Bremen

im Ländervergleich inzwischen auf den letzten Platz gerutscht ist.“

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Der letzte, das ist da, wo es schlecht ist, liebe Frau Kollegin! „Zwischen 2007 und 2019 stieg hier die Betreuungsquote nur leicht von 85,1 auf 86,6 Prozent. Der Elternbedarf liegt bei 98,3 Prozent in Bremen, während andere Länder zum Teil deutlich höhere Zuwächse verzeichneten. Oben in der Statistik steht Thüringen. Dort sind aktuell 95,8 Prozent aller Kinder dieser Alterskohorte der Drei- bis Sechsjährigen tatsächlich mit einem Platz versehen. Das bedeutet, dass in Bremen immerhin rund 13 Prozent der Kinder in keine Kita gehen können, obwohl sie wollen“, so Thomas Schwarzer, Referent für kommunale Sozialpolitik bei der Arbeitnehmerkammer, „und das mit allen Konsequenzen. Es gibt zum Beispiel Kinder, die bei Schulbeginn noch nie einen Stift in der Hand hatten oder bei denen sich ein massiver Sprachförderbedarf bemerkbar macht.“ Das können Sie übrigens in Ihrem eigenen Stadtteil erkennen,

(Zuruf Abgeordnete Peter Krümpfer [SPD])

da haben wir inzwischen eine Sprachauffälligkeitsquote in der Grundschule von 70 Prozent.

„Die Bremer Landespolitik habe in den vergangenen Jahren zu Recht einen starken Fokus auf den Ausbau von Betreuungsplätzen für die unter Dreijährigen gelegt. Im Bundesvergleich wird aber deutlich, dass hier bei den Drei- bis Sechsjährigen ein hoher Nachholbedarf besteht.“

Auf den Punkt gebracht bedeutet das, während in der östlichen Vorstadt 52 Prozent der Kinder bis zu fünf Jahren frühkindliche Bildung in einer Krippe oder Kita genießen dürfen und 96 Prozent aller Drei- bis Sechsjährigen ein mindestens dreijähriges Angebot erhalten, weil der Platz dafür vorhanden ist, sind die Kinder aus kinderreichen, armutsgebeutelten Quartieren schon froh, wenn sie ein bis zwei Jahre Kitaerfahrung genießen dürfen. In Vegesack gibt es nämlich nur für 77 von 100 Kindern ein Kitaplatz, das heißt, 23 finden keinen, selbst, wenn sie sich bewerben würden.

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

Das ist für uns als CDU-Fraktion nicht hinnehmbar.

(Beifall CDU)

Es reicht auch nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2007 in den Koalitionsvertrag die Überwindung der sozialen Spaltung hineinzuschreiben, Taten müssen folgen! In Zahlen, Daten- und Faktenlage kann man einfach nur klar sagen, dass Sie die soziale Spaltung in der Krippen- und Infrastruktur nicht beseitigt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Aber Sie hätten das geschafft?)

Ja, wir hätten das geschafft! Die Arbeitnehmerkammer beschreibt das so: „Vor allem in kinderreichen Quartieren wie Blumenthal, Burglesum, Vegesack, Gröpelingen und Huchting verharren die Betreuungsquoten bei den unter Dreijährigen auf niedrigem Niveau unterhalb des Bremer Durchschnitts. Gerade in Stadtteilen, in denen viele Familien mit wenig Geld leben, fehlen besonders viele Plätze“, macht Kammerreferent Thomas Schwarzer deutlich.“

Jetzt konnte ich mir ja gerade von Frau Krümpfer anhören, wie toll es ist, 5 200 Plätze geschaffen zu haben.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Schlecht ist das nicht!)

Ja, das stimmt, das ist nicht schlecht, aber sie hat leider vergessen zu erwähnen – und das ist ja auch der Grund für die Aktuelle Stunde –, es war viel zu wenig, weil man viel zu viel nachholen musste, weil man davor jahrelang geschlafen hat,

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

ohne die Wartelistenkinder mit zu denken!

Jetzt kommen wir einmal zu den Zahlen, die Sie alle in den Unterlagen des Unterausschusses oder der Deputation nachlesen können! Im Kitajahr 2019/2020, Stand 25. Oktober 2019, fehlten 1 520 Krippen- und Kitaplätze, wovon 1 066 Eltern mehrfach der Behörde gegenüber schriftlich bestätigt haben, dass ihre Not so groß ist, dass sie den Platz unbedingt haben möchten und dass sie auch nicht durch Sprachbarrieren gescheitert sind. Das ist ja einer der Gründe, weswegen sich viele Eltern dann beim zweiten oder dritten Mal auch nicht mehr zurückmelden.

Das brachte Frau Leonidakis, wie gesagt, 2019 dazu, diese ressortübergreifende Kitakonferenz zu

fordern, löste im Dezember 2019 eine Aktuelle Stunde der FDP zum Thema über 1 000 unversorgte Kinder aus und einen Antrag der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/100 S](#), der besagte: Es braucht jetzt für die vielen unversorgten Kinder Lösungen. Als kurzfristige Notmaßnahmen wäre es toll, wenn wir wenigstens für alle Vorschulkinder basale Angebote der frühkindlichen Bildung schaffen – also Spracherwerb, soziale Gruppeninteraktion, grob- und feinmotorisches Training – sowie in einem zweiten Schritt das Aufnahmeortsgesetz ändern und damit zum nächsten Kitajahr einen Vorrang für die Aufnahme von Vorschulkindern umsetzen. Sie lehnten das seinerzeit ab. Frau Krümpfer beschimpfte mich – Sie können das in der Debatte nachlesen –, wie unmöglich ich sei.

Dann kam das Kitajahr 2021. Stand 16. November 2020: 2 562 unversorgte Kinder, davon 1 116 weiter in der Vermittlung, deren Familien ihre Not mehrfach gegenüber der Behörde bestätigt haben, und die Wartelistenkinder sind bei allen Zahlen bisher noch nicht einmal mit aufgeführt. Im gesamten Kitajahr 2021 wurden aber, wie man dem Statusbericht II entnehmen kann, nur 833 mehr Plätze geschaffen. Das heißt, es blieben über den gesamten Zeitraum des Kitajahres 2021 Hunderte von Kindern unversorgt, die nämlich auf den Wartelisten gewartet haben, dass der Platz, den man ihnen avisiert hatte, der ja angeblich noch gebaut werden soll, dann tatsächlich endlich einmal kommt. Er kam bloß leider nicht. Schade eigentlich!

Nun suchen erneut, Stand 7. Juni 2021, 1 098 weiterhin einen Krippen- und Kitaplatz, obwohl die Zusagen im März versendet wurden und die unversorgten Kinder der Behörde seit April gemeldet sind. Hinzu kommen erstmalig 1 164 Kinder auf einrichtungsbezogenen Wartelisten, die keine Platzzusage haben. Theoretisch gibt es laut Statusbericht II noch 816 offene Plätze. Wer jedoch genau schaut, der stellt fest, dass in dem Bericht überhaupt nicht mitgeteilt wird, ob das nun die 307 sozialpädagogischen Spielkreise mit einem Angebot nur von zehn bis 15 Stunden sind, die da noch als offene Plätze schlummern, oder ob es sich um Angebote von vier bis sechs Stunden handelt. Das ist auch unklar. Was man aber sehen kann, ist, dass die Eltern vermehrt die Angebote von vier bis sechs Stunden brauchen. Das sind nämlich die, die auf der Warteliste stehen und bei denen das auch entsprechend in der Statistik ausgewiesen wurde.

Auch die seinerzeit von Frau Krümpfer in Bausch und Bogen verurteilten basalen Angebote der CDU

wurden wieder im rot-grün-roten Antrag aufgegriffen, den die Kollegin Frau Dr. Eschen gestellt hat, Drucksache [20/445](#) S. Hier wurde jetzt für die vielen unversorgten Hunderte von Kindern, insbesondere in den kinderreichen sozioökonomisch armen Stadtteilen, unterhalb von Betriebserlaubnissen in der letzten Sitzung der Deputation vorgeschlagen, ein- bis dreimal in der Woche ein bis zu zehnstündiges Angebot mit engagierten Laienkräften zu schaffen. Mich macht das ein bisschen betroffen, das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

Hier wird Kindern, die seit 1999 einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben, ein Angebot von bis zu zehn Stunden gemacht.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: 1996!)

Ja, ich kann die Not verstehen. Ich kann verstehen, dass Sie im Moment nicht mehr schaffen, aber ich sage Ihnen ganz deutlich, ein Kitaplatz für genau diese Kinder wäre viel notwendiger.

Ich sage auch ganz deutlich, dass die Behörde auf meine Nachfragen hin in der Deputation selbst zugab, dass dies natürlich auch zur Abfederung von Bedarfen führen wird, aber das genau sollte es im Jahr 2021 nicht sein, denn wir stellen fest, dass es in diesen kinderreichen Quartieren von Anfang schwierig ist.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Wer sind „wir“?)

Wir stellen fest, dass die frühkindliche Bildung dort eben nicht bis zu fünf Jahre beträgt, dass die Kinder dann, wenn sie in die Schule kommen, auf eine Schule stoßen, die genau in diesen Grundschulen die höchste Anzahl an nicht voll ausgebildeten Lehrkräften hat

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das trifft doch nicht auf alle zu!)

und sie auch an der Stelle das Problem haben, dass dort die höchste Anzahl an fachfremd erteiltem Unterricht stattfindet; und dann wundern wir uns über Sprachauffälligkeiten in sozioökonomisch benachteiligten Quartieren! Von nichts kommt nichts, meine Damen und Herren, Sie haben nämlich die Infrastruktur nicht zur Verfügung gestellt!

Ich werbe auch noch einmal für eine Veränderung der Finanzierung von Kitaplätzen. Seit 2014 fordern wir als CDU den Umstieg von der Objektfi-

nanzierung hin zur direkten Finanzierung eines Kitagutscheinmodells, das jedes Kind quasi als Rucksack mit in die Kita bringt. Dieses sogenannte Gutscheinmodell hat in Hamburg erfolgreich dazu geführt, dass dort immer genügend Kitaplätze vorhanden waren. Besser noch: Eltern konnten problemlos während des Kitajahres in den Kitabetrieb einsteigen, sie konnten problemlos innerhalb eines Jahres ihre Zeiten verändern, entweder aufstocken oder reduzieren.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Natürlich, alles problemlos! Das stimmt alles nicht!)

Zudem ist es in Hamburg viel einfacher, innerhalb eines Jahres tatsächlich auch einen Kitaplatz zu erhalten. In Bremen muss man warten, bis eine Kita neu gebaut wird.

Im Jahr 2016 hatten wir die Grünen überzeugt. Herr Dr. Güldner forderte am 23. September 2016 in der „taz“ binnen drei Jahren die Umstellung auf ein Kitagutscheinsystem. Er scheiterte am damaligen Koalitionspartner SPD, der ja jetzt auch die ganze Zeit dazwischenruft,

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

auch wenn die Behörde selbst in einer Deputationsvorlage schrieb, das sei zu begrüßen. Man kann jetzt zu der Auffassung kommen, dass man es anders will – die Auffassung scheinen Sie ja zumindest zu haben –, aber dann wäre es doch schön, wenn wir tatsächlich einmal zu einer Finanzierungssystematik kämen.

Das Thema ist seit Jahren virulent und hat uns jetzt zu unserer aktuellen Kleinen Anfrage mit der Drucksachen-Nummer [20/986](#) S bewegt, damit wir einmal den Sachstand abfragen, weil auch hier seit Jahren die rote Linie völlig verloren ist. Zuwendungsbescheide – das kommt zu der Abrechnungsproblematik übrigens hinzu, das ist nämlich das, wo es Geld gibt – wurden in der Vergangenheit zum Teil erst Ende des Jahres erteilt. Das heißt, Sie haben einfach nur auf gut Glück und in die Hand versprochen die Kita erst einmal über das Jahr laufen lassen –

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das ist doch Quatsch!)

doch, das ist leider kein Quatsch, da können Sie sich tatsächlich einmal informieren! –, und das macht einen wirklich betroffen.

Jetzt komme ich noch einmal zu Ihnen, liebe Frau Krümpfer! Sie sprachen ja davon, dass die CDU bei zwei Interessenbekundungsverfahren mit Enthaltung gestimmt hat. Ja, das ist korrekt. Wir haben Akteneinsicht genommen, haben uns sehr umfassend mit diesem Thema auseinandergesetzt und mussten leider an zwei Standorten aufgrund der Höhe der Finanzierung, bei der exorbitant hohe Preise verlangt wurden, wie ich sie bisher – –.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Das ist Quatsch! Das ist Blödsinn! Es kommt genauso viel – –!)

Nein, liebe Frau Kollegin, das ist kein Blödsinn, und wenn Sie sich die Akte ansehen – ich habe die Unterlagen aus der Akteneinsicht dabei, ich kann Ihnen sogar die Seitenzahl sagen! –, wenn Sie sich die Seiten einmal ansehen, dann kommen Sie zu einer anderen Auffassung, das kann ich Ihnen versprechen.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Können Sie bitte zum Thema sprechen?)

Dann stellt man fest, dass hier an der Stelle eben nicht jeder Finanzierung zugestimmt werden kann.

Darüber hinaus gibt es einen Standort in der Neustadt, der auch noch aus pädagogischen Gründen umstritten ist, weil sich die dortigen Kollegen des Beirats das vor Ort angesehen haben und sagen – ich habe es mir noch nicht ansehen können, aber ich werde das noch tun –, dass der Standort ungeeignet sei, weil es gar keinen Rad- und Gehweg gebe, der breit genug sei, um die massiven Lkw-Verkehre, die es in dieser kleinen Straße gibt, die direkt in der Kita münden, dann auch vernünftig abfedern zu können; und wir wollen ja eigentlich alle, dass die Eltern ihre Kinder nicht nur mit dem SUV zum Kindergarten fahren, sondern sie ihre Kinder auch mit dem Fahrrad oder zu Fuß bringen können.

(Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Waller Heerstraße! Was meinen Sie, wie viele Kitas es an der Waller Heerstraße gibt?)

Zumindest wollen wir das als CDU-Fraktion, und deswegen muss man sich diese Bedenken, die da vor Ort geäußert werden, schon tatsächlich ansehen und auch anhören und auch ernst nehmen.

Es ist auch mitnichten so, dass Rot-Grün-Rot noch nie einen Kitaträger abgelehnt hätte. Sie lehnten

die Kita des freikirchlichen Trägers Sozialwerk Perspektive Oldenburg in Blumenthal ab, einem Standort, der ja nun wirklich nicht zu den bestsituierten Stadtteilen Bremens gehört, in dem es ein Sozialzentrum mit Kita, Kantine, Wohngruppe, Begegnungsstätte, Indoorspielplatz und psychosozialer Beratungsstelle geben sollte. Die „taz“ titelte dazu: „Lieber ohne Mission!“. Ich weiß, es war die Regierungsfraktion DIE LINKE, die das unbedingt nicht wollte und sich gegen das einstimmige Votum des Beirats und die fachliche Einschätzung der Behörde durchgesetzt hat. Das ist mir völlig klar, aber es gab da auch noch eine zweite Kita in Blumenthal, die vor Kurzem gerade abgelehnt wurde, auch vonseiten der Behörde, bei der die FDP noch einmal nachgefragt hatte. Insofern, es ist ein Vorgang, den es tatsächlich einmal geben kann.

Jetzt ein allerletzter Punkt, die Opposition hätte es besser gemacht! Frau Krümpfer, ja, ich glaube, sie hätte es besser gemacht. Wir hätten von Anfang an den Ausbau in allen Jahren massiv vorangetrieben und ihn nicht über Jahre schlafen lassen,

(Zuruf Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD])

so wie Sie

(Beifall CDU – Abgeordnete Petra Krümpfer [SPD]: Womit?)

innerhalb der Regierungskoalition von SPD und Grünen. Im Jahr 2013 wäre es überhaupt kein Problem gewesen, die Ausbildungszahlen für Erzieherinnen hochzutreiben. Stattdessen musste ich mit der jetzigen Wirtschaftssenatorin noch eine Abwehrdiskussion führen, weil Sie mit Ihrer SPD-Bildungssenatorin noch Kita-Erzieherklassen einstellen wollten. Das ist doch die Realität, meine Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Sie als SPD sollten sich hier einmal ganz ruhig verhalten! Sie waren diejenigen, die damals das Ganze verschlafen haben, und Sie haben es mit Wissen, Wollen und Vorsatz gemacht, und das ärgert mich, weil es zulasten der Kinder in dieser Stadt geht, die sich nicht wehren können. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Solveig Eschen.

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Die FDP hat die Prosa zu dieser Aktuellen Stunde eingeleitet mit den Worten „unter anderem mit Spannung erwartet und jährlich wiederkehrend“. Ich muss ganz ehrlich sagen – und ich fühle mich jetzt auch leider wieder bestätigt –, mit Spannung habe ich diese Aktuelle Stunde zu diesem jährlich wiederkehrenden Thema nicht erwartet.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Warum nicht? Es ist ja schon durchaus wichtig, dass wir darüber sprechen, aber warum habe ich sie nicht mit Spannung erwartet? Wir haben in diesem Jahr, wie auch in den vergangenen Jahren, an vielen Stellen Gelegenheit gehabt, über die sogenannten Statusberichte und auch über ihre Form zu sprechen. Wir haben es in der Bremischen Bürgerschaft besprochen, wir haben in Anträgen darüber gesprochen, in Anfragen. Wir haben auch jetzt bereits in der Deputation für Kinder und Bildung darüber gesprochen, im Unterausschuss für frühkindliche Bildung und im Jugendhilfeausschuss. All dies tun wir jährlich wiederkehrend, das kann ich auf jeden Fall bestätigen.

Dabei möchte ich Ihnen durchaus zugutehalten, dass die sogenannten Statusberichte in der aktuellen Form ja auch aus Sicht der Koalition nicht optimal sind, aber es wurde ja auch bereits in verschiedenen Sitzungen sowohl von der Senatorin als auch von dem zuständigen Abteilungsleiter angemerkt, dass dies bereits angegangen wird. Ja, die Statusberichte sind überarbeitungsbedürftig, und sie werden daher auch überarbeitet. Das wurde bereits zugesichert, und ich muss ganz ehrlich sagen, eine Aktuelle Stunde, um das festzustellen, brauchen wir nicht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Was gibt es also aber dennoch zu dieser Aktuellen Stunde überhaupt noch zu sagen? Es bleibt zu sagen, was ich bereits an vielen anderen Stellen schon gesagt habe und was ich auch nicht müde werde zu wiederholen: Unser klares Ziel ist ein Kitaplatz für jedes Kind, das einen Kitaplatz benötigt.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Entschuldigen Sie bitte, liebe Abgeordnete der FDP – Frau Bergmann, Sie haben es in Ihrer Eingangsrede erwähnt –: Selbstverständlich ist unser

Ziel, dabei den individuellen Bedarfen der Kinder hinsichtlich Kindertagesbetreuung gerecht zu werden, das lassen wir uns nicht in Abrede stellen. Dafür treiben wir ja auch den Ausbau voran, dafür treiben wir voran, Fachkräfte zu gewinnen und auch Fachkräfte zu halten, und ich kann Ihnen sagen, damit hören wir nicht auf, bis wir eine auskömmliche Versorgung erreicht haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Eben wurde von Frau Krümpfer ein Zitat von mir aus der Deputation für Kinder und Bildung erwähnt. Danach wurde mir eben aus den Reihen der CDU zugerufen, Sie als CDU glauben, Sie würden es besser machen im Aufbau der Kinderbetreuung. Dazu kann ich nur sagen, ich bin gespannt auf Ihre Vorschläge. Diese habe ich bereits in der Deputation für Kinder und Bildung angefragt und darum gebeten, diese Vorschläge mit uns zu teilen. Eine Antwort habe ich bisher nicht erhalten. Auch heute habe ich wieder keine Antwort erhalten, und das ist schade.

(Zuruf CDU)

Sie haben auch eben noch einmal in der Debatte gesagt, Frau Ahrens, Sie hätten es besser geschafft, Sie haben das noch einmal betont. Dazu möchte ich einmal sagen: Wenn es Ihnen als CDU und FDP wirklich um das Wohl der Kinder in unserer Stadt geht, und wenn Sie wirklich die guten Ideen dafür haben, wie wir zu einer auskömmlichen Versorgung an Kitaplätzen kommen können, Sie diese Ideen aber nicht präsent machen, wenn Sie diese Ideen nicht mit uns teilen, was ist das denn dann? Das ist dann aus meiner Sicht unverantwortlich den Kindern gegenüber.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Zum Glück muss ich aber sagen, ich glaube, Sie haben diese Ideen einfach nicht, daher muss ich Ihnen das auch nicht vorwerfen. – Danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Dr. Claudia Bogedan.

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ehrlich gesagt weiß ich gar nicht, wie ich an-

fangen soll! Die Debatte lässt mich ganz extrem ratlos zurück. Wir haben ein buntes Potpourri von Einwüfen, von Fehlbehauptungen gehört, die man eigentlich hier gar nicht alle ausräumen kann.

Der eigentliche Anlass, den die FDP-Fraktion hier genommen hat, um die Aktuelle Stunde zu beantragen, ist der in der Tat jährliche Bericht zur Planung des Kindergartenjahres, in diesem Fall des Kindergartenjahres 2021/2022 – Auswertung der Statusberichte, ein wiederkehrendes Ereignis, und es kommt eben jedes Jahr. Den Statusbericht II haben wir jetzt am 30. Juni vorgelegt, in der Deputation auch sehr ausführlich diskutiert, und wir haben aus unserer Sicht auch sehr intensiv, transparent und sachlich fundiert alle Fragen beantwortet. Es ist daher auch etwas befremdlich, wenn hier nach wie vor behauptet wird, wir seien dabei intransparent und würden Dinge verschleiern, denn tatsächlich ist das wirklich alles andere als wahr.

Wenn ich dann auch noch sehe, dass Anlass offenbar auch ein Zeitungsartikel war, in dem tatsächlich nichts anderes als Fake News verbreitet worden sind, in dem die Zahlen völlig falsch dargestellt worden sind, sich überhaupt nicht auf die Vorlage bezogen worden ist, dann macht mich das wirklich sehr betroffen, um Frau Ahrens zu zitieren.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Es macht mich auch deshalb so betroffen, weil mir die Abgeordnete Frau Ahrens 2015, kurz nach meinem Amtsantritt, am Beispiel des Stadtteils Obervieland erklärt hat – und ich haben die Mappe noch –, was ihrer Meinung nach an den damaligen Ausbaubeschlüssen alles falsch war, weil es die realen Bedarfe unterschätzen würde, und wir haben es eben von Ihnen ja noch einmal vorgetragen bekommen. Ich habe mir die Unterlagen mehrfach zur Hand genommen, weil ich das sehr ernst nehme, was vorgetragen wird, und mir das tatsächlich zu eigen mache und schaue, ob wir wirklich etwas an unseren Verfahren überprüfen müssen.

Schon damals gingen die Fragen zwischen den politischen Planungsgrundlagen, also den langfristigen Vorhaben, die wir haben, und der kurzfristigen sozialräumlichen Planung kräftig durcheinander. Trotzdem haben wir die damaligen Einlassungen der Abgeordneten Frau Ahrens zum Anlass genommen, auch die planerischen Grundlagen tatsächlich noch einmal einer kritischen Revision zu unterziehen.

2016 habe ich mich dann im sprichwörtlichen Sinne nackt gemacht, und wir haben erstmals Zahlen von unversorgten Kindern zentral ermittelt und auch veröffentlicht. Das Ergebnis damals war ernüchternd, das haben Sie eben dankenswerterweise noch einmal alles schön rekonstruiert, aber anders, als Sie es gerade behauptet hatten, folgte die Handlung auf dem Fuß: Im Jahr 2017 haben wir an 27 Standorten in dieser Stadt – und wir reden nicht von Länderquoten, liebe Frau Ahrens, sondern wir sind hier in der Stadtbürgerschaft und reden darüber, was wir hier in der Stadt Bremen gemacht haben! – Mobilbauten aufgestellt, liebevoll SoProMobs genannt.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Das war ein logistisches Großprojekt, das uns gelungen ist, weil wir es mit der städtischen Immobiliengesellschaft Immobilien Bremen vorbildlich gemeistert haben. Seit 2015 sind 40 neue Gebäude, Kitas in dieser Stadt entstanden, es hat 80 Um- und Ausbauten gegeben, und das ist nicht Nichtstun.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Seit 2016 erfassen wir aber nicht nur die Bedarfe zentral, wir vermitteln die Kinder. Es ist also eine komplette Lüge, zu behaupten, dass wir nichts tun!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

In den vergangenen Jahren ist es immer gelungen, zwischen 600 und 1 000 Kinder unterjährig zu vermitteln. Darin ist Dynamik, wir bauen aus, und die Kinder bleiben nicht jahrelang auf irgendeiner Warteliste, sondern sie haben ihren Anspruch, und wir vermitteln sie zentral.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Nun haben wir in diesem Jahr auf eine neue Software für Kitas umgestellt, das ist offensichtlich ein Ärgernis, das die FDP sowieso irgendwie sehr ärgert, aus welchen Gründen auch immer, aber jetzt haben wir das gemacht, liebe Frau Ahrens, was Sie 2015 in dieser wunderschönen Mappe – ich gebe sie Ihnen gleich zurück, dann können Sie es noch einmal nachlesen! – von mir gefordert haben, nämlich die Kinder auf der Warteliste zu berücksichtigen. Nun haben wir es vorgelegt, erstmalig, und die Antwort ist: fehlende Transparenz. Das kann doch nicht wahr sein!

(Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Das kann doch nicht wahr sein! Wir haben gelernt, legen etwas Neues vor, und das Lied ist das gleiche wie 2015! Wo haben Sie dazugelernt?

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Also, ich mache es einmal ganz einfach, das ist auch wirklich sehr einfach, es ist einfache Mathematik, Grundschule, dritte Klasse, Rechnen im Zahlenraum bis 1 000!

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Jetzt bin ich gespannt!)

Beispiel Horn-Lehe: 472 Plätze werden im U3-Bereich angeboten, das kann man im Bericht nachlesen. Bei 396 davon haben Eltern gesagt, den Platz hätten wir gern, 17, so steht es in der Vorlage, stehen noch auf der Warteliste, neun sind bei uns in zentraler Vermittlung. Wenn ich jetzt von den 472 die 396 Elternzusagen abziehe, bleibt sozusagen das übrig, was ich noch an offenen Plätzen habe. Dazu nehme ich jetzt aber die 17 und die neun, denn sie wollen da ja auch einen Platz bekommen, sie haben ja diesen Anspruch angemeldet. Es bleiben aber trotzdem immer noch 50 freie Plätze in Horn-Lehe zum Beginn des Kindergartenjahres.

Obervieland – das war damals Ihr Beispiel – auch noch einmal: 376 Plätze im U3-Bereich, 324 Zusagen von Eltern, 16 auf der Warteliste, 19, dann bleiben selbst in Obervieland 17 freie Plätze zum August, wenn jetzt kein Kind mehr dazukommt; aber ich habe ja eben erzählt, wir sind ja dynamisch, wir gehen gar nicht so statisch daran, wir glauben ja, dass möglicherweise noch 17 Kinder kommen. Das ist die planerische langfristige Grundlage, die wir an den Tag legen, wo Sie das immer verwechseln mit den 77 in Vegesack und so etwas, denn das sind ja Prozente und nicht irgendwie Kinder, die wirklich einen Bedarf haben, sondern wir reden von Kindern, die einen Bedarf angemeldet haben. Dann habe ich also noch 17 freie Plätze in Obervieland zum 1. August, wenn ich diese nehme, die heute ihren Bedarf angemeldet haben.

Weil wir aber wollen, dass mehr Eltern kommen und ihren Bedarf anmelden, haben wir jetzt schon geplant, dass wir im Kindergartenjahr 2021/2022 auch in Obervieland, obwohl wir da jetzt rechnerisch 17 freie Plätze zum August hätten, noch weitere 35 Plätze haben, also weiter ausbauen. Wir wollen, dass jedes Kind einen Platz bekommt, und ja, es ist traurig, wir haben das Ziel noch nicht erreicht.

(Beifall SPD)

Uns aber vorzuwerfen, dass die Zahlen nicht transparent sind, das geht wirklich am eigentlichen Punkt vorbei, und das macht mich betroffen.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Legen Sie doch einmal die Zahlen zu Vegesack vor!)

Die habe ich jetzt nicht in der Rede, die könnte ich aber auch vorlesen. Die können Sie aber auch selbst nachrechnen – ich habe das ja jetzt im Modell vorgemacht –, das geht ja ganz einfach.

(Heiterkeit – Beifall SPD – Zurufe Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Ja! Vegesack gehört nicht zu den Stadtteilen, in denen wir eine Unterversorgung haben.

(Zuruf – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Nein!)

Die gleichen Punkte, die wir hier vor fünf Jahren diskutiert haben, das muss man einfach zur Kenntnis nehmen, können uns hier heute in dieser Form nicht mehr als Vorwurf vorgetragen werden. Es macht mich wirklich betroffen, dass es nicht gelungen ist, unser selbst gestecktes Ziel einer Vollversorgung zu diesem Sommer zu erreichen, aber es macht mich genauso betroffen, wenn das große Engagement, das die Kolleginnen und Kollegen bei mir in der Behörde an den Tag gelegt haben, auch nicht ausreichend gewürdigt wird.

(Beifall SPD)

Es ist ein absolut dreister Akt, wenn in der gleichen Sitzung, in der diese Zahlen massiv kritisiert werden, von der Opposition gleichzeitig andere Standorte als nicht geeignet diskreditiert werden, obwohl man nicht einmal selbst vor Ort war und sich ein eigenes Bild davon gemacht hat. Das finde ich bedauerlich.

(Beifall SPD – Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Frau Dr. Bogedan, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Ja, das erlaube ich gern!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bitte, Frau Abgeordnete!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Ich frage noch einmal explizit: Ist es angekommen, dass wir die Leistung, die erbracht worden ist, anerkannt haben, obwohl wir selbstverständlich oppositionelle Kritik äußern?

Senatorin Dr. Claudia Bogedan: Frau Bergmann, falls Sie es gemerkt haben, hatte ich mich jetzt gar nicht so auf Ihre Rede bezogen, sondern mich im Moment sehr stark an der Rede von Frau Ahrens abgearbeitet. Ich bitte um Nachsicht, denn in der Tat, Sie hatten die Aktuelle Stunde beantragt, aber auch für Sie vielleicht noch einmal das Angebot: Wenn es für Sie tatsächlich angesichts dieser Transparenz, die wir nun seit Jahr und Tag an den Tag legen, und der transparenten Zahlen immer noch nicht möglich ist, diese zu lesen, das Angebot steht, ich bin mir sicher, die Kolleginnen und Kollegen in der Behörde sind gern bereit, das auch noch einmal sachlich im Einzelnen zu erläutern, so, wie sie es in der Deputationssitzung auch gemacht haben.

Ich möchte mich jedenfalls bei meinen Kolleginnen und Kollegen in der Behörde hier und heute sehr herzlich bedanken. Unser Ausbauteam hat in den letzten Jahren Großartiges geleistet, und das wahrlich nicht immer unter einfachen Umständen. Es ist auch nicht wahr, dass die freien Träger uns hier überhaupt nicht unterstützt haben, sondern im Gegenteil: Der Ausbau wäre ohne die Unterstützung der freien Träger nicht möglich gewesen. 5 000 Plätze sind entstanden, und das nicht, weil wir irgendwie gezögert haben, mit den Trägern zusammenzuarbeiten. Allein die AWO hat 20 Prozent des Ausbaus bewältigt. Auch dafür bin ich der AWO und allen anderen Trägern extrem dankbar, und das möchte ich auch hier an dieser Stelle noch einmal ganz besonders zum Ausdruck bringen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Transparenz ist für mich eben nicht nur, Behauptungen in den Raum zu stellen, sondern eben auch, Belege zu liefern. Ich hoffe, ich konnte mit meiner Rede heute zeigen, dass Ihre Zahlen die falschen sind, und wir können uns gern weiter darüber austauschen, was das richtige Ziel ist. Ich glaube, jedes Kind muss einen Platz bekommen. Im kommenden Kindergartenjahr werden hier 1 500 zusätzliche Plätze entstehen, und ich hoffe sehr, dass wir dieses Schauspiel hier im nächsten Jahr nicht wieder aufführen müssen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist damit geschlossen.

**Mehr „Essbare Stadt“-Projekte für Bremen
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und der SPD
vom 4. Mai 2021
(Drucksache [20/448 S](#))**

Dazu

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
vom 22. Juni 2021
(Drucksache [20/470 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Ronny Meyer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jan Saffe.

Abgeordneter Jan Saffe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst einmal zum Ursprung der Idee „Essbare Stadt“ hinsehen, wo alles begann! In der Kleinstadt Todmorden im Norden Englands haben 2007/2008 zwei ältere Ladies über 60 – Mary und Pam hießen sie – gedacht, diese triste graue Stadt machen wir einmal bunt, hier machen wir etwas. Sie kamen dann auf die Idee mit Gemüse und Obst, wir machen die Stadt so ein Stück zu einem Gemüsegarten. Dann haben sie geschaut, wo ist Fläche, wo sind Brachflächen, sie haben ausgesät und gepflanzt. Überall kamen dann Gemüse und Obst: vor der Polizeistation, vor dem Bahnhof, das war nicht erlaubt. Sie haben einfach angefangen, und es entstand eine richtige Bewegung. Es war eher so eine Art Guerilla Gardening mit anarchistischem Anstrich. Dann folgte Groningen, das war schon geordneter, sortierter. Da konnten Bürgerinnen und Bürger in abgezäunten Parzellen Gelegenheit haben, zu ackern, zu gärtnern und zu ernten.

In Deutschland ist sozusagen die Mutter aller „Essbaren Städte“ Andernach südlich von Köln am Rhein. Das müssen Sie sich so vorstellen, übertragen auf Bremen: Sie gehen hier durch die Wallanlagen, und plötzlich kommt da eine Fläche von 60 Quadratmetern Gemüseanbau mit Möhren, Kohlrabi, Rotkohl und Salatköpfen, und alle dürfen sich etwas nehmen. Ich habe es gesehen – da kam einer mit seinem Schweizer Messer und hat sich einen

Salatkopf abgeschnitten –, wie die Parole lautet: pflücken und naschen erwünscht. Wenn man dort herumläuft, dann kommt in der ganzen Stadt immer wieder einmal irgendetwas: eine Streuobstwiese, 50 Apfelbäume, die machen das mit einer Schulklasse zusammen.

Das war jetzt so der Blick in das Überregionale, aber wir haben auch in Bremen in den letzten Jahren einen wunderbaren erfreulichen Zuwachs an schönen Projekten der „Essbaren Stadt“ zu verzeichnen. Ich will einmal ein paar Beispiele hervorheben: In der Neuwieder Straße in Tenever ist auf einer Fläche von 8 500 Quadratmetern, wo vor 16, 17 Jahren noch Hochhäuser standen, ein wunderbares Urban-Farming-, Urban-Gardening-, „Essbare-Stadt“-Projekt entstanden: richtig viel Gemüse, Hochbeete, aber direkt auch im Boden ein Lehmofen zum Pizzabacken für die Kinder aus der Gegend. Da sind ja 100 verschiedene Nationalitäten, die da zusammenkommen und feiern, ganz bunte Menschen, so bunt, wie die verschiedenen Gemüsesorten. Das ist richtig toll und hat nicht nur einen ökologischen, sondern auch ganz klar einen sozialen Aspekt.

Dann kam im letzten Jahr der Gemeinschaftsgarten „Elli“ in Huchting hinzu. Zwischen dem Hallenbad und dem Sodenmattsee ist eine große Wiese, da stehen jetzt 1 600 Quadratmeter für Interessierte zur Verfügung, sie können sich zehn, 20 Quadratmeter Acker reservieren und auch dort ackern und gärtnern. Bekannt ist auch „Ab geht die Lucie!“ in der Westerstraße, das ist das älteste und bekannteste Projekt. Sie haben dort aber nicht einfach nur so etwas in den Boden gepflanzt, sie haben dort eine Fläche von 2 000 Quadratmetern entsiegelt, die zehn, 20 Jahre zubetoniert war. Es kam Erde hinein, und auch dort ist ein wunderbares Projekt, wo auch die Menschen zusammenkommen; also nicht nur Biodiversität, nur buntes Gemüse, sondern überall kommen auch Menschen zusammen, ernten und essen gemeinsam. Das ist richtig toll.

Auch in unseren altherwürdigen Wallanlagen, denkmalgeschützt, hat sich 2018 unterhalb der Wallmühle ein kleines Wunder zugetragen: Dort, wo immer 25 000 Stiefmütterchen oder 25 000 Begonien angepflanzt wurden, gab es plötzlich Tagetes, Ringelblumen, Mangold und gelbe Zucchini. Das sah richtig toll aus. Ich war fast jeden Tag da, und das wurde von den Insekten richtig gut angefliegen. Im September 2018 war Erntetag unterhalb der Wallmühle. Die Suppenengel waren da mit einem Lastenfahrrad und einem kleinen Liefertransporter. Es wurden 15, 16 große Gemüseboxen voll

mit Mangold und mit Zucchini geerntet. Der Koch von den Suppenengeln sagte: Das ist eine ganz tolle Ware, davon mache ich meinen Leuten eine richtig gute Suppe. Ich stand da und war so beglückt, dass es noch so eine tolle soziale Abrundung erfuhr.

Das aktuellste Beispiel, auch mitten in der Stadt, ist da, wo das Restaurant „Rotkäppchen“ war, Humboldtstraße/Ecke Am Dobben. Ganz viele Menschen, Jung und Alt, haben da dieses neue Projekt auch initiiert, darüber wurde ja genügend berichtet.

Diese Vielfalt zeigt an verschiedenen „Essbare-Stadt“-Projekten, wie bunt, wie vielfältig das ist. Da ist zwar schon viel in Bremen, aber da geht noch mehr. Man sieht, wie der öffentliche Raum deutlich aufgewertet wird, bunter, vitaler, lebendiger wird, wenn man selbst sein Essen erzeugt hat, vom Saatkorn über das Ackern, Gärtnern, Ernten, bis zum Keller hat man eine ganz andere Idee vom Essen. Das ist ein Stück Selbstermächtigung, Ernährungssouveränität, und man lernt auch, welche Gemüse- und Obstsorten hier eigentlich wann ihre Zeit haben, und man findet es komisch, wenn es hier im Dezember Erdbeeren gibt. Wenn man das selbst auch gemacht hat, am besten von Klein auf, dann schätzt man Essen auch mehr wert und wirft es nicht so schnell weg.

Wir wollen jetzt mit unserem Antrag auch, dass der Senat einmal schaut, was in ganz Bremen noch so geht. Deshalb haben wir eine ganze Reihe von Stadt- und Ortsteilen aufgelistet, von Blumenthal, Lüssum, Grohn, über Gröpelingen bis hin zu Huckelriede, der Neuen Vahr, Tenever und Huchting. Da geht vielleicht nicht alles, aber einiges geht. Ich habe schon einmal geschaut, wo etwas gehen könnte. Auf der Galopprennbahn – 35 Hektar! – ist so viel Fläche, da kann man auch ohne Konkurrenz zu einer anderen Nutzung gut etwas hinbekommen, und da könnten ein, zwei Hektar für die „Essbare Stadt“ abgetreten werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Da, das möchte ich eben anfügen, macht die Oberschule Sebaldsbrück – die Bildungssenatorin ist ja noch da! – ein tolles Projekt, vielleicht hat das jemand bei „buten un binnen“ gesehen. Der Kollege Hupe und ich waren dort und haben uns das angesehen. Da gibt es nicht nur eine andere Idee von Schule, das ist jetzt nicht so mein Thema, aber sie bauen da auch Möhren und Kohlrabi an, sie haben einen Kartoffelacker, und sie sind gerade dabei,

selbst aus Holz eine Outdoorküche zu zimmern, und sie wollen dort nicht nur in der Schule essen und kochen, sondern sie machen das Essen draußen auf der Galopprennbahn. Für mich wäre das eine der besten Nutzungen für die Galopprennbahn.

Auch der Tamra-Hemelingen-Park in Hemelingen, die Neustadtwallanlagen, der Stadtgarten in Vegesack, der Grünzug West, das sind alles Gebiete, in denen man einmal schauen kann, ob etwas geht. Natürlich ist es uns ein Herzensanliegen, auch bei den Schulhöfen und Außenanlagen von Kitas zu schauen. Es ist doch toll, wie beim Beispiel Galopprennbahn die Oberschule Sebaldsbrück den Kindern zeigt, von Anfang an ihr Essen selbst zu erzeugen und eine Idee zu bekommen, wie das gemacht wird, und dann in ihrer Mensa das in ihrer Küche selbst erzeugte Essen zu essen.

Ein Koch, der so etwas macht, hat mir gesagt, ein Teil der Schüler seiner Schule geht hinüber – das ist in der Neuwieder Straße dieses Projekt „Quer-Beet“, das ich schon benannt hatte –, und sie bauen baut auch dort Kräuter und Weiteres an, und sie essen das in ihrer Schule. Der Koch sagt, das ist etwas ganz anderes, wenn die Kinder wenigstens einen Teil ihres Essens selbst gemacht haben, als wenn sie nur das essen, was ich ihnen serviert habe. Da werden von früh an die Weichen richtig gestellt.

(Glocke)

Ein Satz noch: Vor dem Hintergrund der Pandemie kann man sehen, wie sehr die Menschen das Grün brauchen, das Gärtnern tut ihnen richtig gut. Der Kleingartenverband in Bremen hat gesagt, dass es fast keine Parzelle mehr in Bremen gibt. Die Leute haben Sehnsucht nach Gärtnern, sie brauchen es, es tut ihrer Seele gut, zu gärtnern und selbst etwas zu machen. Dem müssen wir wirklich nachkommen, und ich bitte den Senat, hier entsprechend zu handeln.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ingo Tebje.

Abgeordneter Ingo Tebje (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Begriff „Essbare Stadt“ mussten hier einige bei uns in der Fraktion schon ein bisschen schmunzeln, und sicher auch einige der anderen Anwesenden. Wie, Bremen soll essbar werden?

Was soll denn das sein, eine essbare Stadt? Lebkuchenhäuschen? Nein, es geht nicht um eine Zuckerbäckerstadt. Es geht um den Anbau von gesundem Obst und Gemüse, es geht um Nussbäume, Brombeerhecken, um Kartoffeln und Pfefferminze, und zwar umsonst und draußen und für alle.

Wikipedia definiert „Essbare Stadt“ als Nutzung urbanen Raums zum Anbau von Lebensmitteln. So kurz, so knapp, aber natürlich steckt da viel mehr dahinter, nämlich eine gesellschaftliche Idee, den städtischen Raum sowohl ökologisch aufzuwerten als auch sozial für alle nutzbar zu machen.

In der Sache geht es darum, Obst und Gemüse auf öffentlichen und offen zugänglichen Flächen anzubauen, am besten mit Beteiligung aller Stadtbewohnerinnen und -bewohner, und die Ernte dann allen Menschen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Werden noch einheimisches und ökologisches Saatgut verwendet und einheimische Pflanzen gepflanzt, wirkt sich eine „Essbare Stadt“ auch positiv auf Biodiversität und das Stadtklima aus, insbesondere dann, wenn auch vertikale Flächen miteinbezogen werden, wenn zum Beispiel Wein am Rathaus wächst, sich Tomaten, Erbsen und Bohnen an BSAG-Haltestellen hochranken und Spalierobst an der Schlachte gepflückt werden kann.

Die öffentliche Zugänglichkeit und das kostenlose Ernten unterscheidet die „Essbare Stadt“ von anderen Urban-Gardening-Projekten, obwohl es hier natürlich auch Überschneidungen gibt. Viele Urban-Gardening-Projekte sind auch jetzt schon offen, und bei den meisten ist Mundraub erwünscht und gewollt. So gesehen gibt es, auch ohne unseren Antrag, schon unzählige „Essbare Stadt“-Projekte in Bremen, und unglaublich viele Vereine, Organisationen und Initiativen in Bremen beteiligen sich bereits an der Utopie einer „Essbaren Stadt“, größtenteils durch ehrenamtliches Engagement. Auch der Umweltbetrieb Bremen pflanzt und sät, wo es möglich ist, Obstbäume, Sträucher, Gemüse und Kräuter. Schaut man auf die Internetseite Mundraub.org, dann findet man tatsächlich eine beachtliche Anzahl von Orten, an denen es möglich ist, umsonst zu ernten: Walnüsse auf der Werderseeinsel, Apfelbäume an der Osterstraße, Haselnüsse und Holunder über das ganze Stadtgebiet.

Was wollen wir also mit diesem Antrag, wo doch alles schon so gut läuft? Wir wollen ein Gesamtkonzept „Essbare Stadt“, und in diesem Gesamtkonzept müssen ganz viele unterschiedliche Punkte, die jetzt noch offen sind, transparent geklärt werden. Es muss zum Beispiel geklärt werden, welche

neuen Flächen sich für einen weiteren Anbau eignen, in welchen Stadt- und Ortsteilen wir bevorzugt neue Flächen ausweisen wollen.

Hier muss auch geschaut werden, ob sich Teile von Grünanlagen von städtischen Wohnungsbaugesellschaften und öffentlichen Betrieben zum Anbau eignen, welche Obstbäume dort wachsen könnten, ob Hecken aus Beerensträuchern angelegt werden könnten. Auch Schulhöfe und Kitas sollen einbezogen werden. Hier braucht es aber Konzepte, wer sich während der Ferienzeit um die Anlagen kümmert.

Apropos kümmern: Insgesamt muss geschaut werden, wie sich wer bei der „Essbaren Stadt“ einbringen kann. Wer hat die Verantwortung für die Flächen? Was passiert mit der übrigen Ernte? Wer gießt? Wer sammelt die Schnecken ab, und was passiert mit denen? Machen einfach alle mit, oder gibt es Hauptverantwortliche, die schauen, dass es auch funktioniert?

Zudem muss geklärt werden, welche Art und welche Qualität von Pflanzen und Saatgut überhaupt verwendet werden soll. Heimische Sträucher und Saatgut, alte Sorten, mehrjährige Stauden sorgen dafür, dass die Stadt artenreicher wird. Es sollte also auf Agrodiversität geachtet werden, also die Vielfalt der Pflanzen, die genutzt werden kann.

Zum Glück muss ja nicht bei null angefangen werden. Wie vorhin schon angemerkt, gibt es bereits eine Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren, die aktiv die Stadt „essbar“ machen, es gibt also ganz viel Know-how, das abgeschöpft und genutzt werden kann. Es ist also unglaublich wichtig, auf diese Akteurinnen und Akteure zu hören und sie bei der Erstellung des Konzepts miteinzubeziehen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es sind ja schöne Bilder, die Sie mit den Reden hier hervorrufen, und wir freuen uns, wenn diese Stadt so lebendiger und vielfältiger wird, und wir unterstützen es auch, dass hier in die Prüfung gegangen wird, zugleich müssen wir die Erwartungen an der einen oder anderen Stelle doch ein bisschen dämpfen. Ich glaube, Wein am Rathaus, das wird der

Denkmalpfleger nicht mitmachen, und ich glaube auch nicht, dass wir die Wallanlagen abholzen werden, um viel Ackerfläche zu gewinnen,

(Zuruf Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD])

sondern es wird so sein, dass wir schauen müssen, was denn am Ende geht, was möglich ist und was auch finanzierbar ist.

Ich glaube nicht, dass wir die Möglichkeit haben, über den Umweltbetrieb Bremen mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, intensiver zu pflegen und dann mehr Flächen auch in die Bewirtschaftung des UBB zu nehmen, sondern wir müssen intelligent schauen, wie das Ganze passieren kann; intelligent schauen in dem Sinne, wie wir bürgerschaftliches Engagement dazu bekommen, wie wir es aber auch schaffen, dass die länger wachsenden Pflanzen – Obstbäume sind genannt worden – auch erhalten bleiben, dass sie auch gepflegt und beschnitten werden, denn Gärtnern ist nicht eine Sache, die man einmal eben so nebenbei macht, sondern, Herr Saffe, Sie haben ja zu Recht darauf hingewiesen, dass dafür Erfahrung und Weitergabe von Wissen notwendig ist. Insofern ist es hier erforderlich, dass auch gelernt wird und auch das Pädagogische miteinbezogen wird.

All das ist ja richtig an der Stelle, aber auch eines muss am Ende klar sein: Der Staat wird nicht garantieren können, welche Qualität die Früchte haben, ob da Schnecken waren oder nicht, die ja eben ein Thema waren. Alle diese Themen werden auch die Bürger in die Hand nehmen müssen. Wir werden das als Stadt nicht leisten können, und die andere Sache ist, wir werden auch nicht die Qualitätssicherung übernehmen können. Diese Risiken bleiben am Ende. Wir können nicht die Funktion des Kaufmanns oder der Kauffrau übernehmen, die in ihrem Laden Produkthaftung übernehmen. All diese Sachen müssen in dieser Konzeption mit geklärt werden. Insofern ist das ein schönes Bild, das hier erzeugt worden ist.

Ich habe die Wallanlagen auch gesehen und mich daran erfreut. Wenn dann auch noch solche sinnvollen Verwendungen danach folgen wie bei den Suppenengeln, umso besser, aber machen wir uns nichts vor: Es ist ein schönes Bild, ein schönes Ziel, gerade für die Menschen, die keinen Kleingarten haben, die kein Grundstück haben, die nicht diese Erfahrung machen können, dass sie selbst das essen, was sie angebaut haben, aber es wird nur ein Aspekt bleiben, wie wir unsere Stadtumwelt ge-

stalten. Wir müssen noch vieles anders in der Stad-
tumwelt gestalten, über Straßenbäume reden wir in
fast jeder Sitzung der Deputation für Klima, Um-
welt, Tierwohl und – –.

(Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grü-
nen]: Landwirtschaft!)

Landwirtschaft, genau! Danke, Herr Fecker! Ich
stand gerade auf dem Schlauch zur Bewässerung
dieses Gedankens!

Insofern, meine Damen und Herren, sind wir Freien
Demokraten gern dabei, weil es eben dazu dient,
hier die Stadt nutzbarer zu machen, erlebbarer zu
machen und auch den Stadtraum durch die Bürge-
rinnen und Bürger mehr wertzuschätzen, aber wir
sind und bleiben dabei: Es gibt viele Dinge, die
auch noch zu prüfen sind, und deswegen bin ich
auch der Meinung, wir müssen da vorsichtig und
langsam herangehen, damit wir hier zu einer ver-
nünftigen Lösung kommen.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den
Vorsitz.)

Ich bin gespannt, was der Senat uns dazu vorschla-
gen wird, welche Mittel die Koalition dafür. Bereit-
stellen wird und wie das bürgerschaftliche Engage-
ment dazu aussieht, damit es gelingt, diese Vision
ein wenig lebendiger und ein wenig realer zu ma-
chen. –Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat
das Wort der Abgeordnete Martin Michalik.

Abgeordneter Martin Michalik (CDU): Sehr ge-
ehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und
Herren, liebe Gäste! Der Titel des Antrags „Mehr
„Essbare Stadt““ ist ein sehr verspielter Begriff, der
aber eine Menge nachhaltiger Ziele verfolgt. Es ist
auch so zu sehen, dass es sehr ernste Ziele sind, die
wir damit verfolgen. Darin verbergen sich viele päd-
agogische Ansätze, Ansätze, die Umwelt anders
wahrzunehmen, den Wert von Lebensmitteln zu
vermitteln und vieles mehr. Dieses Thema steht üb-
rigens auch schon im Zwischenbericht der En-
quetekommission und ist dort verankert und eines
der wenigen unstrittigen Themen. Es ist richtig,
unseren Kindern und Mitmenschen dies zu vermit-
teln, ebenso die Herkunft und Entstehung von Le-
bensmitteln nahezubringen und auch das Know-
how zu vermitteln. All das sind gute Ansätze.

Es ist auch eine schöne Vorstellung, gerade im ur-
banen Raum, in dem es wenig bis keine Gärten
gibt, allen etwas zu ermöglichen, zum Beispiel,
Obst, Gemüse oder Kräuter anzubauen. Den Wert
von Lebensmitteln weiß man meistens erst dann zu
schätzen, wenn man diese selbst aufbaut und
pflegt, und ich spreche da aus eigener Erfahrung.
Die Idee ist allerdings nicht ganz neu. In der Ver-
gangenheit gab es auch schon viele Projekte, die
erwähnt wurden, hier auch zurückzuführen auf
den Verein ÖkoStadt Bremen, und sie wurden be-
reits auch umgesetzt. Die Idee aber aufzugreifen
und weiter in die Stadtteile zu führen, halten wir
für einen guten Ansatz.

(Beifall CDU)

Wenn ich mir aber den Antrag ansehe, bleiben
doch einige Fragen offen. Viele hat auch mein Kol-
lege Herr Dr. Buhlert schon angesprochen, aber ich
nenne auch noch ein paar andere: Es ist leider nicht
ganz klar, nach welchen Kriterien die Ortsteile aus-
gewählt wurden. Das steht leider nicht im Antrag,
und ein Punkt fehlt ganz. Das führt jetzt nicht zur
Ablehnung des Antrags, sollte aber auch erwähnt
werden, und das ist das, was Herr Dr. Buhlert sagte:
Wie sieht es mit der Pflege und Erhaltung aus, da-
mit solche Projekte nicht nach einer Saison verpuf-
fen? Vor allem sollte man auch über die Sauberkeit
der Standorte sprechen. Es macht keinen Sinn,
Standorte zu blockieren, später verpuffen die Pro-
gramme, und dann ist die Fläche für lange Zeit
nicht nutzbar, weil sich irgendwie keiner mehr ver-
antwortlich fühlt.

Die Kritik ist auch deshalb berechtigt, weil ich an
keiner Stelle erkennen kann, in welcher Form die
Beiräte zur Identifikation der Flächen, die dort auf-
gezählt wurden, einbezogen wurden, aber ich
denke, das können Sie auch im Nachgang noch
auflösen. Die Grundrichtung in diesem Antrag
stimmt, und die Intention ist auch für uns als CDU-
Fraktion als positiv zu bewerten.

Allerdings gibt es einen Punkt – und da mangelt es
leider am handwerklichen Geschick, und leider hat
sich noch keiner der Redner dazu geäußert –, das
ist nämlich der Ergänzungsantrag der CDU. Dazu
möchte ich noch ein paar Punkte sagen.

Wir haben mit unserem Ergänzungsantrag noch
einmal nachgeholfen, um eine Differenzierung her-
zustellen, denn nur mit dieser Differenzierung kön-
nen wir Ihren Antrag auch wirklich mittragen. Das
hat folgenden Grund: Unser Ergänzungsantrag soll
Punkt 1 a aus der Beschlussfassung ergänzen. In

Ihrem Antrag beschränken Sie sich nämlich bereits auf Akteure, die erfolgreiche Projekte mit ins Leben gerufen haben, aber anhand welcher Kriterien das erfolgt, steht da nicht, und wir würden auch gern Leute dabei haben, die vielleicht noch kein Projekt umgesetzt haben.

Uns als CDU-Fraktion ist es wichtig, dass auch andere Akteure bei der Erstellung der Gesamtkonzepte und auch danach eingebunden werden. Das ließe sich zum Beispiel auch mit Kriterienkatalogen ermöglichen, nach denen sie sich auch bewerben könnten. Dies fördert die Transparenz sowie eine Teilhabemöglichkeit, diesen Prozess mitzugestalten sowie auch neue Ideen zuzulassen. Wir können Ihren Antrag daher nur mittragen, wenn Sie unserem Ergänzungsantrag zustimmen, da sonst aus Sicht der CDU-Fraktion ein Riegel vorgeschoben wird und eben diese Vielfalt nicht entstehen kann. Sollten Sie unseren Ergänzungsantrag ablehnen, werden wir uns enthalten müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Letzte klang so ein bisschen wie eine Drohung, aber ich komme am Ende noch einmal darauf zurück, und ich denke, wir werden, wie es bei diesem Projekt insgesamt ist, doch bei einem guten Ergebnis landen. Was unser Anliegen angeht, dazu hat Jan Saffe eigentlich alles gesagt, und er hat es mit einer Leidenschaft und einem Herzblut gesagt, das möchte ich jetzt gar nicht zu übertrumpfen versuchen.

Es ist einfach: Jan Saffe und „Essbare Stadt“, das gehört zusammen. Er hat uns beschrieben, um was es geht. Er hat uns mit begeistert, und wir haben gern dieses Projekt mit aufgenommen, weil wir auch sehen, mit welcher großen Resonanz solche Projekte aufgenommen werden. Ich habe das selbst – Herr Saffe hat das beschrieben – kürzlich gesehen oder sehe das im Moment noch in der Humboldtstraße auf diesem Grundstück der ehemaligen Gaststätte „Rotkäppchen“, wo sich plötzlich etwas formiert, wo Leute zusammenkommen, teilweise auch bei Wetterlagen, bei denen man sagen würde, sich jetzt zu treffen, sich dort einzufinden, etwas zu machen, wo Musik stattfindet und wo man so richtig sieht: Es geht sicherlich zum einen um ökologische Projekte, es geht um das Kennenlernen von

Pflanzen, von Obst, auch von Wein, was teilweise mit angebaut wird, aber es sind doch zutiefst soziale Projekte.

Man könnte deshalb statt der „Essbaren Stadt“ genauso sagen soziale Stadt. Man könnte anstatt von Urban Gardening von Social Gardening und anstatt von Urban Farming von Social Farming sprechen, denn das ist es doch, was es im Kern dort ist. Wir sind eben auch der Meinung, dass der Bedarf in diesem Bereich noch deutlich größer ist und dass wir das befördern sollten und – wie Herr Tebje es auch gesagt hat – auch in diesem Bereich noch systematisch herangehen, um ein Gesamtkonzept zu haben, um diese gute Idee noch weiter in diese Stadt hineinzutragen.

Ich bin da auch bei den Punkten, Herr Michalik, die Sie angesprochen haben: Wir müssen natürlich sehen, wenn man so etwas umsetzt, dann macht es natürlich Sinn, und es ist sogar notwendig, sehr sorgfältig hinzuschauen, wo sind denn dort noch Plätze, die man nutzen kann, denn eines ist natürlich auch klar: Eigentlich ist so eine Stadt nicht der geeignetste Ort, um etwas anzubauen was gesund ist. Gerade, wenn man auf Bremen schaut, wir haben natürlich viele Flächen, auf denen die Böden tatsächlich kontaminiert sind. Deshalb ist natürlich eine der grundsätzlichen Sachen, jetzt zu schauen, Flächen zu finden, die auch nicht nur kurzfristig bereitstehen, die nicht kollidieren mit anderen Herausforderungen, sondern die obendrein auch Böden haben, auf denen man etwas anpflanzen kann, damit es dann am Ende auch tatsächlich gesund ist.

Die zweite Frage, Herr Michalik, die Sie angesprochen haben, war: Warum stehen darin bestimmte Stadtteile, ohne zu erklären, warum sie denn ausgesucht worden sind? Wir hatten schon ein bisschen gedacht, dass das vielleicht unmittelbar einsichtig wird. Wir denken, dass so Projekte insbesondere dort gefördert werden sollten, wo wir wissen, das sind nicht die Stadtteile, in denen man schon die Kleingärten hat, das sind nicht die Stadtteile, in denen man das viele Grün schon hat und in denen sich alles schon gebildet hat. Diese Stadtteile haben wir im Blick, und da wollen wir sehen, dass wir gerade dort auch mit dem sozialen Gedanken eben diese Projekte fortführen.

Letzter Punkt ist der Antrag der CDU. Wir waren zunächst gar nicht darauf gekommen, dass man ihn möglicherweise in dieser Hinsicht falsch verstehen könnte. Natürlich ging es uns nicht darum, dort möglichen Interessenten, möglichen neuen Ideen einen Riegel vorzuschieben, sondern uns ging es

darum, gerade aus den Projekten, die wir jetzt schon haben, dieses Wissen mit heranzuziehen und das mit in die Beratung hineinzuziehen, um diese neuen Projekte auch zu entwickeln. Es war mitnichten die Idee zu sagen, diejenigen, die das jetzt machen, sind auch diejenigen, die das künftig machen sollten. Das überhaupt nicht, und um das dann auch klarzustellen, Herr Michalik: Ihrem Antrag stimmen wir gern zu, weil ich denke, es macht einen guten Eindruck, wenn wir hier alle zusammen dieses gute Projekt unterstützen. – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Ronny Meyer.

Staatsrat Ronny Meyer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Konzept „Essbare Stadt“ wird seit einigen Jahren, das haben wir vom Abgeordneten Saftge gehört, bereits in mehreren Städten umgesetzt, auch Bremen macht es bisher, ich sage einmal, eher ohne Konzept. An vielen Standorten haben wir es versucht und auch erfolgreich umgesetzt, neue Flächen werden bereits heute mitgedacht. Mit dem Antrag, der vorliegt, wird der bisherige Ansatz in ein Konzept überführt, er wird strategischer verfolgt.

Positiv an dem Antrag finden wir – und das ist auch für uns etwas Neues –, dass ebenfalls mitgedacht wird, dass das Thema Teil der Schulhöfe und Kitafächen werden soll. Wir sehen daher insgesamt in dem Antrag sehr viel Positives: Die Bürger werden sich an der Stadtgesellschaft/Stadtgestaltung mit beteiligen. Sie lernen den Anbau lokaler und saisonaler Lebensmittel, die Selbstversorgung wird gefördert, und die Pflanzenvielfalt, die wir damit neu in die Stadt einbringen, trägt auch zur Insektenpopulation bei.

Ich hatte vor einiger Zeit im Rahmen des Dürresommers das Vergnügen, mit sehr vielen Bauern zu sprechen, und dort ist einmal der Satz gefallen, den ich hier wiederholen will: „Die Menschen beschäftigen sich nicht mit den Lebensmitteln, solange sie wissen, dass REWE bis 24:00 Uhr geöffnet hat.“ Ich kann mir vorstellen, dass dieses Projekt „Essbare Stadt“ dazu beiträgt, dass die Menschen neu erkennen oder wieder erkennen, wie Lebensmittel entstehen, wenn sie den Lebensmitteln beim Wachsen zuschauen, und dass damit auch ein neuer Wert für Lebensmittel entsteht. Aus diesem

Grund begrüßt der Senat diesen Antrag, und er begrüßt auch den Änderungsantrag der CDU. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß § 62 Absatz 7 unserer Geschäftsordnung lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/470 S](#) zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag mit der soeben beschlossenen Änderung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Straßenbahnlinie 5 zukunftsfähig machen
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und
Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. Juni 2021
(Drucksache [20/465 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Ronny Meyer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Anja Schiemann.

Abgeordnete Anja Schiemann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die Straßenbahnlinie 5 schafft seit dem Frühjahr 2019 eine Direktverbindung zwischen der Überseestadt, dem Hauptbahnhof und dem Bürgerpark. Ihr wichtigster Vorteil ist, die Straßenbahn kann, weil sie in der Überseestadt auf einem eigenen Gleisbett unterwegs ist, anders als ein Bus ganz einfach an den im Stau stehenden Autos vorbeifahren.

Dass die jüngste der bremischen Straßenbahnlinien ohne allzu großen Planungs- und Zeitaufwand im Frühjahr 2019 in Betrieb genommen werden konnte, liegt vor allem daran, dass keine neuen Gleise verlegt werden mussten. Zwischen Gröpelingen und der Eduard-Schopf-Allee kann die Straßenbahnlinie 5 die Gleise der Linie 3 mitnutzen, von dort gelangt sie über ein aktuell nicht im Linienverkehr genutztes Straßenbahngleis an die Haltestellen Daniel-von-Büren-Straße und Falkenstraße, bevor sie zum Hauptbahnhof fährt und am Bürgerpark endet. Bisher profitieren besonders die Menschen, die in der vorderen Überseestadt leben, von der neuen Linie 5, die ausschließlich werktags von 6:00 bis 20:00 Uhr fährt, erhalten sie doch mit ihr eine schnelle und bequeme Direktverbindung zum Hauptbahnhof, zur Messe und zum Bürgerpark. Auch gelangen Fahrgäste zurzeit wegen der Großbaustelle am Straßenbahndepot in Gröpelingen leider nicht regulär mit der Linie 5 rasch und bequem und umsteigefrei vom Hauptbahnhof zur Waterfront. So weit so gut!

Wo aber viel Licht ist, ist auch Schatten. So profitieren derzeit die Menschen in Gröpelingen, einem unserer bevölkerungsreichsten Stadtteile, nicht vollumfänglich von der neuen Straßenbahnlinie 5, denn die Gröpelinger Haltestellen Emders Straße, Jadenstraße, Grasberger Straße, Goosestraße und Kap-Horn-Straße werden von der Linie 5 nicht angefahren. Die aktuelle Begründung lautet, diese

Haltestellen seien in der Vergangenheit von Fahrgästen der Straßenbahnlinie 3 nur schwach genutzt worden; aber mit der Straßenbahnlinie 3 gelangen die Gröpelinger Bürgerinnen und Bürger auch nicht direkt, also ohne umzusteigen, zum Hauptbahnhof oder Bürgerpark. Ich bin mir sehr sicher, dass auch in diesem Bereich das Angebot die Nachfrage bestimmen wird und die Gröpelinger Bürgerinnen und Bürger in diesem Bereich ihres Quartiers sehr wohl ein großes Interesse an einer Direktanbindung an den Hauptbahnhof und den Bürgerpark haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, es kann nach meinem Empfinden nicht richtig sein, die Menschen in diesem Bereich Gröpelingens von einer Direktanbindung der Linie 5 an den Hauptbahnhof und den Bürgerpark auszuschließen. Wir fordern deshalb mit unserem Antrag, die Fahrpläne nach Fertigstellung der aktuellen Bauarbeiten am Gröpelinger Straßenbahndepot in Abstimmung mit dem ZVBN und der BSAG dahin gehend zu ändern, dass alle vorhandenen Haltestellen im Streckenverlauf des Bremer Westens bedient werden und somit alle Menschen in Gröpelingen und Walle von dem Angebot der Linie 5 profitieren.

Der Bremer Westen verzeichnet in seinem Bevölkerungsanteil aktuell nicht nur eine überdurchschnittlich hohe Bevölkerungsdichte, sondern vor allem einen sehr großen Anteil an jungen Menschen, jungen Menschen, die unter anderem bereits studieren oder in Zukunft ein Studium aufnehmen werden. Bisher gibt es keine direkte Straßenbahnanbindung von Walle und Gröpelingen an die Universität Bremen. Mit einer Verlängerung der Linie 5 umsteigefrei über Schwachhausen bis zur Universität und zum Technologiepark würden Studierende und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Bremer Westen erst einmal eine attraktive, schnelle, bequeme und klimaschonende Direktanbindung an ihren Studien- und Arbeitsplatz erhalten.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Eine dementsprechende Linienverlängerung würde damit auch zu einer erheblichen Attraktivierung des ÖPNV in Bremen beitragen.

Letztlich sind wir der Meinung, dass die Straßenbahnlinie 5 noch erhebliche Ausbaupotenziale zur ÖPNV-Vernetzung der Menschen im Bremer Westen birgt und bisher diesbezüglich hinter ihren

Möglichkeiten zurückbleibt. Mit den in unserem Antrag anvisierten Ausbauzielen und den damit verbundenen Prüfaufträgen möchten wir die Straßenbahnlinie 5 zukunftsfähig und für möglichst viele Gruppen von Nutzerinnen und Nutzern attraktiv machen. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Linie 5 ist nicht die einzige Linie, die wir in Betrieb genommen oder wieder aktiviert haben, es gibt ja jetzt auch noch dieses Angebot mit der Linie 11 in der Innenstadt, bei der wir auch einmal ausprobieren, ob es kostenfrei in dieser Stadt geht. Das ist, wie ich finde, ein sehr interessantes Instrument. Da wünsche ich mir durchaus, dass man da auch noch das Viertel etwas stärker miteinbezogen hätte, als es bisher geschehen ist, aber man kann ja bei der Ausgestaltung solcher Linien, denke ich, sehr viel lernen.

Ich glaube, von der CDU wird wohl gleich wieder kommen, dass wir viel zu wenige Straßenbahnlinien gebaut haben. Es ist faktisch sicher so, dass wir gern noch die Linien 1 und 8 etwas schneller gebaut hätten, als es bisher der Fall gewesen ist, aber die Linie 5 wie die Linie 11 sind gute Beispiele, wie man auch im Bestand des Netzes durchaus mehr machen kann.

Verkehr als Sektor ist in seinem CO₂-Ausstoß seit 1990 konstant, es ist eine ziemlich katastrophale Bilanz, die gerade dieser Sektor hat. Die Mobilitätswende wird am Ende rasant sein müssen, wenn wir unsere Klimaziele nicht mehr weit verfehlen wollen, und dieser Verkehrssektor ist eben einer, bei dem man noch relativ viel bewegen kann. Wir brauchen später in den Städten sehr viel weniger Verkehr, sehr viel weniger Autos. Das wird nicht nur dadurch gehen, dass wir auf Elektroautos umsteigen, sondern es muss eben auch deutlich weniger geben. Dafür brauchen wir einen starken Umweltverbund aus Fußverkehr, aus Radverkehr und öffentlichem Nahverkehr, und ich zähle dort auch ganz ausdrücklich Carsharing und Bikesharing mit dazu, aber wenn wir diese Angebote stark machen, wenn wir sie mit einem vernünftigen Preis ausstatten und wenn die Leute an die Haltestellen gehen und gar nicht in die Fahrpläne sehen müssen, weil sowieso immer eine Straßenbahn oder ein Bus

kommt, erst dann wird es so sein, dass immer mehr Leute in den öffentlichen Nahverkehr hineingehen.

Der öffentliche Nahverkehr hat in dieser Zeit der Coronakrise gelitten. Wir haben jetzt eine Auslastung von 60, 70 Prozent. Da haben andere überlegt, dann machen wir doch ein bisschen weniger öffentlichen Nahverkehr. In Bremen haben wir eine ganz andere Strategie: Wir wissen, dass der öffentliche Nahverkehr für die Verkehrswende, für die Mobilitätswende unverzichtbar ist und dass wir ihn gerade in dieser schwierigen Phase weiter stärken und mehr machen müssen. Dazu haben wir dann auch einen Schwerpunkt im Verkehrsentwicklungsplan gesetzt, bei dem wir uns in einem Bereich um Angebotsstufen für den öffentlichen Nahverkehr kümmern. Darin stehen fünf Angebotsstufen mit einem ziemlichen finanziellen Aufwand, den wir dabei machen wollen.

Darin steht dann auch diese Linie 5 in der Angebotsstufe zwei, und ich finde, das ist ein absolut sinnvoller Vorschlag, den wir hier machen. Diese Linie ist gut angenommen worden, aber – das hat Frau Schiemann, finde ich, schon sehr korrekt dargestellt – es werden eben eine ganze Reihe von Haltestellen nicht bedient, und ich glaube, nachdem wir wissen, dass das gut läuft, können wir das auch verändern. Da muss man noch einmal schauen, dass dann erst einmal das Depot fertig sein muss, das ist auch vollkommen klar, und man muss schauen, braucht man vielleicht einmal ein Fahrzeug mehr, aber es ist absolut sinnvoll, den Bremer Westen, in dem viele und immer mehr Leute wohnen, tatsächlich noch besser anzubinden.

Der Charme, den die ganze Sache hat, ist die Möglichkeit in die andere Richtung, nämlich tatsächlich diese Linie 5 zur Universität hin zu verlängern. Sie wissen wahrscheinlich alle, die Linie 6 hatte durchaus, als noch alle studierten und auch alle zur Universität fahren, Kapazitätsprobleme gehabt, und es ist sinnvoll, hier ein zusätzliches Angebot zu schaffen. In diesem Fall wäre es wirklich ein Direktangebot von Walle/aus Gröpelingen direkt zur Universität hin, und das wird auch ein Standortvorteil für diese Stadtteile sein. Wenn Studierende sich überlegen, wie kommen wir denn gut zur Universität, dann werden sie feststellen, dass es da eine Direktverbindung zur Universität gibt.

Deshalb glaube ich, dass wir da an den Senat einen eindeutigen Auftrag geben. Die Bremische Bürgerschaft sagt, wir wollen diese Linie 5 stärken, und

wir wollen nach Möglichkeit auch, dass sie zur Universität hin verlängert wird, weil es die Universität stärkt und eben auch die Stadtteile im Bremer Westen. Da müssen wir vielleicht noch ein bisschen warten, bis dann die Fahrzeuge da sind, die wir über den Bremen-Fonds ja auch zusätzlich bestellt haben, aber ich glaube, das ist ein absolut sinnvolles Angebot, das wir hier vorschlagen, und wir bitten den Senat sehr, allen Verstand und alle Energie dort hineinzustecken, dass wir das dann auch gemeinsam realisieren. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegin Frau Schiemann hat es eben schon gesagt, bei der Straßenbahnlinie 5 geht es um eine relativ neue Linie, die seit einiger Zeit die Strecke Bürgerpark - Hauptbahnhof - Überseestadt bis hin nach Gröpelingen bedient. Nun hat die Koalition einen Antrag vorgelegt, der diese Straßenbahnführung noch einmal ein bisschen anpassen beziehungsweise erweitern soll: einerseits mehr Halte, insbesondere im Bremer Westen, und andererseits die Prüfung, ob eine Erweiterung der Linie bis hin zur Bremer Universität möglich ist.

Wir als FDP-Fraktion, zumindest kann ich das für die letzten zwei Jahre sagen, haben im Großen und Ganzen in vielen Fällen, wenn es darum ging, den ÖPNV attraktiver zu machen, diesen Anträgen auch zugestimmt, weil wir gerade davon ausgehen, dass nicht ein immer günstiger machen des ÖPNV diejenigen in den ÖPNV zieht, die wir dort haben wollen, sondern dass gerade günstigere Preise ja leider oft dafür sorgen, dass Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer auf den ÖPNV umsteigen. Dazu gibt es ja auch schon Studien, dass es insbesondere dann, wenn es um die Frage geht, wie bekommen wir eigentlich Autofahrerinnen und Autofahrer in den ÖPNV, um das Thema Attraktivität geht, und da reden wir über ein Haltestellennetz, über Taktung, Zuverlässigkeit und so weiter. Das heißt, immer da, wo es darum ging, dass wir den ÖPNV attraktiver machen, haben wir in der Vergangenheit im Großen und Ganzen auch zugestimmt.

Die Frage ist natürlich: Welche Form von ÖPNV wollen wir? Da stehen ja zwei verschiedene Angebote zur Verfügung, Bahnen oder Busse. Natürlich, Straßenbahnen fahren ruhiger und können in ei-

nem Transportmittel auch mehr Fahrgäste transportieren, aber dem stehen natürlich auch einige Nachteile gegenüber. Eine Straßenbahn bedeutet immer einen massiven Eingriff in den Straßenverkehr. Die Bahnen brauchen oft besondere Haltestellen, sie sind laut, haben längere Bremswege, und insbesondere, wenn es zu Vorfällen kommt, wenn eine Straßenbahn ausfällt oder liegen bleibt, können nachfolgende Straßenbahnen das Ganze nicht einfach so umfahren, sondern das führt dann oft zu stundenlangen Ausfällen. Deswegen, wir sind nicht grundsätzlich gegen Straßenbahnen, aber wir sehen sie nicht immer in allen Fällen als das passende Mittel an und sehen tatsächlich Busse in vielen Fällen als die etwas flexiblere Alternative, die im Übrigen auch günstiger betrieben werden kann.

Das sind aber alles Debatten, die wir natürlich in Zukunft führen müssen, wenn es darum geht, neue Bereiche, neue Gebiete zu erschließen, in denen vielleicht noch keine Straßenbahnlinien ausgebaut sind, in denen noch keine Straßenbahnlinien liegen. In diesem Fall fährt ja die Straßenbahn bereits, und, wie die Kollegin auch gerade sagte, dafür mussten nun keine neuen Straßenbahnschienen verlegt werden.

Hier geht es ja nun eher um die Frage, wie wir die Nutzung, die wir jetzt schon haben, wie wir die Straßenbahnlinie 5, die wir jetzt schon haben, für die Zukunft weiter ausbauen können, wie wir sie optimieren können. Deswegen werden wir Ihren Antrag auch unterstützen. Hier sind wir gern dabei und freuen uns aber natürlich nach wie vor in Zukunft auf jede weitere Debatte über die Frage, ob Bus oder Bahn die bessere Alternative ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu später Stunde habe ich den Eindruck, dass wir noch einmal, glaube ich, einen fast einstimmigen Beschluss zu diesem wunderbaren Antrag, der hier vorliegt, bekommen werden. Das ist eine schöne Sache. Inhaltlich kann ich sagen, der Klimawandel schreitet voran und zwingt uns alle, unsere Verhaltensweisen zu ändern. Ein wichtiger Baustein beim Einsparen von CO₂, das hatte auch schon Herr Saxe gesagt, ist hierbei die Verkehrswende, also möglichst

auf den motorisierten Individualverkehr zu verzichten, das eigene Auto stehen zu lassen oder sogar abzuschaffen und stattdessen lieber zu Fuß zu gehen oder das Rad und den ÖPNV zu benutzen. Wichtig ist hierbei aber das Angebot gut ausgebauter Fuß- und Radwege, ein gut ausgebautes System von Bus- und Straßenbahnlinien mit möglichst hoher Taktung und einem einfachen und günstigen Tarifsystem. Das klingt einfach, ist es meistens aber doch nicht.

Insbesondere der Ausbau von Straßenbahnstrecken ist teuer und langwierig, wie wir gerade alle in den letzten Jahren bei der Verlängerung der Linie 1 erleben durften. Aber manchmal kann es ganz einfache Lösungen geben: Die Linie 5 pendelt seit 2018 zwischen Gröpelingen und dem Bürgerpark hin und her, bedient dabei das Messezentrum, den Hauptbahnhof, die Überseestadt und die Waterfront. Sie fährt damit am Stau vorbei und ermöglicht eine schnelle Fahrt ohne Umstieg Am Brill.

Das ist insbesondere gut für alle Menschen, die in der Überseestadt oder in der Waterfront arbeiten und wohnen und eine schnelle Verbindung vom Hauptbahnhof brauchen. Durch die Umbauarbeiten am Betriebshof Gröpelingen ist der Betrieb zwischen Überseestadt und Bürgerpark momentan zwar nur eingeschränkt möglich, aber jede Baustelle hat einmal ein Ende, und dieses Ende können wir nutzen und eine Verbindung von Gröpelingen bis zur Universität schaffen, allerdings bitte mit einem Stopp an den Haltestellen, die bisher nicht bedient werden. Die Zeitersparnis durch die Linie 5 S ist marginal. Viel wichtiger ist es, allen an der Strecke lebenden und arbeitenden Menschen eine sichere Verbindung über den Hauptbahnhof bis zur Universität und zum Technologiepark zu ermöglichen, insbesondere auch – das wurde schon gesagt – den vielen Studierenden aus den Stadtteilen Gröpelingen und Walle.

Auch wohnungswirtschaftlich ist das eine große Chance für den Stadtteil Gröpelingen, der insbesondere auch noch bezahlbaren Wohnraum hat. Vielleicht lockt man dadurch auch junge Menschen oder Studierende an, nach Gröpelingen zu ziehen, die dann diese attraktive Bahnverbindung haben. Vielleicht ist das auch eine große Chance für den Bremer Westen.

Falls das möglich und damit machbar ist, könnten wir sehr schnell eine neue Linie haben, die den Westen mit dem Norden ohne Umstieg verbindet, ohne Ankauf von Flächen, ohne mühsame Verhandlungen, ohne störende Bauarbeiten. Diese

denkbare und dankbare Gelegenheit sollten wir unbedingt in Betracht ziehen und möglichst schnell umsetzen. Wir sind natürlich für diesen Antrag. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Heiko Strohmann.

Abgeordneter Heiko Strohmann (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für den Antrag! Wir werden ihm auch zustimmen, aber ich habe vorweg zwei Anmerkungen: Man kommt von Gröpelingen schon zum Hauptbahnhof, ganz einfach mit der Linie 10. Das ist bisher auch kein Problem, trotzdem ist es ja in Ordnung. Lieber Herr Saxe, ja, Sie haben recht, es sind zwei neue Linien geschaffen worden, die Linie 5 und die Linie 11. Alles andere hätte auch nicht funktioniert, weil Sie es ja in den letzten zwölf Jahren nicht geschafft haben, ein Gleis/eine Schiene zu bauen, deswegen ist es nur dabei geblieben. Aber gut!

Also, wie gesagt, jedes zusätzliche Angebot im öffentlichen Nahverkehr unterstützen wir, finden wir auch so weit gut, und deswegen werden wir auch diesen Antrag unterstützen, obwohl wir ihn ehrlicherweise – –. Ich meine, wir hätten uns das ein bisschen mutiger vorgestellt, denn, liebe Frau Schiemann, warum müssen wir jetzt eigentlich bis Mitte 2023 warten oder die Bauarbeiten am Depot abwarten, bis wir dann in die Planung oder in die Beauftragung gehen? Mit der Planung kann man doch jetzt schon beginnen.

Auch die Einschränkung mit der Wirtschaftlichkeit: Wir wissen alle, dass öffentlicher Nahverkehr rein betriebswirtschaftlich unwirtschaftlich ist, dass es nicht funktioniert, aber wenn wir die Verkehrswende schaffen wollen, müssen wir im Prinzip dann auch sagen, darauf können wir jetzt letztlich auch keine Rücksicht nehmen. Wir müssen den ÖPNV konsequent weiter ausbauen, und dann müssen wir jetzt auch mit der Planung anfangen. Deswegen verstehe ich es nicht so richtig, dass wir da jetzt wieder mit Mitte 2023 anfangen, ich sage einmal. Das ist mir viel zu spät.

Wenn wir sagen, wir haben jetzt dieses Produkt, wir können das jetzt platzieren, das ist notwendig, das ist sinnvoll, und die Argumentationslinie, dass der Bremer Westen auch bis zur Universität angebunden ist, was man auch relativ schnell umsetzen

könnte, ich glaube, dann sollten wir das jetzt machen. Mittelfristig gesehen wäre die Anbindung gerade des Bremer Westens – Gröpelingen/Oslebshausen – über die Regio-S-Bahn ja viel sinnhafter, wenn wir irgendwann einmal den Haltepunkt im Technologiepark hinbekommen, denn dann ist man in acht oder neun Minuten dort, aber als Übergangsphase ist die Linie 5, das, wie Sie es vorgeschlagen haben, vernünftig. Deswegen werden wir das unterstützen.

Ich erwarte ehrlicherweise aber, dass Sie da ein bisschen mutiger sind, dass wir jetzt mit der Planung anfangen und dass wir dann auch über die Finanzierung reden müssen, denn eines ist uns klar: Das müssen wir sowieso, wenn wir hier alle – so, wie es, glaube ich, jetzt hier stattfinden wird – einstimmig beschließen, wir wollen mehr öffentlichen Nahverkehr als Beitrag zum Klimaschutz. Dann werden wir mehr Fahrzeuge brauchen, und da ist dann die Frage, ob es Straßenbahnen oder auch Busse sind. Aber auch Elektrobusse werden mehr Geld kosten, denn ich glaube, Dieselfahrzeuge werden wir für neue Linien nicht mehr zusätzlich anschaffen. Da sind wir uns hier auch alle einig. Also müssen wir uns jetzt sofort über die Finanzierung unterhalten, auch in den nächsten Haushaltsberatungen. Deswegen ist das, glaube ich, ein guter Schritt, aber ich wünsche mir da ein bisschen mehr Mut von der SPD. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Ronny Meyer.

Staatsrat Ronny Meyer: Sehr geehrter Präsident, meine Damen und Herren! Die Bewältigung der Klimakrise ist neben der Coronapandemie die drängendste Aufgabe unserer Zeit. Wir danken daher den Koalitionsfraktionen für den Antrag. Das zeigt einmal mehr, dass wir gemeinsam die Verkehrswende im Blick haben und sich unser politisches Handeln darauf fokussiert. Ich bin ganz bei dem Abgeordneten Herrn Schäck. Ich bin auch persönlich davon überzeugt, dass die Attraktivitätssteigerung, also Angebotsausweitung in Takt und Ausbau, die Menschen aus den Autos holt, und insofern, glaube ich, ist dieser Antrag auch ein gutes Beispiel dafür, wie das gelingen kann.

Mehr ÖPNV ist also gut und sinnvoll. Die Maßnahme, die hier besprochen wird, ist jetzt schon Teil der Angebotsoffensive des Verkehrsentwicklungsplans. Dazu gehören auch noch viele weitere Maßnahmen: Die Verlängerung der Linie 5 zur

Universität ist Teil der sogenannten Stufe zwei, und insofern diskutieren wir das auch schon an anderer Stelle, und dort diskutieren wir auch die Frage, wie das finanziert werden soll. Zu der Beschlussziffer eins – da geht es ja darum, ob grundsätzlich ein Halt an jeder Haltestelle möglich ist –: Grundsätzlich ist das aus unserer Sicht möglich, grundsätzlich wäre das auch ab 2022 möglich, und da muss jetzt der Haushaltsgesetzgeber einmal eben zuhören, das ist betrieblich machbar, aber es muss an der Stelle natürlich auch finanziert werden.

Zu Beschlussziffer zwei und vier, wo wir ja zur Prüfung aufgerufen werden, kann ich Ihnen sagen, das haben wir bereits gemacht. Die Prüfung hat ergeben, dass eine Verlängerung der Linie 5 zur Universität zwei zusätzliche Fahrzeuge erfordert. Diese sind gerade auch im Berufsverkehr eingesetzt und erhöhen daher den Spitzenbedarf der Fahrzeuge. Diese Fahrzeuge müssten also zunächst zusätzlich beschafft werden.

Im Rahmen der eben beschriebenen Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans ist dieser Antrag auch in der Angebotsoffensive beschrieben. Die Stufe zwei können wir uns vorstellen, so denn die Finanzierung gesichert ist, ab dem Jahreswechsel 2022/2023, also auch eher kurzfristig, so wird es auch im VEP, der noch nicht beschlossen ist, vorgeschlagen. Für diese Stufe wären insgesamt sieben zusätzliche Straßenbahnfahrzeuge erforderlich, und da gibt es eine positive Nachricht: Sie sind bereits im Rahmen des Bremen-Fonds für 2021 finanziert. Was noch nicht finanziert ist, sind allerdings die Betriebskosten, die müssten dann ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme geregelt werden. Von unserer Seite, weil wir das positiv finden, könnten wir also früh starten.

Sie oder einige von Ihnen wissen, dass wir auch im Verkehrsentwicklungsplan nicht nur darüber reden, ob der ÖPNV haushaltsfinanziert ausgebaut werden kann, sondern auch, ob es auch alternative Finanzierungsformen geben könnte. Da ist einiges im Gespräch – da ist natürlich die Voraussetzung, dass es technisch machbar ist –, und das Ergebnis der Prüfung sieht vor, dass wir das gegebenenfalls auch, so denn die Finanzierung steht, sehr kurzfristig umsetzen können.

Insofern begrüßen wir den Antrag – wir haben hier ja jetzt auch schon kurz über ein paar Prüfaufträge berichtet – und würden uns freuen, wenn er eine Mehrheit bekommt. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Einschränkungen für Kinder und Jugendliche vermeiden – Schuljahr 2021/2022 rechtzeitig absichern!

Antrag der Fraktion der FDP vom 30. Juni 2021
(Drucksache [20/475 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Dr. Jan Stöß.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einige, wir wollen im Herbst kein Déjà-vu erleben. In Estland, dem Vorzeigeland und Spitzenreiter der Digitalisierung unter den Ländern, war der Übergang in die Schulschließung entspannt, unkompliziert und schnell. Hört man den Honorarkonsul von Estland, Dr. Til Assmann, zu, wie die Pandemie dort bewältigt wurde, wird eines klar: Für Deutschland ist in puncto Digitalisierung der Zug abgefahren, und zwar nicht nur abgefahren, sondern er ist aus dem Bahnhof heraus, und das Einzige, was wir noch machen können, ist, mit dem Auto hinterherzufahren.

Wir aber stehen und diskutieren, ob wir überhaupt losfahren sollen, und nachdem insbesondere die Grünen in der Debatte zur Digitalisierung in der

frühkindlichen Bildung vor einigen Wochen ihr mittelalterliches Digitalisierungsverständnis offenbarten, indem sie den Vorwurf erhoben, die FDP würde Kleinstkinder lieber vor technische Geräte setzen, anstatt pädagogische Beziehungsarbeit zu leisten, spätestens da war mir klar, wir werden wohl hinterherradeln müssen.

Eigentlich haben wir in Bremen mit der flächendeckenden Verteilung der iPads den ersten Fuß richtig gesetzt, aber wir müssen jetzt den anderen Fuß nachziehen, damit wir stabil stehen, falls Distanzlernen wieder nötig wird. Ich spreche jetzt nicht von in das Netz kopierten Lehrbüchern, sondern von interaktiven digitalen Methoden. So, wie man durch andere Computerspiele geleitet wird, so kann man auch Schulisches angenehm und spielerisch lernen. Man sammelt Erfahrung und gewinnt Erkenntnisse, und es kann sogar Spaß machen.

Wir brauchen in Bremen einen digital gestützten Distanzunterricht und ein Konzept dafür. Dazu gehören interaktive digitale Schulbücher, qualifizierte Lehrer, digitale Materialien, die Lehrkräften zur Verfügung gestellt werden, Standards von Learning Analytics und Investitionen in Technik und IT-Administration. Es wird noch darüber zu reden sein.

In unserem Positionspapier zum Thema „Kinderlockdown: puffern, mildern, kompensieren!“ weisen wir auch darauf hin, dass Distanzlernen Regelmäßigkeit braucht. Schließen wir die Schulen, dann brauchen die Klassen unbedingt eine systematische Lernstruktur und einen täglichen Lernrhythmus. Wie das dreidimensionale Klassenzimmer muss sich auch der virtuelle Lernraum täglich öffnen, zum Beispiel jeden Morgen um 9:00 Uhr, angezogen und ohne Kaffeetasse, erfolgt die Begegnung in Form von Begrüßung und Motivation für den Tag, inklusive der Vermittlung von Lernzielen und Wegen, wie man die Ziele erreichen kann.

Das Ziel ist beim Distanzlernen nicht, den üblichen Stundenplan am Bildschirm abzuarbeiten, sondern Pausen, bildschirmfreie Zeiten, Onlinearbeiten oder Arbeiten in Minigruppenphasen müssen jeden Distanzlerntag verbindlich strukturieren und rhythmisieren und den Familien einen verlässlichen Alltag ermöglichen. Nur so wird es uns gelingen, die negativen Folgen einer erneuten Schul- und Kitaschließung abzumildern und teilweise zu kompensieren.

Wir haben in unserem Antrag einige Dinge vorgeschlagen: Luftfilter, digitales Distanzlernen, angepasste Hygienekonzepte, Impfangebote und auch das Ausloten weiterer Lernorte für Kleingruppen. Mit all dem müssen wir den kommenden Bildungswinter – ich hoffe, dass er es wird! – absichern.

(Beifall FDP)

Oft sprechen wir darüber, dass Corona wie ein Brennglas wirkt und deutlich macht, welche Schritte in eine Modernisierung unseres Schulsystems gegangen werden müssen. Das sind diese Schritte. Gesundheitsschutz durch fest installierte Austauschfilter sind auch jenseits der Pandemie Lösungen, die den Krankenstand von Schülern und Lehrkräften verringern und herbstlichem Unterrichtsausfall vorbeugen können.

Apropos: Warum hat Bremen nicht die Schulen in den technischen Stand versetzt beziehungsweise es überhaupt geprüft, dass diese nicht mobilen, sondern die –

(Abgeordneter Christopher Hupe [Bündnis 90/Die Grünen]: Stationären!)

stationären, danke! – stationären Filteranlagen tatsächlich in den Schulen installiert werden können? Das ist verschlafen worden. Ich hätte mir gewünscht, dass das vor einem Jahr passiert wäre, und jetzt können wir nicht damit anfangen.

(Beifall FDP)

Alle anderen Themen zu den Filtern sind ja morgen noch einmal Thema. Also, wir Freien Demokraten wollen nicht, dass Kinder und Jugendliche noch einmal den Preis bezahlen.

(Glocke)

Jetzt noch eine Frage! Ich weiß, es war Frau Dr. Bogedan persönlich, die die Verantwortung für die Schulöffnungen übernommen hat, daher möchte ich auch gerade jetzt noch einmal fragen: Wie lautet eigentlich das Bekenntnis des Senats für die Zukunft?

(Glocke)

Halten Sie daran fest, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einen Regelbetrieb in unseren Bildungseinrichtungen abzusichern, oder werden wir zukünftig im Chor der Übervorsichtigen, die, egal,

was es die Kinder kostet, von Angst getrieben, etwas falsch zu machen, schon vorauseilend – –?

(Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Bergmann, ich möchte Sie bitten, zum Ende zu kommen!

Auch wenn Kinder zu keinem Zeitpunkt Treiber der Pandemie waren? Wie ist da die Haltung des Senats? Das würde ich an diesem Punkt noch sehr gern wissen. War das ein einsamer Kampf einer Bildungssenatorin, oder haben wir da jetzt auch ein Bekenntnis des Gesamtsenats? Das wäre sehr interessant. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Gönül Bredehorst.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Für alle Beteiligten in Schulen und Kitas, für Eltern und die Bildungsbehörde war das letzte Jahr ein einschneidendes und kräftezehrendes Jahr. Alle, wirklich alle, haben an einem Strang gezogen, um so viel Schule und Kita in Präsenz zu ermöglichen, wie es möglich war und ist. Vielen Dank noch einmal an alle an dieser Stelle!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Bremen hat es wahrscheinlich als einziges Bundesland durchgehalten, Schulen und Kitas als Letztes zu schließen und als Erstes wieder zu öffnen, wenn es die Inzidenzwerte zugelassen haben. Bis auf wenige Wochen haben wir es geschafft, unsere Kitas und Schulen so weit wie möglich offenzuhalten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir haben unsere Schulen und Kitas offengehalten, als die Mehrzahl der Bundesländer ihre Schulen und Kitas über Monate geschlossen gehalten haben. Wir haben es als erstes Bundesland allen Lehrerinnen und Lehrern, allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht, sich testen zu lassen. Wir waren das erste Bundesland mit Radartestungen, das heißt, dass stichprobenartig Testungen an ausgewählten Kitas und Schulen durchgeführt wurden, und zwar für alle, die sich testen lassen wollten. Wir haben allen Lehrerinnen und Lehrern und bei Bedarf allen Schülerinnen und Schülern Masken, Desinfektionsmittel und Hygienekonzepte zur Verfügung gestellt.

Wir haben Lehrerinnen und Lehrer bereits geimpft, als andere Bundesländer sich noch nicht einmal auf den Weg gemacht hatten. Stand 16. Juni 2021 wurden bereits 79 Prozent der Kitabeschäftigten, 78 Prozent der Beschäftigten an Grundschulen und Förderzentren und 66 Prozent der Beschäftigten an weiterführenden Schulen mindestens einmal geimpft. Wir haben dafür gesorgt, dass alle Kinder im Distanz- und Wechselunterricht beschult werden konnten, weil wir seit Pandemiebeginn sofort auf unsere Lernplattform itslearning zurückgreifen konnten.

Wir haben als erstes Bundesland so frühzeitig für alle Schülerinnen und Schüler und alle Lehrkräfte iPads bestellt. Insgesamt wurden 100 000 Geräte im Land Bremen verteilt und Lehrerinnen und Lehrer im Eiltempo in Distanzbeschulung qualifiziert, und wir qualifizieren sie weiterhin. Lernmaterialien gab es schon für einige Jahrgangsstufen. Im Eiltempo wurden und werden weiterhin, Frau Bergmann, für alle Jahrgänge digitale Lernmaterialien erstellt, und itslearning ist einfach interaktiv und wird auch so genutzt. Das sind die Maßnahmen und Errungenschaften eines Krisenschuljahres, die wir auch beibehalten werden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Bei vielen Gelegenheiten wurden wir für die oben beschriebenen Maßnahmen teilweise von Ihnen, liebe Abgeordnete der FDP, in diversen Zusammenhängen verprügelt, und jetzt kommen Sie mit einem Antrag, der genau diese Strategie und die Maßnahmen zusammenfasst. Ich nehme das jetzt einmal als Kompliment!

(Beifall SPD)

Jetzt komme ich zum Ausblick für das kommende Schuljahr: Natürlich werden wir, soweit möglich, einen sicheren und kontinuierlichen Präsenzunterricht gewährleisten. Der Dreiklang von Hygienekonzept, testen und impfen ist und bleibt das bewährte Mittel. Das geht auch einher mit Impfangeboten des Gesundheitsressorts an 16- bis 17-Jährige, die bereits vor zwei Wochen angelaufen sind. Hierzu wurde diese Altersgruppe angeschrieben und in das Impfzentrum eingeladen. Leider wird eine allgemeine Impfung der 12- bis 15-Jährigen derzeit von der Ständigen Impfkommission nicht empfohlen. Diese Altersgruppe dürfen nur Kinderärzte impfen, deshalb macht Ihr Punkt acht an dieser Stelle keinen Sinn. Bremen folgt der Empfehlung der STIKO. Ich muss gestehen, dass ich mir

auch eine Impfempfehlung für jüngere Kinder gewünscht hätte.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Um in Kitas und Schulen trotzdem alle so gut wie möglich zu schützen, wurden und werden mobile Luftreinigungsgeräte und CO₂-Messgeräte weiterhin zur Verfügung gestellt. Bremen beteiligt sich auch an dem vor Kurzem aufgelegten Bundesprogramm „Neueinbau stationärer raumlufttechnischer Anlagen“, kurz RLT-Programm, für Kitas und Schulen. Der Bund finanziert die Anlagen zum größten Teil, und Bremen prüft die Kofinanzierung über den Bremen-Fonds.

(Glocke – Abgeordneter Dr. Magnus Bühler [FDP]: Mehr als ein Jahr zu spät!)

Ich denke, das sind gute Voraussetzungen, um in das neue Schuljahr zu starten. Die SPD bedankt sich für die Blumen und lehnt Ihren Antrag ab. – Danke!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kinder und Jugendliche sind die Verlierer der Coronapandemie, seit Beginn der Pandemie wurden ihnen ein Alltag und ein normales Leben verwehrt. Während viele Menschen weiter zur Arbeit gingen, waren die Schulen im Frühjahr 2020 einfach geschlossen. In anderen Bundesländern wurden Kinder auch Anfang des Jahres aus der Schule verbannt. Bremen ging hier einen anderen Weg, und ich bin wirklich froh darüber,

(Beifall DIE LINKE, SPD)

denn wir wissen doch, wie belastend es ist und wie sehr Kinder leiden, wenn sie nicht in der Schule sind. Da fällt eben nicht nur die Wissensvermittlung weg, sondern die sozialen Beziehungen, der Austausch mit Vertrauenspersonen, der Spaß auf dem Pausenhof, und natürlich strukturiert der Schulbesuch auch ganz massiv den Alltag der Schülerinnen und Schüler.

Geschlossene Schulen führen zu erheblichen Problemen, allein der Anstieg bei psychischen Erkrankungen von Schülerinnen und Schülern ist wirklich besorgniserregend. Deshalb müssen wir alles dafür

tun, dass die Schulen im Herbst und im Winter geöffnet bleiben können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Klar ist aber auch, die Pandemie ist noch nicht vorbei. Die Deltavariante ist auch bei uns auf dem Vormarsch, und leider unterstützt die STIKO bisher keine flächendeckende Impfung von Jugendlichen ab zwölf Jahren, aber gerade, weil wir die Kitas und Schulen offenhalten wollen, arbeitet unsere Koalition seit Monaten doch mit Hochdruck daran, die Schulen und Kitas so aufzustellen, dass diese auch unter Pandemiebedingungen geöffnet sein können. Deshalb ist der Antrag der FDP zwar nicht falsch, aber komplett überflüssig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir gehen weiter als der Antrag der FDP-Fraktion. Das ist schon im ersten Beschlusspunkt so: Da wird der Senat aufgefordert, sich zum Regelbetrieb an den Schulen zu bekennen. Das ist doch wirklich absurd! Keine andere Kultusministerin in der Bundesrepublik hat in den vergangenen Monaten so sehr für den Regelbetrieb gekämpft, wie unsere Bildungssenatorin Frau Dr. Bogedan.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Regierung steht für offene Schulen und Kitas, und ich brauche doch jetzt keine Bekenntnisse vom Senat für das, was dieser seit Monaten tut! Auch Ihre Frage, Frau Bergmann, die Sie eben an den Senat gerichtet haben, kann ich nicht nachvollziehen. Vielleicht kehren Sie einmal vor Ihrer eigenen Haustür! Ganz anders ist es nämlich in Nordrhein-Westfalen, da hat die FDP-Bildungsministerin die Schulen in diesem Jahr über Monate komplett geschlossen, und das ohne Ausnahme, auch die Grundschulen! Vielleicht sollten Sie der FDP-Ministerin einmal Ihren Antrag zukommen lassen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Auch bei der Ausstattung mit mobilen Luftfiltern ist Bremen Vorreiter. Woanders wird darüber diskutiert, aber Bremen macht es. Bisher sind mehr als 2 000 mobile Luftfilter für Schulen angeschafft worden, weil der Senat hier unbürokratisch und schnell Gelder aus dem Bremen-Fonds bereitgestellt hat, lange, bevor Fördermittel auf Bundesebene abrufbar waren.

Ich verstehe auch nicht, warum die FDP jetzt die Forderung erhebt, ein für Lehrkräfte verbindliches

Unterrichtskonzept für den Notfall des digitalen Unterrichts vorzuschreiben. Also, zentrale Konzepte für alle Schulen, das passt einfach nicht mehr! Wir müssen den Rahmen bieten, in dem dann individuell Unterricht vorbereitet werden kann, das haben wir auch schon im Herbst 2020 mit der Handreichung „Lernsituationen in Präsenz und Distanz gestalten und verknüpfen“ gemacht, und das wird regelmäßig weiterentwickelt mit der Lernplattform itslearning, das sagte schon die Kollegin Frau Bredehorst.

Auch bei der Forderung zum Hygienekonzept frage ich mich ehrlich gesagt: Lebt die FDP hier irgendwie gerade in einer anderen Welt? Haben Sie mitbekommen, dass Bremen als erstes Bundesland massenweise Tests für Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt hat? Ich weiß übrigens nicht, ob die FDP dem zugestimmt hat oder sich nur enthalten hat. Während andere hier also auf Luftschlösser von Jens Spahn gebaut haben, hat Bremen selbst gehandelt und eigenständig Tests bestellt. Die Schülerinnen und Schüler werden zweimal in der Woche getestet, und ich halte das Festhalten an der Teststrategie auch für einen ganz zentralen Baustein in unserer Strategie für offene Schulen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin auch fest davon überzeugt, dass wir das regelmäßige Testen an Schulen natürlich auch in Zukunft weiterführen werden.

Zu der Forderung der FDP nach Impfungen hat meine Kollegin Frau Bredehorst eigentlich schon alles gesagt. Auch ich kann mich dem anschließen, dass ich es sehr begrüßen würde, wenn es eine andere Positionierung der STIKO geben würde, aber derzeit ist es uns nicht möglich, eine flächendeckende Impfkampagne für Kinder und Jugendliche vorzunehmen.

Abschließend gesagt: Ihren Antrag lehnen wir ab, denn wir sind als Koalition schon viel weiter. Ich schließe mich aber Frau Bredehorst an: Danke für die Blumen, dieser Antrag wird abgelehnt! – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Yvonne Averwerser.

Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen

und Kollegen! Es ist doch immer wieder erstaunlich, wie unterschiedlich man den Schwerpunkt in so einem Antrag sehen kann. Ich habe ihn gesehen als Aufforderung, Kitas und Schulen nach Möglichkeit nicht zu schließen, da Kinder und Jugendliche an den pandemiebedingten Auswirkungen nachweislich besonders leiden.

(Zuruf)

Nein, bleiben Sie doch ruhig! Wenn ich mir die Debatten der letzten Monate rund um die Öffnungsmodalitäten von Schulen und Kitas in diesem Parlament vor Augen führe, so kann ich für die CDU und mich sagen: Natürlich ist es unser Ziel gewesen, Kitas und Schulen geöffnet zu lassen. Grundlage und oberste Maßgabe, um dies zu erreichen, war für uns, kurz gesagt, ein stimmiges, nachvollziehbares Hygienekonzept, das vor Infektionen schützt und den Besuch von Schulen und Kitas ermöglicht. Es war für uns nie eine Option, die Schulen erneut komplett zu schließen, wie es zu Beginn der Pandemie der Fall war.

Leidenschaftlich auseinandergesetzt haben wir uns jedoch über die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, um dies zu erreichen. Besonders in Erinnerung blieb mir dabei die Diskussion, als die rot-grün-rote Koalition die Präsenzplicht aufgehoben hat und den Eltern die Verantwortung dafür gab, ob Kinder und Jugendliche die Schule besuchen. Schon damals hatte ich die Befürchtung, und sie hat sich in Gesprächen mit Schulen bestätigt, dass genau die Kinder verloren gehen, die den Rahmen und die Struktur in Schulen dringend benötigt hätten, und uns diejenigen, die das Gefühl von Sicherheit für Körper und Seele häufig nur in Schulen finden konnten, verloren gegangen sind. Das beschützende Auge auf das Kind ist in dem Moment verloren gegangen, und unsere Aufgabe ist es, Bedingungen zu schaffen, die solche Entscheidungen zulasten der Kinder nicht mehr erforderlich machen.

Die Beschlussempfehlungen dahin gehend hinzubringen, das habe ich nicht so ganz verstanden. Wenn ich jetzt so sehe, wie interpretationswürdig die Beschlussempfehlungen gerade alle waren, wird es gerade nicht besser, aber ich akzeptiere auch nicht, dass IB sich mit dem Argument, sie habe kein Personal, darauf zurückzieht, dass sie deshalb bisher nicht die Prüfung in den Gebäuden vornehmen konnte. Das kann nicht sein! Auch der Finanzsenator, der für IB zuständig ist, weiß, dass wir eine Pandemie haben, und er weiß, dass bauliche Möglichkeiten beim Infektionsschutz helfen

können. Ich erwarte daher, dass die Mittel, die der Bund zur Verbesserung des Infektionsschutzes zur Verfügung stellt, von Bremen auch schnell abgerufen und in bauliche Maßnahmen umgesetzt werden,

(Beifall CDU)

Anfang September sind die Sommerferien nämlich vorbei, Herr Strehl. – Er ist leider nicht da.

Seitens des Bundes werden zwei Milliarden Euro im Zuge des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“ für Kinder und Jugendliche bis 2022 zur Verfügung gestellt, weil man sich dessen bewusst ist, dass die Maßnahmen des Infektionsschutzes auch im Besonderen Kinder getroffen haben. Darauf muss auch niemand hingewiesen werden, liebe Abgeordnete der FDP, und schon gar nicht müssen wir von jemandem darauf hingewiesen werden, der sich der Verantwortung im Bund entzogen hat.

Diese Abwägung zwischen dem notwendigen Infektionsschutz und den sich daraus ergebenden möglichen Konsequenzen haben sich sicherlich weder die Vertreter im Bund noch die Ministerpräsidenten zu irgendeinem Zeitpunkt leicht gemacht. Es liegt an uns allen, die richtigen Maßnahmen zu identifizieren, um unseren Kindern nun effektiv zu helfen. Da kann eine Grundlage der Kindergipfel sein.

Auch mit Blick auf eventuell notwendige neue Einschränkungen dürfen wir den Fehler nicht wiederholen – da bin ich ganz bei Ihnen, Frau Strunge – und glauben, dass im Herbst, wenn viele geimpft sind, das alte „normal“ wiederkommen könnte. Den Fehler dürfen wir nicht machen, und aus dem Grund ist für mich das Festhalten an schon bewährten Hygienemaßnahmen ebenso klar wie das Beibehalten der regelmäßigen Testungen und das Tragen von Masken so lange, wie Kinder nicht geimpft werden können.

Wenn wir es unter den aktuellen medizinischen Erkenntnissen ernst damit meinen, Schulen so lange wie möglich offenzuhalten, dann können auch weiterhin nur negativ Getestete am Präsenzunterricht teilnehmen, der Rest muss weiterhin im Distanzunterricht beschult werden.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Was das Impfen von Kindern betrifft, richten wir von der CDU-Fraktion uns nach den Vorgaben der STIKO, und selbstverständlich soll jedem Kind, dem von dort eine Impfempfehlung ausgesprochen wird, auch zeitnah eine Impfung angeboten werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Ihr Vorstoß und die Hinweise in allen Ehren, aber was uns am meisten stört, ist, dass Ihr Antrag nur für die Kinder in der Stadt gelten soll. Wir sehen das etwas breiter und hätten uns das an dieser Stelle auch gewünscht und es an der Stelle gern anders diskutiert. Auch gehen uns die Beschlussvorschläge ein bisschen am Ziel vorbei. Mir ist aus der Diskussion nicht ganz klar geworden, worauf Sie eigentlich hinauswollen. Daher lehnen wir leider Ihren Antrag ab. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Christopher Hupe.

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste! Auch wir werden den Antrag der FDP ablehnen, so viel schon einmal vorweg. Den Ausführungen meiner Kolleginnen aus der Koalition kann ich mich voll und ganz anschließen, und die muss ich jetzt auch in Anbetracht der Zeit nicht wiederholen.

Ich glaube, der Gesamtsenat hat gezeigt, dass das Ziel, möglichst viel Präsenzunterricht auch aus den genannten Gründen sicherzustellen, ein Ziel des gesamten Senats war und dass dieses Ziel auch für das nächste Schuljahr natürlich ganz oben stehen wird. Da ist für uns immer klar, dass neben dem Recht auf Bildung und guter Bildung, die am besten in Präsenz funktioniert, auch der Gesundheitsschutz mitgedacht wird. Das ist immer eine schwierige Abwägung, aber für uns ist auch ganz klar, wenn es Einschränkungen geben muss, dass die Einschränkungen für die Schulen, für die Schülerinnen und Schüler als Letztes kommen und als Erstes wieder gehen. Das haben wir in diesem Schuljahr gezeigt, und das wird auch im kommenden Schuljahr so sein.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Zu den Punkten, die die FDP in dem Antrag fordert, wurde schon viel gesagt. Ich glaube, bei allen Punkten ist ersichtlich, dass der Senat dort handelt,

Konzepte hat und sie auch immer weiter anpasst. Sie sind zum Beispiel bei der Digitalisierung und der Digitalität nicht am Ende, sondern werden immer weiterentwickelt. Es gibt auch Weiterqualifizierung und Fortbildungen, das geht voran, das bleibt nicht stehen, aber der Senat ist dort auf einem guten Weg und sicherlich auch in weiten Teilen weiter, als es in dem Papier gefordert wird.

Ich möchte jetzt trotzdem noch einmal die Zeit nutzen, die ich habe, um auf ein paar Themen einzugehen! Das erste ist das Thema Luftfilter. Ich glaube auch, dass es bei den stationären raumlufttechnischen Anlagen, den RLT-Anlagen, sehr wichtig ist, dass wir da im Sommer vorankommen. Ich weiß, dass der Finanzsenator dieses Anliegen teilt und dort auch darauf schaut, dass IB nicht, wie es in der Zeitung stand, erst in den Ferien überlegt, was passieren soll, sondern jetzt rechtzeitig die Planung vorantreibt, um in den Ferien auch Anpassungen zu machen. Das ist wichtig, und das muss so kommen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Gleichzeitig hat aber der Senat mit dem Bremen-Fonds Gelder bereitgestellt, um mobile Lüfter in den Schulen zu finanzieren. Die Schulen können sie bestellen – bisher wurden weit über 2 000 Lüfter bestellt –, und Schulen können auch weiter aus diesem Fonds Geld dafür beantragen. Dazu auch mein Appell, wenn diese Raumlüfter in den Schulen noch gebraucht werden, diese Bestellung doch aufzugeben, damit wir sie im nächsten Schuljahr nutzen können!

In dem Antrag wurden außerschulische Lernorte angesprochen. Ich glaube, es ist sehr schwierig, in Kleingruppen zu switchen, weil das Personal einfach nicht da ist, und wir wollen ja möglichst volle Präsenz sicherstellen. Ich glaube aber, dass man schon auch kreativ sein kann, und wenn es so sein sollte, dass wir leider in Halbgruppen wechseln müssen, dann wäre es doch sinnvoll, dass Unterricht, der zum Beispiel draußen stattfindet, dann auch in voller Präsenz stattfinden kann.

Mein Kollege Herr Saffe hat vorhin unseren Besuch in der letzten Woche in der Oberschule Sebaldsbrück auf dem Rennbahngelände angesprochen. Das ist eine Schule, die zum Beispiel im fünften Jahrgang konsequent draußen Unterricht macht, und wenn Schulen das zeitweise oder sogar über einen längeren Zeitraum machen, dann sollten sie auch dementsprechend in voller Präsenz bleiben können, auch, wenn die Inzidenzwerte steigen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Es wurde schon einiges dazu gesagt, meine Kolleginnen aus der Koalition haben das angemerkt, dass die STIKO-Empfehlung, Impfungen bei 12- bis 15-Jährigen nur bei medizinischer Notwendigkeit zu machen, vielleicht nicht ganz ausreichend ist. Der Vorstand des Weltärztebundes Montgomery hat heute in der „Tagesschau“-App gesagt, dass, wer sich nicht impfen lässt, die Immunität irgendwann durch Krankheit erreichen wird, und wenn wir die Jugendlichen nicht impfen – es sind ja 12- bis 15-Jährige, die jetzt noch außen vor sind –, dann wird sie das irgendwann ereilen. Deswegen ist mein Appell auch, es ihnen zu ermöglichen, sich impfen zu lassen. Die STIKO sollte da die Empfehlung geben, dass es da zumindest eine freiwillige Impfung gibt – und alle Impfungen sind freiwillig –, dass dann Kinder und Eltern entscheiden können, ob sie die Immunität über eine Impfung oder dann doch über eine eventuelle Ansteckung erreichen wollen.

Zum Schluss noch zum Schulstart im nächsten Jahr: Die Testpflicht, die wir haben, wurde angesprochen. Ich glaube, es macht vielleicht Sinn, dass wir gerade zu Beginn des Schuljahres, wo wir nicht wissen, wo alle Schülerinnen und Schüler waren – viele werden in Urlaub fahren und den Sommer nutzen, und die Deltavariante ist auch in Deutschland schon die dominante –, die Zeit nutzen, vielleicht die Testungen noch auszuweiten und vielleicht dreimal in der Woche zu testen, zumindest so lange, bis wir ein klares Bild haben.

Wir haben einen großen Vorteil in Bremen, und zwar den, dass wir spät in die Ferien hineingehen und deswegen auch spät herausgehen. Das heißt, wir können sehen, wie die Situation in anderen Bundesländern ist und natürlich – und das ist mein Appell an den Staatsrat! – daraus lernen und uns dementsprechend vorbereiten, um möglichst einen reibungslosen Schulstart zu haben, der in voller Präsenz stattfinden kann. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Jan Stöß.

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin, Sie habe ich schon begrüßt! Ich möchte Ihnen sagen, dass wir es natürlich begrüßen, dass die FDP die Strategie des Senats zur Offenhaltung der Schulen und auch die

Pläne für das neue Schuljahr so aufmerksam begleitet. Allerdings wäre es vielleicht gar nicht nötig gewesen, jetzt ein solches Pflichtenheft aufzuschreiben, denn die Planungen, auf die die Abgeordneten aus den Koalitionsfraktionen schon hingewiesen haben, entsprechen ja sehr weitgehend dem, was Sie aufgeschrieben haben, nein, sie gehen darüber hinaus. Deshalb bedarf es dieser Anforderung an den Senat nicht.

Wie kein anderes Bundesland, das will ich noch einmal ausführen, steht doch Bremen dafür, die Schulen offengehalten zu haben und gleichzeitig digitale Angebote zu ertüchtigen und zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie das den Abgeordneten aus den Koalitionsfraktionen und dem Staatsrat nicht abnehmen, dann können Sie ja einen Blick in die Presse werfen, in die regionale wie in die überregionale. Sie können doch in diesen Tagen ganz eindrucksvoll lesen, im „Spiegel“, ich glaube, am Samstag: „Schulen und Kitas in Bremen waren längst nicht so lange geschlossen, wie anderswo.“ Die „Bild“-Zeitung schreibt – das Zitat kennen Sie wahrscheinlich schon –: „Die Bremer Bildungssenatorin hat ihre Schüler vor Corona geschützt wie kaum eine andere Ministerin. Die Klassenbeste! Fast keine Schulschließungen, Lehrer durchgeimpft, Kinder getestet – vorbildlich!“

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich will einmal kurz auf die einzelnen Punkte im Zusammenhang eingehen! Sie haben die Haustechnik angesprochen. Es ist doch hier dargelegt worden: Kaum ein anderes Bundesland hat so viel bei den mobilen Luftfilteranlagen unternommen. Wir haben 2 300 Anlagen beschafft und an die Schulen verteilt. Die CO₂-Messgeräte sind fast flächendeckend ausgeteilt worden und sind im Einsatz, die Schulen geben bereits seit Monaten Bestellungen für die Luftfilter auf. Das ist auch weiterhin möglich, übrigens auch für Kitas, und ja, wir werden das Bundesprogramm, das übrigens ziemlich nachteilig aufgelegt ist, auch nutzen, wo es möglich ist.

Ich mache mir den Spaß und bringe noch einmal ein Pressezitat aus dem „Tagesspiegel“ von gestern, er hat eine Umfrage in den Bundesländern gemacht: „Bei den Vorkehrungen zur Sicherstellung des Präsenzunterrichts an Schulen herrscht über den Stand der praktischen Vorbereitungen, etwa, was den Einbau von Lüftungsanlagen betrifft, landauf, landab frappierende Ahnungslosigkeit, mit Ausnahme des Landes Bremen.“

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich will es Ihnen nicht zumuten, jetzt auch noch zu den Erfolgen der Digitalisierungen bei uns im Land „Die Zeit“, ein riesiges Dossier, zu zitieren, das ganz deutlich gemacht hat, dass wir mit der Einführung der Lernplattform itslearning schon lange vor der Pandemie die Grundlagen dafür gelegt haben, dass wir Digitalunterricht/Distanzunterricht viel besser flächendeckend anbieten können als alle anderen Bundesländer, und ich finde es nicht in Ordnung, dass Sie diese Erfolge hier kleinreden.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich habe es schon selbst hier mitbekommen, dass Sie doch die Teststrategie auch immer wieder infrage gestellt und gefragt haben: Bringen diese Massentestungen überhaupt etwas, die Anfang des Jahres ins Werk gesetzt worden sind? Das ist übrigens mit großer Unterstützung aus der bremsischen Wirtschaft passiert, wofür wir sehr dankbar sind. Das war eine gute Maßnahme. Niemand hat so viel getestet wie wir, so konsequent getestet, so frühzeitig die Tests beschafft. Das ist ein Erfolg, und an diesen Schutzmaßnahmen werden wir auch weiter festhalten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Beim Impfen, auch das können Sie doch jeden Tag in der Zeitung lesen: der Erfolg der Bremer Impfstrategie! Mit einer großen Solidarität aus anderen Bereichen haben wir es geschafft, dass Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas und Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer frühzeitig geimpft worden sind. Wenn Sie uns da auf die Schulter klopfen wollen, Frau Bergmann, dann finde ich das in diesem Fall wirklich einmal angemessen. Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Dass die Pandemie eine große Herausforderung darstellt, die mit großer Ernsthaftigkeit angegangen werden muss: natürlich! Dass das für das System Schule eine große Herausforderung ist: natürlich! Dass wir dort ständig weiter lernen müssen, ist auch richtig, aber ich fände es gut und ein Zeichen der Wertschätzung, wenn Sie jetzt nicht diese notorische Behörde oder wen auch immer kritisieren, sondern vielleicht doch auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anerkennen, die da diese Strategie umsetzen, und diejenigen, die an den Schulen hart dafür kämpfen und da eine Menge unternehmen. Das wäre ein Zeichen der Wertschätzung.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie brauchen Ihre Aufforderung nicht, und deshalb würden wir uns der Empfehlung anschließen, diesen Antrag abzulehnen. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses zu den Petitionen S 20/37, S 20/64 und S 20/73 wegen Erhalts der Lesumwiesen vom 2. Juli 2021
(Drucksache [20/477 S](#))

Gemäß § 12 Absatz 3 Petitionsgesetz verlangt die Fraktion der CDU eine Aussprache über die Petitionen S 20/37, S 20/64 und S 20/73.

Gemäß § 43 Absatz 5 der Geschäftsordnung erhält zunächst das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer als Vorsitzender des Petitionsausschusses.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer, Berichterstatter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für die Geduld, die Sie haben, dass wir das Thema heute noch behandeln! Wir machen das auf besonderen Wunsch der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Stadtentwicklung, denn das

Ressort hatte darum gebeten und darauf hingewiesen, dass in diesem Sommer Baumaßnahmen und die Ausschreibung für Baumaßnahmen beginnen werden, und wir als Parlament sollten allerdings auch das Selbstverständnis haben, dass wir Petitionen, die wir in der Beratung haben, bis dahin zum Abschluss bringen.

Diese Petition hat den Petitionsausschuss beschäftigt wie kaum eine andere, darf ich sagen, sie wurde eingereicht kurz nach Beginn dieser Legislaturperiode. Das Thema ist allerdings viel älter – die Älteren unter uns, Herr Fecker, werden sich erinnern! –,

(Heiterkeit)

wir hatten einmal einen Überseehafen, und bei der Maßnahme Lesumwiesen/Schaffung einer Flachwasserzone geht es um die umweltrechtliche/wasserrechtliche Kompensation für die Verfüllung des Überseehafens; das nur, damit wir wissen, über welchen Zeitraum wir jetzt sprechen!

Wir haben uns dieser Petition, die von 660 Bürgerinnen und Bürgern digital mitgezeichnet wurde, die aber von fast 2 000 Menschen vor Ort händisch auf Papier unterstützt wurde, im Ausschuss sehr intensiv angenommen. Wir hatten insgesamt zwei offizielle und mehrere inoffizielle Ortstermine, auch für die, die südlich der Lesum leben, damit man sich ein Bild vor Ort verschafft. Wir haben vier Anhörungen im Petitionsausschuss durchgeführt, und kundige Leserinnen und Leser unserer Parlamentsdrucksachen werden festgestellt haben, dass der Stadtbürgerschaft schon im letzten September ein Abschlussbericht für diese Petition vorgelegen hat.

Hier darf ich mich bei der Bremischen Bürgerschaft bedanken und darauf hinweisen, es hat auch ein Einsehen der Koalitionsfraktionen gegeben, dass diese Petition nach Vorlage neuer Erkenntnisse und eines Gutachtens, das die Petentinnen und Petenten selbst bezahlt haben, noch einmal in den Ausschuss zurücküberwiesen und dort jetzt am letzten Freitag abschließend behandelt wurde. Wir haben das insgesamt mit großer Ernsthaftigkeit getan, ich darf mich da bei allen Fraktionen bedanken. Wir haben viele Fragen wirklich intensiv beraten, es hat am letzten Freitag noch letzte Änderungen dieses Abschlussberichts gegeben, trotzdem gibt es kein einstimmiges Votum. Der Bericht wurde beschlossen von den Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.

Insgesamt sind aus meiner Sicht aber noch Verbesserungen in einen Abschlussbericht hineingekommen, die darauf hinweisen, dass das Ressort nicht aus der Verantwortung gelassen wird. Der Abschlussbericht, der Ihnen jetzt vorliegt, nimmt das Ressort in die Pflicht – noch nicht in eine richtige Haftung, aber in eine politische Haftung –, wenn dort Schäden passieren. Es geht um Grundstücke, bei denen befürchtet wird, dass sie durch steigendes Grundwasser zu massiven Schäden kommen. Dazu gibt es eingefügte Passagen. Ich darf mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Petitionsausschuss bedanken, und Sie haben mir jetzt zugehört, damit die Debatte insgesamt je Redner um ein Mal fünf Minuten kürzer sein wird. – Ansonsten danke ich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bettina Hornhues.

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion lehnen den Beschluss des Petitionsausschusses zu der Petition „Errichtung einer Flachwasserzone an der Lesum“ ab. Lassen Sie mich festhalten: Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Maßnahme, aber die Fakten, die in den vergangenen Monaten scheinbar auf den Tisch kamen, lassen uns an einer qualifizierten Planung zweifeln.

Ich selbst habe in den vergangenen 20 Jahren unter anderem als Sprecherin des Beirats Burglesum die Maßnahme in vielen Beteiligungsprozessen grundsätzlich positiv begleitet, aber was hat sich jetzt verändert, und was hat uns jetzt bewogen, unsere ablehnende Meinung hier zu debattieren? Ich kritisiere in diesem ganzen Verfahren vor allem die Behörde. Frau Senatorin Dr. Schaefer, wie kann Ihre Behörde über Jahre – und ich spreche hier nicht über ein oder zwei Jahre, sondern über 20 Jahre! – den Trägern öffentlicher Belange, dem Beirat Burglesum, aber auch den Anwohnern mit sich ändernden, ja, falschen Zahlen und Fakten ein weiterhin nicht verständliches Bild und keinen endgültigen Plan vorstellen?

Ja, der Argumentation, auch der des BUND, kann ich weiterhin folgen, und es ist auch klar, dass die Lesumwiesen durch die Maßnahme eine weitere biologische Aufwertung erhalten würden. Es ist selbstverständlich ein Unterschied, ob die Lesumwiesen ein hochwertiges Normalgebiet oder ein

wertvolles Naturschutzgebiet sind. Die Fläche wurde in den vergangenen Jahren sich selbst überlassen, und es hat sich ohne weiteres Zutun ein acht Hektar großes Biotop mit einer großen biologischen Vielfalt entwickelt. Die nachvollziehbare Begründung, warum in dieses bestehende Biotop erst einmal umfassend eingegriffen werden soll, konnte die Behörde aber nicht liefern.

Die Maßnahme wurde dabei in sämtlichen öffentlich vorgestellten Planungen mit Pegelständen von 2,10 Metern ausgewiesen, das ist die Basis von Diskussionen und Beschlussfassungen gewesen. Jetzt, kurz vor Ende der Diskussion und fast vor dem Start der Maßnahme, ist von Pegelständen von bis zu 2,60 Metern die Rede. Dem Beirat Burglesum, den Anwohnern und der Öffentlichkeit wurde von der SWECO durchgehend eine Flutungshöhe von 2,10 Metern NHN als Demarkationslinie, analog dem letzten Plan von 2020, vorgestellt. Damals war immer der Höchstwasserstand von 2,10 Metern NHN Planzustimmungsvoraussetzung für den Beirat und die Deputation.

In der Berichtsbitte vom 1. Juli 2020 heißt es: „Weiterhin werden die Wasserstände nur sehr selten, und wenn, dann kurzzeitig, einen Wert von 2,60 Metern NHN überschreiten.“ Diese neuen Sachstände sind in Ihren Planungen jedoch anscheinend noch nicht eingearbeitet. Sie wollen vermeiden, ein neues beziehungsweise weiteres Beteiligungsverfahren starten zu müssen. Diese Pegel sind nicht selten, wie von der Behörde angegeben, nein, sie finden fast jeden zweiten Tag, über 170 Mal im Jahr, statt.

Darüber hinaus muss ich Sie leider auf einen Fehler im Bericht des Petitionsausschusses hinweisen, das habe ich auch übrigens bereits am Freitag während der Anhörung getan: Bei Starkregenereignissen fließen 39 000 Kubikmeter Wasser von den angrenzenden Straßen Am Kapellenberg und Meierhofstraße den Geesthang hinunter in die Lesumwiesen. Ihr Gutachter hat hier Fehler bei der Beurteilung gemacht. Am Rande hat er das gegenüber den Petenten sogar zugegeben, dass die Fragestellung falsch war. Er hat diese immense Wassermenge auf das komplette Überschwemmungsgebiet, das viele Quadratkilometer groß ist, von der Lesum bis Borgfeld verteilt, und dadurch kam eine Berechnung eines Pegelanstiegs von 0,7 Zentimetern zustande.

Sie wissen selbst, das funktioniert nicht: Das Wasser läuft erst noch einmal nur in die Lesumwiesen, es breitet sich nicht blitzartig bis Borgfeld aus, vor allem nicht innerhalb von Sekunden. Diese 39 000

Kubikmeter Wasser lassen den Wasserstand im Maßnahmengebiet vorsichtig gerechnet sehr schnell um weitere mindestens 20 Zentimeter ansteigen, da die bisherige Fläche bei Hochwasser bereits vollgelaufen ist.

Bei der Umsetzung der Maßnahme wird ja beabsichtigt, das Plangebiet für die Fischlaichzone auszubaggern, das ist nämlich der nächste Punkt. Vor Ort gibt es einen oberen und einen unteren Grundwasserpegel. Dass bei Gutachten leider nur der untere Grundwasserpegel gemessen wurde, sei hier auch noch am Rande erwähnt. Der obere Grundwasserpegel wird durch eine unterschiedlich dicke Lehmschicht geschützt. Wird diese Lehmschicht mit dem Bagger nun zu weit abgetragen, besteht die Gefahr, dass das Grundwasser durchbricht und durch den hohen Druck auf dem oberen Grundwasserpegel –.

(Unruhe)

Wenn Sie zuhören würden, könnte man vielleicht auch noch einmal darüber nachdenken, ob man der Petition vielleicht doch zustimmen würde!

(Beifall CDU)

Wird diese Lehmschicht mit dem Bagger nun zu weit abgetragen, besteht die Gefahr, dass das Grundwasser durchbricht und durch den hohen Druck auf dem oberen Grundwasserpegel das Wasser sofort in die Oberfläche tritt und das Plangebiet flutet. Man erhält dann kein tideabhängiges Gewässer mehr, sondern eher einen See. Eine Reparatur der Lehmschicht ist in dieser Situation leider auch nur noch schwer bis gar nicht mehr möglich.

Ich als Bewohnerin von Burglesum vermisste bei der ganzen Sache vor allem eines: Wenn die Maßnahme wirklich so gut geplant ist, wie uns immer suggeriert wird, warum sagen Sie dann nicht verbindlich zu, dass der Admiral-Brommy-Weg bis zu einem Pegelstand von 2,70 Metern nicht überflutet wird, dass der auch für das Lesumsperrwerk notwendige Sommerdeich erhalten, gepflegt und bei Bedarf instand gesetzt wird, dass garantiert wird, die Anwohner durch die Maßnahme und die damit verbundene Gefahr eines sich aufstauenden Grundwassers dauerhaft zu schützen? Eine Begrenzung auf vier Jahre ist schon abenteuerlich!

(Glocke)

Schade ist auch, dass die Kollegin der Bremer LINKEN, Frau Tegeler, kurzerhand noch eingeknickt ist

(Zuruf Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE])

und die Petition trotz vorheriger Signale für eine Zustimmung noch abgelehnt hat.

(Zuruf Abgeordnete Maja Tegeler [DIE LINKE])

Außerdem vermisst man das Engagement der anderen Nordbremer Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft der Regierungsfractionen, in vorderster Front des dortigen Sprechers der Grünen. Jetzt nur Erwartungen in den Bericht des Petitionsausschusses zu formulieren, dient doch nur der Beruhigung ihres Gewissens!

(Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Frau Hornhues, Sie müssen zum Schluss kommen! Sie haben Ihre Redezeit um fast zwei Minuten überzogen!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Ja, ich musste meine Rede ja auch kürzen!

(Zurufe)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Wir haben fünf Minuten vereinbart, Frau Hornhues, und zwei Minuten mehr sind definitiv zu lange!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Den Petenten wird das wenig helfen. Wir gehen davon aus, dass bei der Maßnahme nicht nachgebessert wird. Meine Damen, meine Herren, die Petenten haben massive Ängste um ihr Hab und Gut, und deswegen lehnen wir diesen Beschluss des Petitionsausschusses ab. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Maja Tegeler.

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen und Gäste! Flachwasserzonen, die als Fischlaichzone dienen können, sind rar, besonders an unseren Bremer Flüssen, die größtenteils begradigt, vertieft und an den Ufern befestigt sind. Für ein funktionierendes Flussökosystem sind aber naturnahe Was-serzonen unabdingbar.

Es ist schon erwähnt worden: Bereits 1998 war entschieden worden, die Versiegelung des Hafenbeckens im Überseehafen und die dadurch entstandenen negativen Auswirkungen auf den Naturhaushalt durch verschiedene Maßnahmen zu kompensieren. Ein Fischpass am Teerhofstau und ein Fischweg vom Werdersee in die Mittelweser konnten schon früh umgesetzt werden. Der letzte Teil der Maßnahme aber, über den wir heute reden, die tidebeeinflusste Flachwasserzone als Laich- und Aufwuchsraum für Fische an der Lesum, verzögerte sich, obwohl das vorgesehene Grundstück schon im Jahr 2000 erworben wurde.

Für die geplanten, ehemals landwirtschaftlich genutzten Flächen aber war diese Ruhezeit von Vorteil. Dort entstand eine blühende und insektenreiche Landschaft. Diese wollte die Bürger:inneninitiative BiEnLe mit ihrer Petition gern in der jetzigen Form bewahren, einerseits, weil auf der Wiese inzwischen ein Biotop mit mehr als 160 Pflanzenarten entstanden ist, andererseits, weil die Wiese auch dem Hochwasserschutz dient und damit der Sicherheit der angrenzenden Wohnhäuser. Beides verständliche Gründe, sich die Planungen zu der Kompensationsmaßnahme noch einmal genau anzusehen und gegebenenfalls auch nachzubessern!

Frau Kollegin Hornhues, das ist im Laufe der letzten eineinhalb Jahre teilweise aber auch geschehen, eben wegen der Hartnäckigkeit der Bürger:inneninitiative! Ja, viele Fragen und Bedenken wurden aufgeworfen, manche konnten beantwortet werden, und einige bleiben leider vorerst offen, das ist so. Die Maßnahme allerdings nicht durchzuführen, kommt für uns schlussendlich nicht infrage.

Warum ist das so? Die Befürchtung, dass Lebensraum für Insekten unwiderruflich zerstört wird, konnte entkräftet werden. Die jetzige Tier- und Pflanzenwelt bleibt weitgehend erhalten, kann sich sogar entwickeln, da die Pflegemaßnahmen nach Biodiversitätsmaßgaben erfolgen. Gewässerarten bekommen mehr und vor allem qualitativ hochwertigeren Platz. Zudem ist bei der Erlebbarkeit des Naturraums zumindest ein bisschen nachgebessert worden. Zugangsmöglichkeiten zur Wiese sollen im Westen der Fläche entstehen und so den Anwohner:innen weiterhin zur Erholung zur Verfügung stehen.

Schwerer wiegt das Thema Hochwasserschutz, das haben Sie auch gesagt. Im Rahmen eines Mediationstermins wurden eine Baugrunduntersuchung der Grundstücke der Anwohner:innen im Hinblick

auf den Zustand der Gebäude und eine Beweissicherung vereinbart. Sollte sich im Laufe der Zeit ergeben, dass nachgebessert werden muss, dass Schäden entstehen, sieht der Bericht des Petitionsausschusses klar die Erstattung dieser Schäden vor.

(Zuruf Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU])

Deswegen verstehe ich Ihr Problem an dem Punkt nicht, Frau Kollegin Hornhues. Deswegen haben wir dem Abschlussbericht des Petitionsausschusses zugestimmt, auch wenn auch wir natürlich zu bedenken geben müssen, dass es bei gerade solchen Maßnahmen immer verschiedenste Einwände geben wird und dass die transparente Information und Kommunikation, die eigentlich nötig gewesen wäre, vonseiten des Ressorts leider oft tatsächlich nicht besonders gut liefen. Da sind wir uns einig.

Wichtig ist aber, dass im Abschlussbericht auf unser Drängen hin die Punkte der bodenkundlichen Baubegleitung stehen, die eben verhindern sollen, dass die Lehmschicht durchstoßen wird und dort unreflektiert weitergearbeitet wird, und im Abschlussbericht steht explizit, dass nachgebessert wird, sollten diese Probleme auftauchen, und dass auch ein Stopp der Maßnahmen als Ultima Ratio nicht ausgeschlossen wird. Das trägt den berechtigten Anliegen der Petent:innen Rechnung, und deswegen folgen wir Ihrer Linie nicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieses Vorhaben ist irgendwie ein Lehrstück dessen, was eigentlich nicht passieren sollte. Dass eine Kompensationsmaßnahme fast eine Generation braucht, bis sie umgesetzt wird, führt dazu, dass sich der Naturraum weiterentwickelt, Lebensgewohnheiten entstehen, Menschen ihn schätzen lernen, so, wie er ist, auch, weil vorher schon Ausgleichsmaßnahmen für den Holz- und Fabrikenhafen in der Gegend durchgeführt wurden, und man sich dann eben die Frage stellt, ob sich das jetzt noch verändern muss.

Diese Frage stellen sich die Menschen nicht ganz zu Unrecht, und insofern müssen wir uns oder der Verwaltung die Frage stellen: Kann nicht schneller

reagiert werden? Kann man nicht schneller agieren? Kann nicht zu dem Zeitpunkt agiert werden, bevor solche Entwicklungen eingetreten sind? Jetzt wird etwas verändert, was die Menschen dort lieb gewonnen haben. Ich will aber dagegen gar nichts in dem Sinne sagen, ich kann auch die Verwaltung verstehen, denn sie muss ausgleichen, was als Eingriff in die Natur erfolgt ist, und das Zuschütten eines Hafensbeckens, ehrlich gesagt war das kein naturnaher Lebensraum und kein naturnahes Laichgewässer, ist aber immerhin ein Eingriff in genau so ein Laichgewässer und muss ausgeglichen werden. Das ist eine Kompensationsmaßnahme, wie wir Freien Demokraten sie immer wieder bei Eingriffen in die Natur fordern. Insofern stehen da zwei Dinge gegeneinander, nämlich der Ausgleich für diese Eingriffe auf der einen Seite, und auf der anderen Seite dieses Gewohnheits, was sich dort verändern wird und sich auch unaufhaltsam verändern wird.

Dann kann man auch die Ängste der Bürgerinnen und Bürger verstehen, die an der Stelle sagen: Passt auf unser Hab und Gut auf, betrachtet die Hochwassersituation! Da muss man dann sagen, ja, es ist wichtig, dass das weiter im Auge behalten wird, dass die Baumaßnahmen entsprechend behutsam vorgenommen werden und das Hab und Gut der Menschen weiter geschützt wird, aber letzten Endes bleibt es eine unbefriedigende Situation, weil so viel Zeit vergangen ist, weil es lange gedauert hat, bis der Dialog zwischen den Gruppen auch stattfinden konnte. Hier hat der Petitionsausschuss mit seinem Vorsitzenden Herrn Rohmeyer auch hervorragende Arbeit in der Moderation dieses Dialogs geleistet, dafür möchte ich danken!

(Beifall FDP, CDU)

Letztendlich zeigt uns das nur, wir müssen hier weiter daran arbeiten, dass solche Verfahren besser laufen und Lösungen gefunden werden, die einen besseren Kompromiss darstellen als das, was wir jetzt hier erleben. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Mustafa Öztürk.

Abgeordneter Mustafa Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon einiges dazu gesagt: Ja, es war eine Petition, mit der wir uns sehr intensiv befasst haben. Eingriffe in die Natur sind immer mit ganz großen Schwierigkeiten

verbunden, man muss sehr viele Detailfragen beraten, besprechen und durchdiskutieren. Ich war der Berichterstatter für die Petitionen, und glauben Sie mir, ich war fast täglich mit Fragen zu dieser Petition beschäftigt! Ich will jetzt nicht en détail in die Tiefe gehen, denn diese Detailfragen können wir in der Kürze der Zeit heute hier nicht mehr aufklären, weil wir auch den Antrag aus der CDU-Fraktion haben und uns dazu verhalten müssen, warum dieses Votum so ausfällt, wie es ausfällt, alle Details dazu stehen im Abschlussbericht.

Ich möchte zusammenfassen, auch im Namen der Koalition, wie wir diesen Abschlussbericht am Freitag im Ausschuss noch einmal mit auf den Weg gebracht haben: Wir erwarten als Petitionsausschuss vom Ressort, dass alle Maßnahmen getroffen werden, um das einzuhalten, was wir am Freitag in der Sitzung durch Zusagen des Ressorts, aber auch der Verfahrensbeteiligten erhalten haben, dass das Eigentum der Petenten in keiner Weise zu gefährden ist, dass auch der Admiral-Brommy-Weg zu schützen ist und der sogenannte Sommerdeich in seiner Funktion zu erhalten ist.

Der Ausschuss spricht sich darüber hinaus im Sinne des Ortsbeirats Burglesum für die Begehbarkeit des Sommerdeichs aus. Wir erwarten noch dazu die baldmöglichste Aufklärung darüber, wie genau durch die angekündigte bodenkundliche Baubegleitung ein Durchstoßen der Lehmschicht vermieden werden soll, um zu verhindern, dass Grundwasser durchstößt. Frau Kollegin, wir haben das im Abschlussbericht stehen, wir haben diesen Punkt intensiv diskutiert. Ich stand im Austausch mit den Petenten, aber auch mit dem Gutachter der Petenten, und es steht noch einmal explizit im Bericht: Hier wird nichts irgendwie unter den Teppich gehöhrt!

Eines möchte ich an der Stelle noch sagen: Das Ressort und alle Verfahrensbeteiligten haben sich sehr intensiv bemüht. Wir haben vier Anhörungen im Ausschuss gehabt, wir haben als Ausschuss zwei Ortsbesichtigungen vor Ort durchgeführt, einige von uns waren mehrfach vor Ort, und immer war ein riesengroßer Trupp von Ressortbeteiligten und Verfahrensbeteiligten vor Ort. Sie konnten Fragen beantworten, und das, was sie mündlich nicht beantworten konnten, haben sie schriftlich eingereicht. Wir haben den Petenten immer die Gelegenheit gegeben zu fragen und gesagt: Reicht eure Fragen schriftlich ein, es ist sichergestellt, dass alle aus dem Ressort das beantworten werden. Natürlich kann man nicht immer alle Fragen zu Ende diskutieren und immer so ausgiebig beantworten,

aber letzten Endes war es ein absolut transparentes und faires Verfahren, wie wir diese Petition heute hier zum Abschluss bringen, damit die Maßnahmen anlaufen können.

Wir haben eben auch noch einmal eindeutig unsere Erwartungshaltung erwähnt, wie mit Gutachten umgegangen werden muss, was Hochwasser und entsprechend die Überschwemmungsgefahr bedeuten. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass das Ressort sehenden Auges Katastrophen in Kauf nimmt, bauliche Begleitung nicht durchführt und schaut, wie das dann überschwemmt wird! Das glaubt doch kein Mensch! Die sind in der Verantwortung, sie wissen, was das auch für Haftungsfragen beinhaltet, und sie werden natürlich letzten Endes auch der Ultima Ratio folgen und alle Ausführungsplanungen, die gegebenenfalls angepasst werden müssen, auch anpassen. Dazu gehört immer ein Maßnahmenstopp, denn dann ist ja auch Gefahr in Verzug. Ich glaube, niemand aus der Exekutive würde dies als Gefahr hinnehmen und es dulden, dass da irgendjemand zu Schaden kommt.

In dem Sinne: Ich finde, wir haben hier ein sehr transparentes Verfahren gehabt. Die Petenten, so habe ich sie verstanden, finden sich unter dem Strich an vielen Stellen wieder, auch im Abschlussbericht. Wichtig war für sie die Sicherheit des Eigentums, und das ist schützenswert, und das haben wir auf den Weg gebracht, meine Damen und Herren. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Ich musste aufgrund vielfacher Wünsche in meiner Fraktion die ganzen Danksagungen, die ich in meiner Rede hatte, herausstreichen, damit meine Redezeit ein bisschen kürzer wird.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es hier mit einer Thematik zu tun, welche – das haben Sie beim Studieren der Unterlagen sicherlich wahrgenommen – ihren Ursprung vor weit mehr als einer Dekade hatte. Es geht um die Herstellung einer Flachwasserzone auf Kosten einer vorhandenen Wiesenfläche in Lesum, den Erhalt der Lesumwiesen. Die Flachwasserzone – das wurde hier auch schon mehrfach angemerkt, aber noch nicht von mir – soll als Kompensationsmaßnahme für die Verfüllung

des Überseehafens dienen. Dies wurde übrigens im Jahr 2011 beschlossen, und doch beschäftigt es uns hier und jetzt, und das ist auch gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen, denn wir beschäftigen uns aufgrund einer Petition damit, also eines Gesuchs von Bremer Bürgerinnen und Bürgern an den zuständigen Petitionsausschuss der Bremischen Bürgerschaft.

Im Petitionsausschuss haben wir uns ausführlich mit der nun zu behandelnden Petition auseinandergesetzt. Gemeinsam haben wir Argumente angehört, Gutachten gelesen und besprochen. Es fand eine Ortsbegehung statt, und wir haben die Petition wiederholt nicht abgeschlossen, sondern sie ganz bewusst – weil es ein hoch emotionales Thema ist, nämlich das eigene Heim – wiederholt auf die Tagesordnung gesetzt und uns mit den neuen Fragen und Erkenntnissen auseinandergesetzt.

Die Thematik war umfangreich und hoch komplex, und ich behaupte einmal, jedes Mitglied des Petitionsausschusses ist mindestens ein wenig klüger geworden, wenn es beispielsweise um Retentionsräume, Ausgleichsflächen, Biototypen, Tidenergnisse, Abflussverhältnisse und Lehmschichten ging. Natürlich waren und sind wir als Politikerinnen und Politiker hier auf Sachverständige angewiesen, und natürlich müssen wir den uns vorgelegten Gutachten auch vertrauen, denn, wie gesagt, das Thema ist hoch komplex.

Uns war es deswegen wichtig, dass wir als Petitionsausschuss im Bericht nun festhalten, dass selbstverständlich bei Schäden an den Häusern der Petentinnen und Petenten Ersatz zu leisten ist und Maßnahmen zu ergreifen sind, um weitere Schäden zu verhindern. Auch bezüglich der möglichen Gefährdung – auch das wurde hier angesprochen – der Lehmschichten und der Gefahr für die Trinkwasserversorgung durch den Grundwasserbrunnen wurde ein Gutachten erstellt, in dem festgestellt wurde, dass keine Gefahr der Verunreinigung besteht.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Deswegen – auch wenn wir nun feststellen, dass die Stadtbürgerschaft keine Möglichkeit sieht, den Eingaben der Petentinnen und Petenten zu entsprechen – heißt das nicht, dass hier nicht ganz erfolgreich im Kleinen Politik gemacht wurde. Im Gegenteil: Auch wenn es sicherlich Unzufriedenheit gibt, dass es jetzt nämlich zu der Schaffung einer

Flachwasserzone kommt, wo jetzt die Wiesenfläche besteht, umso erfolgreicher wurde hier politische Kommunikation betrieben, nämlich Kommunikation zwischen Petentinnen und Petenten, dem Ressort und dem Ausschuss der Bremischen Bürgerschaft, und es gab sichere Zusagen, um Unsicherheit entgegenzuwirken.

Ich wünsche Ihnen/uns gleich einen schönen Feierabend! Herr Staatsrat, auch von mir noch einmal herzlichen Glückwunsch! Was gibt es Schöneres, als den Abend hier so lange mit uns zu verbringen?

(Heiterkeit)

Ich wünsche noch einen schönen Abend! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Ronny Meyer.

Staatsrat Ronny Meyer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Lenkeit, in der Tat – ich war ja 18 Monate auch nicht hier! –, ich verbringe gern den Abend heute mit Ihnen zusammen!

Für den Senat möchte ich mich beim Petitionsausschuss, stellvertretend bei Herrn Rohmeyer, für die Bearbeitung der Petition bedanken. Ich glaube, der Bericht zeigt, dass der Ausschuss sich hier intensiv mit dem Anliegen der Petentinnen und Petenten und den Stellungnahmen des Senats beschäftigt hat. Es ist in der Tat auch für uns ein Verfahren gewesen, das sehr arbeitsaufwendig war. Wir haben sehr viele Fragen bekommen, die wir auch stets gut und schnell beantwortet haben. Der Petitionsausschuss hat die Argumente hinterfragt, bewertet, abgewogen. Im Ergebnis sieht der Ausschuss keine Möglichkeit, dem Anliegen der Petentinnen und Petenten zum Erfolg zu verhelfen.

Das Ressort/der Senat ihrerseits haben sich mit dem Sachverhalt ebenfalls sehr ausführlich und kritisch auseinandergesetzt. Glauben Sie mir, wir haben viele Petitionen, bei denen man manchmal, glaube ich, auch beim ersten Lesen erkennt, wie die Sachlage ist. Bei dieser Petition haben wir es uns auch im Stab nicht sehr einfach gemacht, sondern wir haben uns intensiv damit auseinandergesetzt, uns auch noch einmal neu eine Meinung gebildet. Das haben wir teilweise auch dadurch gemacht, indem wir neue Gutachten, zur Vegetation zum Beispiel, in Auftrag gegeben haben, und auch

weitere Fachgutachten waren Grundlage für unsere Antworten, die wir eingeholt haben, um die Fragen – auch immer wieder sehr kurzfristige und letzte Fragen der Petentinnen und Petenten – sachgerecht beantworten zu können.

Ich glaube, man kann anhand der Aktenlage, auch anhand des Berichts erkennen, dass wir – das ist zumindest mein Eindruck aus dem Ressort – die Fragen immer sehr schnell, sehr umfassend und immer auch sehr deutlich beantwortet haben. Ich glaube, es liegt in der Natur der Komplexität der Sache, dass manche Dinge am Ende vielleicht auch nicht abschließend beantwortet werden können, aber auch wir verlassen uns da auf den Sachverstand, der in der Behörde besteht, und auch auf den Sachverstand, der in den Gutachten dargelegt wurde.

Man sieht, dass es am Ende ein sehr umfassendes Verfahren war. Ich glaube, es gibt am Ende des Verfahrens auch etwas Positives für die Petentinnen und Petenten, denn durch den gerichtlichen Vergleich haben wir jetzt die Beweissicherung für eine mögliche Schadensersatzmaßnahme vorgenommen und auch zugesichert.

Für uns, das ist jetzt mehrfach gesagt worden, überzeugt das Projekt dadurch, dass natürlich die Zone als Kompensationsmaßnahme dann nun auch endlich umgesetzt werden kann. Die geschützte Biotopfläche nimmt insgesamt zu, und die Zunahme des Risikos für das Hochwasser konnten wir im Rahmen der Begutachtung und im Rahmen der Beschäftigung zumindest nicht feststellen.

Ich glaube – das sehe ich vielleicht anders als die CDU –, dass der Wert dieses Petitionsverfahrens auch darin liegt, dass die Petentinnen und Petenten deutlich mehr Sicherheit bekommen haben. Vieles ist nun dokumentiert und in den Akten hinterlegt, und ich glaube, dass es sicher gut ist, dass die Maßgabe des Petitionsausschusses, die wir zur Kenntnis genommen haben, im Bericht steht, aber es ist natürlich so, dass wir als Ressort, dass wir als Verwaltung beim Auftauchen neuer Erkenntnisse, neuer Sachverhalte und neuer Schäden nicht einfach so weitermachen, wie es vielleicht einmal in einem Plan festgelegt ist, sondern darauf dann reagieren werden und das berücksichtigen werden.

Nichts anderes können wir machen; nicht nur, weil es dieses Verfahren gab, sondern weil wir hier natürlich wissen, dass wir es mit dem Eigentum von Bürgerinnen und Bürgern zu tun haben. Deswegen werden wir nicht einfach einen Plan so einfach zu

Ende durchsetzen, sondern im Zweifelsfall – und danke auch noch einmal, dass das auch so deutlich in dem Bericht steht! – dann agil darauf reagieren können. – Insofern vielen Dank, und ich wünsche Ihnen einen schönen Abend!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 17 vom 30. April 2021 (Drucksache [20/442 S](#))

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Es ist getrennte Abstimmung beantragt.

Zuerst lasse ich über die Petition S 20/107 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, M.R.F.)

Stimmenthaltungen?	(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)
Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.	Stimmenthaltungen?
Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.	(M.R.F.)
Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.	Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.
(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die LINKE, FDP)	Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von dem Evaluationsbericht der städtischen Deputation für Inneres, Drucksache 20/438 S , Kenntnis.
Ich bitte um die Gegenprobe.	26. Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021 (Drucksache 20/471 S)
Stimmenthaltungen?	Die Beratung ist eröffnet.
(M.R.F.)	Wortmeldungen liegen nicht vor.
Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.	Die Beratung ist geschlossen.
Der „HanseSani“: Ein Erfolgsmodell, welches verstetigt werden muss! Antrag der Fraktion der FDP vom 15. Juni 2020 (Drucksache 20/189 S)	Wir kommen zur Abstimmung.
Wir verbinden hiermit:	Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
Der „HanseSani“: Ein Erfolgsmodell, welches verstetigt werden muss! Bericht und Antrag der städtischen Deputation für Inneres vom 27. April 2021 (Drucksache 20/438 S)	(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)
Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.	Ich bitte um die Gegenprobe.
Wortmeldungen liegen nicht vor.	Stimmenthaltungen?
Die Beratung ist geschlossen.	(M.R.F.)
Wir kommen zur Abstimmung.	Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.
Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 20/189 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.	Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 19 vom 2. Juli 2021 (Drucksache 20/476 S)
(Dafür CDU, FDP)	Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.
Ich bitte um die Gegenprobe.	Wir kommen daher zur Abstimmung.
	Es ist getrennte Abstimmung beantragt.
	Zuerst lasse ich über die Petition S 20/162 abstimmen.

Wer der Behandlung der Petition in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Jetzt lasse ich über die restlichen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(M.R.F.)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung der Stadtbürgerschaft angekommen. Ich bedanke mich recht herzlich und wünsche Ihnen allen noch einen schönen Abend!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 20:08 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 6. Juli 2021

Anfrage 9: Schwimmen nur mit Kreditkarte? Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 10. Juni 2021

Wir fragen den Senat:

1. Welche Zahlungsmittel sind aktuell für die Buchung von Tickets für die Bremer Bäder nötig?
2. Welche Möglichkeiten gibt es für Menschen, die die Bremer Bäder besuchen wollen, aber keine Kreditkarte haben?
3. Ab wann wird wieder ein regulärer Ticketkauf vor Ort ermöglicht?

Antwort des Senats:

Frage 1 bis 3 werden zusammen beantwortet: Das coronabedingte Hygienekonzept der Bäder verknappt das Angebot und begrenzt die Zahl der Badegäste, sodass nur circa 53 Prozent der Tickets zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist eine Registratur zur Kontaktverfolgung notwendig. Um unter diesen Bedingungen einen coronakonformen Badebetrieb zu ermöglichen, sind die Bremer Bäder bestrebt, Menschenansammlungen an den Kassen zu verhindern. Zudem soll möglichst niemand vergeblich auf Einlass warten. Daher bitten die Bremer Bäder darum – wenn möglich –, die Tickets bereits vorab im Onlineshop zu erwerben. Dabei werden gleichzeitig die Kontaktdaten erfasst.

Im Onlineshop kann mit Kreditkarte, Bäderkarte und Gutscheinkarte bezahlt werden. Bäderkarten und Gutscheinkarten können im Bädershops sowie an allen Kassen in den Bädern in bar erworben werden. Die Nachfrage ist deutlich angestiegen, Gutscheinkarten sind ab zehn Euro erhältlich. Die Zahlung mit EC-Karte wird zeitnah wieder möglich sein. Sie musste ausgesetzt werden, nachdem der bisherige Zahlungsdienstleister nicht mehr zur Verfügung stand.

Auch vor Ort ist der Ticketkauf in bar grundsätzlich möglich, sofern noch Karten zur Verfügung stehen. Bei gutem Badewetter und in den hochfrequentierten Freibädern Stadionbad und

Schlossparkbad sind die Tickets aber in der Regel bereits online verkauft. Bei weniger attraktivem Badewetter und in den weniger nachgefragten Freibädern Blumenthal und Westbad sind die Chancen auf einen Spontanbesuch mit Barzahlung dagegen hoch.

Auch der Vorverkauf einzelner Tickets in bar ist möglich, entweder im Bädershops oder im Vorverkauf am Morgen in den Freibädern. Angesichts der anhaltenden pandemischen Lage, auch mit neuen Virusvarianten, ist davon auszugehen, dass die Beschränkungen in den Bremer Bädern bis auf Weiteres bestehen bleiben. Die Bremer Bäder prüfen daher beständig, wie die Bezahlfverfahren und die Zugangssituation in den Bädern insbesondere für Kinder und Jugendliche verbessert werden können.

Anfrage 10: Projektförderungen durch den Innovationstopf der Senatskanzlei Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. Juni 2021

Wir fragen den Senat:

1. Welche inhaltliche Schwerpunktsetzung sieht die Förderrichtlinie des Innovationstopfes vor, und wie bildet sich diese in den bisher bewilligten Anträgen ab?
2. In welcher Höhe wurden Mittel aus dem Innovationstopf bereits abgerufen, und wie wird beabsichtigt, mit den verbleibenden Mitteln umzugehen?
3. Welche Möglichkeiten bestehen, um die Öffentlichkeitsarbeit auszubauen mit dem Ziel, die Bekanntheit dieser Fördermöglichkeit zu erhöhen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Gefördert werden gemäß Förderrichtlinie investive wie auch konsumtive Vorhaben vor Ort, die vorrangig zum einen die Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie älteren Menschen und Alleinstehenden im Quartier verbessern und zum anderen in Stadtteilen und Quartieren in der Stadtgemeinde Bremen wirken, im Quartier unterstützt

werden und möglichst ressortübergreifend getragen sind.

Die bisher bewilligten Anträge bilden diese Vielfalt ab, wie die nachfolgenden Beispiele zeigen: Ältere Menschen sowie Familien profitieren etwa von der Umsetzung von Parkbänken am Hauptbahnhof oder der Aufwertung des Gedächtnistempels in Wätjens Park. Kinder profitieren von Tanzprojekten in Hemelingen, von einem mobilen Schwimmbekken zur Wassergewöhnung in Bremen-Nord, von einer Kletterlandschaft auf dem Schulgelände der Grundschule am Pulverberg, Familien vom mobilen Angebot des Kulturhauses Pusdorf oder der Bücherkammer im SOS-Kinderdorf in der Neustadt. Jugendliche profitieren von einem „Lümmelplateau“ nach der anstehenden Sanierung des AWO-Jugendtreffs St. Magnus.

Zu Frage 2: Zum 21. Juni 2021 wurden 122 305,05 Euro von den bewilligten 199 978,75 Euro abgerufen. Fünf Anträge mit einem Volumen von 46 456,04 Euro stehen zudem kurz vor der Bewilligung. Der Fördertopf soll auch in Zukunft eine niedrighschwellige Fördermöglichkeit für Stadtteilprojekte ermöglichen, sofern keine andere Finanzierung zur Verfügung steht.

Zu Frage 3: In der Presse wurde bereits anlassbezogen über geförderte Projekte berichtet. Mehrere Homepages bewerben den Innovationstopf, etwa die Seiten der Senatskanzlei, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport oder der Stadtkultur Bremen, um nur einige Beispiele zu nennen. Der Innovationstopf wurde zudem in der Beirätekonzferenz, der Ortsamtsleiterdienstbesprechung und der Dienstbesprechung der Quartiersmanagements vorgestellt. Vorgesehen ist, die Fördermöglichkeit durch den Innovationstopf regelmäßig in der Ortsamtsleiterdienstbesprechung sowie der Beirätekonzferenz aufzurufen und im Rahmen von Berichten über geförderte Projekte die Öffentlichkeitsarbeit auszubauen. Weitere Anregungen nehmen wir gern auf.

Anfrage 11: Ist die Jugendschutzsoftware der schulischen iPads unzureichend und eine existenzielle Gefahr für Bremer Schüler:innen sowohl hinsichtlich ihrer Entwicklung als auch bezogen auf die Wahrung des Kindeswohls?

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (LKR) vom 16. Juni 2021

Ich frage den Senat:

1. Ist Ihnen bekannt, dass unsere Schulkinder trotz der aufgespielten Jugendschutzsoftware auf den verteilten Schul-iPads mit diesen iPads problemlos auf widerliche und einschlägige Pornochats, in denen sich mutmaßlich pädophile Erwachsene an unseren Kindern sexuell stimulieren wollen, wie bei Omegle.com, Zugriff haben und weitere Seiten, wie zum Beispiel auch Taxi69.com, bereits besuchten? Wenn ja, wie wird das Bildungsressorts dies in Zukunft verhindern wollen?

2. Ist dem Bildungsressort bewusst, dass Erziehungsberechtigte grundsätzlich kaum in der Lage sein werden, ihre eigenen Kinder, schon gar, wenn sich auch noch um weitere Geschwister gekümmert werden muss, hinsichtlich ihres Surfverhaltens „24/7“ nicht jederzeit kontrollieren können, und will das Bildungsressort die wichtige Verantwortung für jugendschutzkonforme digitale Medien weiterhin ernsthaft den Erziehungsberechtigten allein überlassen?

3. Über welche Möglichkeiten verfügt die Bildungsbehörde, um mit sogenannten Software-Blockern diesen Missstand sofort zu beheben?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Automatische Inhaltsfilter sind ein wichtiger Baustein zur Gewährleistung des Jugendschutzes bei der iPad-Nutzung. Gerade jüngere Kinder benötigen aber zusätzlich auch Begleitung, wenn sie sich im Internet bewegen. In der Schule ist diese Begleitung durch Lehrkräfte und pädagogisches Personal sichergestellt. Da, wo Eltern die Begleitung zu Hause nicht sicherstellen können, empfehlen wir, den Zugang zum heimischen WLAN auf den iPads zeitlich zu beschränken, zum Beispiel durch eine passende Konfiguration des Routers.

Die von den schulischen iPads genutzten Filtersysteme unterbinden den Aufruf einschlägig pornografischer Seiten wie Taxi69.com. Videochatsysteme wie Omegle.com sind nicht per se jugendgefährdend und werden deshalb nicht geblockt. Die konkrete Seite wird von der für Inhaltsfragen zuständigen Arbeitsgruppe der Senatorin für Kinder und Bildung, der sogenannten Content-AG, geprüft und gegebenenfalls manuell gesperrt. Die Sperrung erfolgt hierbei als abteilungsübergreifender Konsens der interdisziplinären Arbeitsgruppe. Diese befasst sich neben

Sperranträgen auch mit grundsätzlichen Konfigurationsfragen, der Prüfung von Apps und der Bedarfsfeststellung für Landeslizenzen.

Grundsätzlich gilt, dass die mit der Internetnutzung einhergehenden pädagogischen Probleme nur begrenzt technisch gelöst werden können und deshalb der verantwortungsbewusste Umgang der Schüler:innen mit digitalen Medien durch die Schulen und die Erziehungsberechtigten gemeinsam gefördert werden muss.

Zu Frage 2: Bei den iPads handelt es sich um Leihgeräte, die ausschließlich für schulische Zwecke wie den Einsatz im Unterricht oder bei Hausaufgaben zur Verfügung gestellt werden. Dies ist in der Nutzungsüberlassung zwischen der Schule und den Schüler:innen beziehungsweise den Erziehungsberechtigten verschriftlicht. Aus diesem Grund sind die Erziehungsberechtigten mit in der Verantwortung, das Nutzungsverhalten ihrer Kinder zu reglementieren.

Laut der aktuellen „Kinder, Internet, Medien“-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest aus dem Jahr 2020 verfügen 99 Prozent der sechs- bis 13-Jährigen im Haushalt sowohl über einen Internetzugang als auch über mindestens einen Computer sowie ein Smartphone. Bei den 12- bis 19-Jährigen besitzen laut „Jugend, Internet, (Multi-)Media“-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest aus dem Jahr 2020 95 Prozent ein

eigenes Smartphone. Die Jugendschutzproblematik ist angesichts dieser Zahlen nicht neu. Gleichzeitig ist dem Bildungsressort bewusst, dass der Umgang mit schulischen iPads im privaten Umfeld viele Erziehungsberechtigte vor neue Herausforderungen stellt.

Um hier eine Entlastung zu schaffen, werden derzeit zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten für Erziehungsberechtigte diskutiert und vorbereitet. Hiermit wird auch Paragraph 6, „Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten“, des Bremischen Schulgesetzes Rechnung getragen. Darüber hinaus – und ganz im Sinne von Paragraph 5 des Bremischen Schulgesetzes und der darin formulierten Bildungs- und Erziehungsziele – ist der Medienkompetenzerwerb mit der 2016 verabschiedeten KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ fester Bestandteil schulischen Lernens. Das Ziel, mündige Bürgerinnen und Bürger zu bilden und zu erziehen, gilt aufgrund der sich rasant verändernden Lebensumstände selbstredend auch für die digitale Welt, in der sich Heranwachsende täglich bewegen.

Zu Frage 3: Der technische Jugendschutz für die iPads ist zweistufig. Zum einen wird der Internetverkehr der Schulen durch einen zentralen Inhaltsfilter geleitet, um den Aufruf unangemessener Inhalte zu unterbinden. Des Weiteren sind direkt auf den iPads Filterregeln aktiviert, um auch in ungeschützten Netzen einen grundlegenden Jugendschutz zu gewährleisten. Diese Regeln können bei Bedarf ergänzt werden.